# KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 179 Mai / Juni 2015 3,– €

# Kurdistan Report | Ausgabe 179 Mai/Juni 2015



**Nur im Internet | www.kurdistan-report.de**



Ein Teil der Bevölkerung ist nach Kobanê zurückgekehrt. Für den Wiederaufbau der zerstörten Stadt braucht es internationale Unterstützung ... Foto: DIHA



Der Wahlkampf hat begonnen. Am 7. Juni finden die Parlamentswahlen in der Türkei statt. Das Ziel der HDP ist, die 10%-Wahlhürde zu knacken. Foto: DIHA



Ob bei den Newrozfeierlichkeiten oder bei der Hamburger Konferenz, Freiheit für Abdullah Öcalan ist die zentrale Forderung bei allen Aktivitäten. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

nach dem Sieg der kurdischen Freiheitsbewegung in Kobanê bleiben die Region Kurdistan und der Mittlere Osten im Allgemeinen weiterhin Schauplatz sich überschlagender Ereignisse. Die vor allem weibliche Revolution in Rojava gibt Menschen aus aller Welt Hoffnung auf einen wahrhaften »Frühling der Völker« oder vielmehr auf einen »Frühling der Frauen« angesichts der ungeheuren patriarchalen Gewalt weltweit.

Der Sieg in Kobanê war für die kurdische Freiheitsbewegung nicht nur ein weiterer großer Schritt in Richtung einer Anerkennung gegen die internationale Kriminalisierungspolitik. Im Zentrum des Interesses stehen vor allem Ideologie und Paradigma der Bewegung. Das ließ sich sowohl auf dem 12. Weltsozialforum in Tunesien beobachten als auch auf der Hamburger Konferenz »Kapitalistische Moderne sezieren – Demokratischen Konföderalismus aufbauen«, die einen Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe bildet. Neben einem Konferenzbericht sind Interviews mit ReferentInnen zu unterschiedlichen Themen, insbesondere zu ökonomischen Fragen, zu finden.

Während in Rojava weiterhin der Kampf gegen den IS und der Wiederaufbau von Kobanê auf der Tagesordnung stehen, naht in der Türkei und in Nordkurdistan die Parlamentswahl am 7. Juni. Mit dem Projekt der HDP entwickelt sich eine immer breiter werdende demokratische Front gegen die autoritäre staatliche Politik. Gleichzeitig wird immer wieder vor Provokationen gewarnt, mit denen die kurdische Bewegung abermals in eine Gewaltspirale gezwungen werden soll. Das soll die HDP bei der Wahl Stimmen kosten und sie unter die 10%-Wahlhürde drücken. Im Verlauf unserer Redaktionsarbeit haben sich diese Warnungen bewahrheitet – es kommt zu verstärkten Militäroperationen der türkischen Armee und vereinzelten Gefechten mit der Guerilla.

Wir möchten in diesem Zusammenhang insbesondere auf das Interview mit dem KCK-Exekutivratsmitglied Sabri Ok hinweisen, in dem er Stellung nimmt zur Zukunft des »Friedensprozesses«, der Bedeutung der anstehenden Wahlen, der Frage von Religion sowie zum Wiederaufbau von Kobanê.

Ein weiterer Punkt, der dringendst einer Lösung bedarf, ist das immer noch bestehende sogenannte PKK-Verbot in Deutschland sowie die Listung der PKK auf der EU-Terrorliste. Einerseits wurden die Verteidigungskräfte der kurdischen Freiheitsbewegung im Kampf gegen den IS beklatscht und der Aufbau der Demokratischen Autonomie in Rojava als ein konstruktives Beispiel für Syrien oder gar den Mittleren Osten gepriesen, hierzulande geht andererseits aber die Repression gegen AktivistInnen der Bewegung munter weiter. Daran wird deutlich, dass auch von bundesdeutscher Seite kein großes Interesse an einer wirklichen Lösung der kurdischen Frage besteht.

Zum Abschluss ein Zitat aus der Grußbotschaft Abdullah Öcalans, der durch seine Schriften Tausende beim Kampf um Befreiung inspiriert, an die Konferenz in Hamburg: »Die Suche nach Wahrheit ist die wertvollste Tätigkeit des Menschen. Eine kurze Definition des Menschen könnte lauten: Das Wesen, das Wahrheit ermöglicht. Wahrheit ist Liebe, Liebe ist ein freies Leben.« In diesem Sinne: Freiheit für Abdullah Öcalan!

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

# Demokratieoffensive?

Amed Dicle

Am 28. Februar fand in Istanbul im Dolmabahçe-Palast, der ehemaligen Sultanresidenz, eine Pressekonferenz statt. Sie unterschied sich von herkömmlichen Konferenzen in der Politik. Denn es haben daran teilgenommen: der stellvertretende Ministerpräsident der türkischen Republik, der Innenminister, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei und der Staatsminister für öffentliche Ordnung, der den Staat repräsentieren soll. Letzterer mit besonderer Bedeutung, da sein Amt per Gesetz mit der Lösung der kurdischen Frage beauftragt ist.

Auf der anderen Seite nahmen an der Konferenz drei Parlamentsabgeordnete der Demokratischen Partei der Völker (HDP) teil. Diese Abgeordneten arbeiten als die »İmralı-Delegation«. Sie trifft sich mit dem Vorsitzenden der kurdischen Bewegung, Abdullah Öcalan, der auf der Insel İmralı gefangen ist, übermittelt seine Botschaften an die PKK sowie den Staat und organisiert diese Kommunikation. Das ist eine wichtige und historische Aufgabe. Beide Seiten erkennen die Rolle der HDP an und empfangen sie.

Diese technischen Vorabinformationen sind wichtig. Was das Treffen im Dolmabahçe-Palast noch wichtiger machte, waren allerdings nicht nur diese Personen und der Inhalt dieses Treffens, sondern die Tatsache, dass Öcalans Botschaft verlesen und von allen TV-Kanälen live übertragen wurde.

## Wer ist Öcalan?

Öcalan wird vom Staat und dessen Medien als Terrorist tituliert. Bei den KurdInnen und den DemokratInnen in der Türkei aber wird er als Anführer der kurdischen Bewegung gesehen, der sein gesamtes Leben der Freiheit und dem Frieden widmet. Aber sieh mal eineR an: Der Staat sitzt mit VertreterInnen dieses Terroristen, den er zu lebenslanger Haft verurteilt hat, in einem Bild, verschickt dessen Botschaft live und akzeptiert ihn als Gesprächspartner zur Lösung der kurdischen Frage.

In dieser Hinsicht sind die gegenwärtigen Entwicklungen – egal wie sie weitergehen – und diese Versammlung wichtig. Insbesondere für die KurdInnen und die vom System ausgeschlossenen demokratischen Strukturen sind sie ein Gewinn. Der türkische Staat hat zum ersten Mal in seiner Geschichte eine von ihm ausgegrenzte Gesellschaftsgruppe anerkannt und sich mit ihr an einen Tisch gesetzt.

Öcalan stellte in dieser Pressekonferenz zehn Punkte vor und forderte, dass darüber zur Lösung der kurdischen Frage und der Demokratisierung der Türkei verhandelt werde. Im Falle einer Einigung über diese Punkte würde er zur Entwaffnung aufrufen. Er äußerte seinen Willen zur Beendigung des bewaffneten Kampfes.

Der Staat hat das Verhandeln über diese Artikel wohl akzeptiert, sodass er die Pressekonferenz inszenierte. In diesem Rahmen schickte Öcalan auch zu Newroz eine Botschaft: Wenn die Verhandlungen beginnen und eine Wahrheitskommission gegründet wird, werde ich zur Beendigung des bewaffneten Kampfes gegen die Türkei aufrufen. All diese Initiativen wurden nach Gesprächen und Verhandlungen zwischen VertreterInnen des Staates und Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı ergriffen. Der geplante Ablauf: Zuerst wird ein Fahrplan bestimmt. Dafür präsentierte Öcalan einen Rahmen in Form von zehn Punkten. Falls vorhanden, macht auch der Staat Vorschläge. Dann sollen sich Delegationen, die beide Seiten vertreten, auf Imralı an einen Tisch setzen. An diesem Tisch soll eine weitere Delegation sitzen, ein Beobachtungskomitee. Das war ein Vorschlag Öcalans. Dieses Komitee soll die Diskussionen beider Seiten anhören und aufzeichnen, Zeuge sein und an Punkten, an denen sich die Seiten nicht einigen, eigene Vorschläge machen und dabei die Verhandlungen erleichtern. Wenn eine der Seiten die Regeln missachtet, greift das Komitee ein. Für dieses Gremium sollen schon einige Namen festgelegt worden sein.

Nachdem sich die Seiten über diese zehn Punkte geeinigt haben, soll eine Wahrheitskommission eingerichtet werden.

Öcalan will eine unabhängige Kommission, die die Fehler und Verbrechen beider Seiten in den Kämpfen und Auseinandersetzungen der dreißig Jahre des Krieges untersucht. Die Idee lehnt sich an die Erfahrungen aus Südafrika an. Seine Bitte war, dass diese Kommission zuerst ihn befragt. Öcalan betonte, dass er vor dieser Kommission aus ParlamentarierInnen und unabhängigen Persönlichkeiten zum Niederlegen der Waffen aufrufen werde.

Wer diese Entwicklungen ein bisschen genauer verfolgt, wundert sich sehr schnell, wie ein so tiefgreifender Konflikt mit solch einfachen Methoden gelöst werden kann. Das ist eine Verhandlungsmethode, die von allen, die einen Willen zur Lösung dieser Frage zeigen, akzeptiert wird. Am Anfang dieser Verhandlungsphase stehen auch keine inakzeptablen Forderungen. KurdInnen und ihr Repräsentant Abdullah Öcalan wollen nur, dass sie als Volk anerkannt werden. Sie wollen vom bewaffneten Kampf zum politischen Kampf übergehen und setzen dafür einfach nur gesetzliche Rahmenbedingungen voraus. Der Staat in seiner Einheit wird gar nicht angetastet. Die Hauptforderungen sind lediglich die Stärkung der kommunalen Verwaltung und die Einführung einer demokratischen Verfassung.

Aber leider ist der von Öcalan entworfene Rahmen nicht realisiert worden – noch nicht. Der Staatspräsident der Türkei begrüßte schon einige Stunden später die Pressekonferenz vom 28. Februar. Zehn Tage später jedoch äußerte er mehrmals, dass diese Konferenz ein Fehler gewesen und ein Beobachtungskomitee nicht notwendig sei und es ohnehin keinen KurdInnen-Konflikt in der Türkei gebe. Das nahm ihm natürlich niemand ab. Es sind die veränderten Umstände, die Erdoğan zu diesen unglaublichen Aussagen drängten. Er hatte nicht erwartet, dass die kurdische Seite diesen Prozess so unkompliziert machen würde, nicht gedacht, dass dieser Prozess einen so ernsthaften Verlauf nehmen könnte. Er hatte nämlich nicht die Lösung, sondern nur so tun gewollt, als ob. Nun gibt er sich so, als hätte er nichts mit dem Prozess zu tun gehabt – frei nach dem Motto: »Ich war nicht daheim.«

## Warum?

Weil es im Juni in der Türkei Parlamentswahlen gibt, die das Schicksal der AKP Erdoğans bestimmen werden. Wenn er im Rahmen der Vorschläge Öcalans agiert, dann wird er keine Stimmen mehr von nationalistischen TürkInnen bekommen, die inzwischen als seine einzige Klientel übrig geblieben sind. Dass er in Kurdistan weniger Stimmen bekommen wird, sagen sogar die Umfragen voraus. Sein Ziel sind 330 Abgeordnete und über ein Referendum das Präsidialsystem in der Türkei einzuführen. Dafür muss die HDP aber unter der Wahlhürde von zehn Prozent bleiben, unterhalb derer die Parteien nicht in die Nationalversammlung einziehen dürfen. Die HDP liegt derzeit an der Grenze. Sie hat versichert, wenn sie ins Parlament kommt, sich gegen das Präsidialsystem zu verhalten, da es einem diktatorischen System gleichkomme. Laut Erdoğans Rechnung wird die HDP die Zehnprozenthürde überwinden, falls sie ihre Politik im Rahmen der von Öcalan vorgelegten Schritte betreibt. Wenn die Hürde überwunden wird, dann ist sogar die ganze Herrschaft Erdoğans gefährdet. Er wird deshalb keinen Lösungsprozess akzeptieren, der seine Herrschaft in Gefahr bringt. Deshalb ist dieser Prozess, wohl bis zur Wahl, auf Eis gelegt.

Die Wahl findet am 7. Juni statt. Alle politischen Kräfte in der Türkei und natürlich auch die KurdInnen rechnen alle möglichen Wahlausgänge durch. Es gibt sehr viele, die dem politischen Projekt der HDP distanziert gegenüberstehen, aber auch auf gar keinen Fall Erdoğan als Präsidenten der Türkei sehen wollen. Und sie werden, um Erdoğan aufzuhalten, die HDP unterstützen. Die HDP hat ihre 550 KandidatInnen bekannt gegeben. Darunter sind 268 Frauen, genauso wie KurdInnen, TürkInnen, AlevitInnen, ÊzîdInnen und etliche andere Gesellschaftsgruppen. Alle, die vom System ausgegrenzt werden, haben sich unter dem Dach der HDP versammelt. Als ein demokratisches Modell bestimmt die HDP als Systemopposition derzeit die gesamte politische Tagesordnung. Wenn sie die Zehnprozenthürde überwindet, wird sie im Zentrum des gesamten politischen Geschehens des Landes stehen und ihren Beitrag dazu leisten, die Türkei zu normalisieren.

Erdoğans AKP kalkuliert, im Parlament die für eine Verfassungsänderung notwendige Mehrheit zu erlangen. Mit der dafür nötigen Stimmenzahl wird sie der kurdischen Bewegung ihr eigenes Projekt aufdrängen. Es war die gleiche AKP, die in einer Friedensphase zur Wahl antreten wollte. Sie wollte vor der türkischen Bevölkerung als Partei auftreten, die den bewaffneten Kampf der PKK beendet hat. Sie wollte als Partei auftreten, die den vierzigjährigen Krieg beendet hat und somit Stimmen von KurdInnen und TürkInnen bekommen sollte. Durch die Offensiven der KurdInnen ist sie aber nun ins Hintertreffen geraten und hat Punkte verloren.

Die Politik akzeptiert keine Absolutheiten. Alle werden nach den Wahlergebnissen von Neuem ihre Rechnungen anstellen. Aber die kurdische Bewegung und die HDP werden aktiv und prinzipientreu an ihrer Politik einer demokratischen Lösung und des Friedens festhalten, der Erfolg der HDP bedeutet die Schwächung der AKP. Eine schwache AKP kann niemandem den Krieg und eine antidemokratische Politik aufzwingen. Sie muss die Lösung akzeptieren. Doch wenn die HDP nicht ins Parlament einzieht, gibt es nicht mehr viele politische Plattfor-

men. Wie der Prozess dann weitergeht, werden wir am Morgen des 8. Juni sehen.

Ein weiterer Faktor, der sowohl die Entwicklungen in der Türkei beeinflusst als auch von ihnen beeinflusst wird, ist Rojava. Der türkische Staat hat mit Beginn der Syrienkrise aus zwei ausschlaggebenden Gründen die KurdInnen in Rojava politisch, wirtschaftlich, diplomatisch und militärisch Angriffen ausgesetzt:

Die Türkei wollte nicht, dass die KurdInnen in Syrien so wie im Irak einen Status erlangen. Sie ging davon aus, dass das dann die KurdInnen im eigenen Land beflügeln und eine neue kurdische Dynamik vom Zaun brechen würde. Erdoğan hat sich deshalb offen gegen einen solchen Status in Syrien ausgesprochen.

Wenn sich zusätzlich dieser eventuelle Status um die Ideen Öcalans herum formen sollte, hätte das einen unkalkulierbaren Einfluss auf ganz Syrien und würde aus Sicht der Türkei insbesondere ihr Grenzgebiet zum Nachbarland gefährden. Wobei letztere Bedenken unbegründet sind, denn die Rojava-Administration hat stets für friedliche nachbarschaftliche Beziehungen zur Türkei plädiert.

Doch Fakt ist, dass ein erstarkter Widerstand der KurdInnen in Syrien auch dem Freiheitskampf der KurdInnen in der Türkei Kraft gibt. Eben das ist auch eingetreten. Die Türkei hingegen wollte auf der einen Seite scheinbar Frieden mit dem kurdischen Widerstand schließen, auf der anderen Seite war sie Aktivposten im Kampf gegen Rojava. Die ganze Welt wurde Zeuge, wie die Türkei dem Islamischen Staat (IS) bei seinem Großangriff auf Kobanê (Ain al-Arab) unter die Arme gegriffen hat. Allein die unzähligen Videoaufzeichnungen von den Spaziergängen der IS-Kämpfer über die türkisch-syrische Grenze belegen das. Selbst nach dem Sieg in Kobanê hat die Türkei äußerst unwillig und in unzureichendem Maße die Grenze für humanitäre Hilfe geöffnet. Sie ist zwar der internationalen Anti-IS-Koalition beigetreten, erklärte aber zugleich, die Bombardierung von IS-Stellungen nicht wirklich nachvollziehen zu können. All das zeigt, wie sehr die Regionalpolitik der Türkei gegen die Wand gefahren ist.

Doch die Türkei kalkuliert weiterhin mit einer Wende in ihrem Sinne in Rojava. Das ist auch ein Grund dafür, dass sie derzeit die Gespräche mit Öcalan in die Länge zieht und konkreten Ergebnissen ausweicht. Sie erhofft sich, gestärkt in die Verhandlungen gehen zu können, wenn sie zuvor dem Selbstverwaltungssystem in Rojava einen schweren Schlag versetzt hat. Doch die Entwicklungen dort machen deutlich, dass es wohl eine verlorene Hoffnung ist, an die sich die VertreterInnen des türkischen Staates klammern.

Aus der Spirale der Gewalt in Syrien zeichnet sich zumindest kurzfristig kein Ausweg ab. Dafür hat auch niemand ein Rezept zur Hand. Solange das Chaos dort anhält, wird es sich in Rojava wohl oder übel negativ auswirken. Aber in Rojava wurde auch ein Gesellschaftsmodell etabliert, das für ganz Syrien richtungsweisend sein kann. Denn selbst, wenn diese Gewaltspirale noch hundert Jahre anhält, wird im Endeffekt die einzige Lösung in einem Modell zu finden sein, in dem sich alle gesellschaftlichen Gruppen gleichberechtigt und frei wiederfinden können. In Rojava wird dieses Modell derzeit umgesetzt. Außerhalb Rojavas gibt es aktuell leider kein anderes Beispiel in Syrien, das ebenfalls Mut zur Hoffnung macht. Die Türkei hingegen, wie auch der Iran, versucht in Syrien im Sinne ihres eigenen Hegemoniestrebens Einfluss zu nehmen. Ein demokratisches Gesellschaftssystem, das sich den Willen der Bevölkerung zum Maßstab nimmt, ist deswegen für diese Staaten ein rotes Tuch, weshalb sie sich bis auf Weiteres auch nicht auf das Modell Rojava einlassen werden.

Die Türkei wollte nicht, dass die KurdInnen in Syrien so wie im Irak einen Status erlangen. Sie ging davon aus, dass das dann die KurdInnen im eigenen Land beflügeln und eine neue kurdische Dynamik vom Zaun brechen würde. Erdoğan hat sich deshalb offen gegen einen solchen Status in Syrien ausgesprochen.

Zusammengefasst haben die Entwicklungen in Rojava und Syrien großen Einfluss auf die Entwicklungen in der Türkei. Ein Erfolg der KurdInnen in Rojava wird unausweichlich auch den KurdInnen in der Türkei Kraft spenden. Und die Wahlergebnisse am 7. Juni werden auch nicht nur die Richtung der Entwicklung der Türkei bestimmen, sondern auch auf die Entwicklungen in der gesamten Region ausstrahlen. Denn eine demokratische Lösung in der Türkei wird die Demokratiebestrebungen im gesamten Mittleren Osten beflügeln, wohingegen Stagnation und Chaos in der Türkei sich ebenfalls negativ auf die Entwicklungen in der Region auswirken werden.

Eine ähnliche Entwicklung wie Rojava macht derzeit auch Südkurdistan durch, wobei es sich durch einige Eigenheiten auszeichnet. Wenn sich das Chaos im Irak auch nicht mit der Situation in Syrien vergleichen lässt, so ist der Irak doch ebenso weit von politischer Stabilität entfernt. Angefangen bei Şengal (Sindschar) kontrolliert der IS weiterhin eine Vielzahl von Regionen im Land. Und auch die Beziehungen zwischen

der kurdischen Regionaladministration und der irakischen Zentralregierung mögen zwar nicht so angespannt sein wie unter dem ehemaligen irakischen Ministerpräsidenten Al-Maliki, doch gut sind sie gegenwärtig keineswegs.

Großes Interesse der Bevölkerung hat die Unterstützung der PKK-Guerillakräfte bei der Verteidigung Südkurdistans nach den Angriffen des IS geweckt. Gestört von dieser Sympathie in der Bevölkerung für die PKK fühlt sich hingegen die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) von Barzanî. Deren Haltung ist auch der Grund dafür, dass derzeit keine gemeinsame Befreiungsaktion für Şengal durchgeführt werden kann. Sie will keine Schlagzeilen über die Befreiung Şengals durch die PKK. Aber zugleich will sie auch nicht, dass die Guerillakräfte der PKK ihre Stellungen in Südkurdistan verlassen, weil sie dort gegen den IS gebraucht werden. Ein schwieriger Spagat, den die PDK also derzeit zu meistern versucht.

Die PDK hat sich entschieden, im Irak und in Südkurdistan politisch vor allem mit der türkischen AKP-Regierung zusammenzuarbeiten. Ein Grund dafür sind die gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen. Der zweite Grund ist die Sorge beider vor einem Erstarken der PKK in Südkurdistan. Das würde unausweichlich den Machtanspruch der PDK in Frage stellen. Und die einzige Kraft, welche die PKK schwächen kann, ist die Türkei, so das Kalkül der PDK. Der Gegenvorschlag der PKK dazu ist der kurdische Nationalkongress. Dadurch soll das Verhältnis zwischen den kurdischen politischen Kräften zumindest entspannt werden. Eingebunden werden in diesen innerkurdischen Verständigungsprozess soll auch die Patriotische Union Kurdistans (YNK), die im Gegensatz zur PDK gute Beziehungen zum Iran pflegt. Zwischen YNK und PDK zeichnet sich ohnehin ein weiteres Streitthema ab. Die Präsidentschaft von Masud Barzanî läuft diesen Sommer aus. Das war sie eigentlich bereits vor zwei Jahren, doch nach langer Zankerei wurde sie schließlich doch noch mal um zwei Jahre verlängert. Wie es diesen Sommer ausgehen wird, ist derzeit unklar. Alle Streitparteien erwarten dabei auch die Unterstützung der PKK. Doch die hat erklärt, dass sie in dieser Frage unabhängig bleiben will, und vorgeschlagen, die Entscheidung der Bevölkerung zu überlassen. Aktuell sieht es so aus, als sei ohne eine Lösung dieses Streits auch kein kurdischer Nationalkongress zu erwarten.

Bereits oben ist angeklungen, dass der Iran auch eines der Machtzentren der Region darstellt. Er ist gegen eine türkisch-kurdische Verständigung. Ein Frieden zwischen ihnen liegt nicht in seinem Sinne. Denn wenn die Türkei mit den KurdInnen Frieden schließt, dann werden Letztere in der Türkei einen Status erlangen, gleichzeitig auch in Syrien ihren Status festigen. Damit wären gleich drei Beine des Vertrages von Lausanne weggebrochen. Und für den Iran wäre es dann eine Sache der Unmöglichkeit, die Verleugnung der KurdInnen allein aufrechtzuerhalten. So müsste er sich entscheiden: entweder sich mit den KurdInnen im Iran einigen oder ihnen den Krieg erklären. Im Falle einer Einigung müssten die Rechte der KurdInnen anerkannt werden. Doch das lässt das politische System des gegenwärtigen Iran nicht zu. Ein Krieg gegen die KurdInnen innerhalb der eigenen Staatsgrenzen könnte allerdings auch eine gefährliche Dynamik im Land entfachen, was nicht unbedingt im Sinne des iranischen Staates wäre. Um weder das eine noch das andere machen zu müssen, greift er deshalb derzeit auf eine klassische Methode aus der politischen Trickkiste zurück – die politischen Gegner sich außerhalb des eigenen Territoriums bekriegen zu lassen. Er versucht derzeit, erneut bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der Türkei und der PKK zu provozieren. Und instrumentalisiert das Regime in Syrien gegen die Selbstverwaltung von Rojava. Das ist ein sehr riskantes Spiel des Iran, das am Ende allen schaden könnte.

Derselbe Iran hat auch regionalpolitische Ziele. Das Regime verfolgt politische Projekte im Irak, in Syrien, im Libanon und nun auch in Jemen. Zwischen dem Iran und Saudi-Arabien herrscht eine große politische Rivalität. Um seine regionalen Machtansprüche zu verwirklichen, wird er sich deshalb auch die KurdInnen an seiner Seite wünschen. Aus dieser Sicht betrachtet liegt sowohl ein Dialogangebot als auch eine Kriegserklärung des Iran an die KurdInnen im Bereich des Möglichen.

## Als Ergebnis können wir festhalten:

Alle Entwicklungen in der Region gleichen ineinandergreifenden Zahnrädern. Keine Entwicklung verläuft unabhängig von anderen. Aus kurdischer Sicht spielen die Geschehnisse in Nordkurdistan eine Schlüsselrolle. Mit den Wahlen am 7. Juni wird entweder ausgehend von der Türkei ein Demokratisierungsvorstoß in der Region unternommen oder das genaue Gegenteil wird eintreten. Die Auswirkungen der Parlamentswahlen werden jedenfalls in der gesamten Region zu spüren sein.

Der Wunsch der KurdInnen ist eine demokratische Lösung. Ihr politisches Gewicht in den vier Staaten, auf die sie aufgeteilt sind, also Türkei, Iran, Irak und Syrien, ist groß. Und sie wollen sich nicht von diesen vier Ländern abspalten, sie wollen sie demokratisieren und dort frei und gleichberechtigt leben. Das ist ein schwieriger Weg bis dorthin, doch einen anderen gibt es nicht. Je nach den Umständen und Gegebenheiten wachsen der politische und der militärische Widerstand der KurdInnen auf diesem Weg. ♦

Vor der Parlamentswahl in der Türkei

# Die Organisierung der Marginalisierten

Mako Qoçgirî

Die 10%-Klausel in der Türkei ist eine Wahlhürde, die dazu gedacht ist, alle Bevölkerungsgruppen, die sich außerhalb des monistisch-kemalistischen Rasters von türkisch und sunnitisch-muslimisch verstehen, auch aus dem parlamentarischen System herauszuhalten. Diese Menschen haben sich entweder unterzuordnen oder sich assimilieren zu lassen. Anderenfalls wird ihnen schlichtweg durch die Wahlhürde das demokratische Grundrecht genommen, für die eigenen gesellschaftlichen und politischen Interessen einzutreten. Doch was passiert, wenn nun all diese gesellschaftlichen Gruppen, die laut offizieller Staatsideologie gar nicht existieren, aufstehen, sich gemeinsam unter einem Dach organisieren und so die 10%-Hürde nehmen?

Diese Frage ängstigt gerade die herrschenden Eliten in der Türkei. Denn unter dem Dach der Demokratischen Partei der Völker (HDP) haben sich neben den Kurdinnen und Kurden auch verschiedene Dachverbände der AlevitInnen, VertreterInnen der ÊzîdInnen, der Suryoye, der ArmenierInnen und TscherkessInnen und AktivistInnen der LGBT-Bewegung für die anstehenden Parlamentswahlen am 7. Juni zusammengefunden. Auch führende sozialistische Organisationen und Parteien haben sich dabei auf die Seite der HDP gestellt. Während die ESP (Sozialistische Partei der Unterdrückten) ohnehin ein Teil der HDP ist, wird die EMEP (Partei der Arbeit) im Bündnis mit ihr zur Wahl antreten. Die Organisationen DHF (Föderation für Demokratische Rechte), Partizan und Halk Evleri (Volkshäuser) rufen ihre AnhängerInnen auf, bei dieser Wahl die HDP zu unterstützen. Der wohl wichtigste Faktor für den Antrieb der HDP beim anstehenden Urnengang ist die Präsenz der Frauen in ihren Reihen. Bei einem Blick auf die KandidatInnenlisten der verschiedenen Parteien wird sofort deutlich, was die HDP von den anderen Parteien unterscheidet. 268 der insgesamt 550 KandidatInnen der HDP sind Frauen. Das sind prozentual gesehen rund 48 %. Bei der Republikanischen Volkspartei (CHP) und der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) macht der Anteil der Frauen auf der KandidatInnenliste 18 % aus, bei der faschistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) ist er erwartungsgemäß nur noch halb so hoch.

Die HDP eröffnet einen neuen Horizont in der türkischen Politik. All diejenigen gesellschaftlichen Kreise, deren Stimme bislang in der türkischen Systempolitik nicht gehört oder gar unterdrückt wurde, sollen nun nicht **durch** die HDP vertreten werden, sondern können **sich selbst** in den Reihen der HDP vertreten. Die HDP stellt somit eine Bühne für alle ausgeschlossenen Kreise der Gesellschaft dar, auf der sie gleichberechtigt und demokratisch ihrem Willen Ausdruck verleihen können.

Doch noch sagen Umfragen einen knappen Wahlausgang voraus. Bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2014 konnte der HDP-Kandidat Selahattin Demirtaş 9,77 % der WählerInnenstimmen auf sich vereinen. Mensch mag davon ausgehen, dass mit der aktuellen Aufstellung der HDP die Wahlhürde deshalb kein Problem darstellen sollte. Doch so direkt vergleichen lassen sich die beiden Wahlen nicht, weil bei der Präsidentschaftswahl neben Demirtaş nur noch der gemeinsame MHP- und CHP-Kandidat Ekmeleddin İhsanoğlu und der damalige Minister- und jetzige Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan antraten.

Und es sind jener Erdoğan und seine AKP, die sich am meisten vor der HDP fürchten. Denn die türkische Regierungspartei hat »große Ziele« für die Zeit nach der Wahl und sieht nun deren Verwirklichung durch die HDP gefährdet. Präsident Erdoğan hat die Marschroute vorgegeben. Er forderte zunächst 400 gewählte AKP-Abgeordnete im türkischen Parlament. Gelingt das, kann seine Partei die Verfassung des Landes nach eigenen Vorstellungen ändern. Es ist nicht so, dass die Verfassung der Türkei in ihrer jetzigen Form ein schützenswertes Gut ist – die oben beschriebene 10%-Hürde ist nur einer von zahlreichen Gründen, weshalb sie es nicht ist –, doch Fakt bleibt, dass die AKP vieles im Sinn hat außer eben eine neue demokratische Verfassung für die Türkei. Präsident Erdoğan wünscht sich nämlich ein Präsidialsystem mit weitreichenden

Befugnissen und nicht bloß ein PräsidentInnenamt mit vor allem repräsentativer Funktion (was es in seinem Falle ohnehin nicht ist, da er weiterhin als Vater der Partei und Regierung gilt, gegen den lieber nicht gesprochen und gehandelt wird). Erfüllt sich die Vorstellung von 400 Abgeordneten, blickt die Türkei mit aller Wahrscheinlichkeit in eine Zukunft mit einer autoritäreren Verfassung, was sich zweifellos in der politischen und gesellschaftlichen Sphäre widerspiegeln wird.

Bleibt die HDP unter 10 %, kann die AKP ihre Pläne ausführen. Knackt sie aber die Hürde, sieht es deutlich schwieriger aus. Vorsichtshalber hat auch Erdoğan jüngst nur noch von 335 AKP-Abgeordneten geredet, die er aber auf alle Fälle im Parlament sehen will. Die Zahl von 335 Abgeordneten reicht zwar nicht aus, um die Verfassung als Regierung allein zu verändern. Sie reicht aber aus, damit die Regierungspartei einen Verfassungsentwurf per Referendum durchsetzen kann, was sie bereits 2010 bei einer Verfassungsänderung erfolgreich demonstrierte. Doch selbst dieses Ziel ist in Gefahr, falls die HDP die Wahlhürde nimmt. Die Demokratische Partei der Völker spielt also auch in der wahltaktischen Kalkulation eine Schlüsselrolle bei der Parlamentswahl.

Umfragen sehen die HDP derzeit zwischen 9 und 12 %. Es steht also eine heiße Wahlkampfzeit an und das nicht nur in der Türkei. Denn auch in Europa können türkische StaatsbürgerInnen zwischen dem 8. und dem 31. Mai wählen, vorausgesetzt, sie haben schon bei der Präsidentschaftswahl aus dem Ausland teilgenommen oder sich rechtzeitig auf den WählerInnenlisten registrieren lassen. Erreicht die HDP in der Türkei lediglich 9,5 % der Stimmen, so können rund 250 000 weitere Stimmen aus dem Ausland ausreichen, um sie über die Hürde zu hieven. Also haben die WählerInnen in Europa, also diejenigen türkischen StaatsbürgerInnen, die gerade nicht in der Türkei leben, vielleicht einen besonders großen Einfluss darauf, in welche Richtung sich die Türkei nach der Wahl im Juni entwickelt.

Schwierigkeiten macht der AKP insbesondere, dass die HDP Anschluss bei so verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen findet. Dadurch läuft die 10%-Hürde Gefahr, ihren Sinn zu verlieren, nämlich die »Marginalen« aus dem Parlament und vom politischen Leben fernzuhalten. Die türkische Regierungspartei setzt deswegen derzeit alles daran, die HDP als »KurdInnenpartei« zu diffamieren, die den »Terror« und die »SeparatistInnen« decke. Gelingt ihr dies, so werden potentielle WählerInnen aus den nichtkurdischen Gebieten der HDP in letzter Sekunde doch den Rücken kehren, so das Kalkül. Und dass die AKP zur Verwirklichung dieses Ziels bereit ist, über Leichen zu gehen, zeigt die verstärkte Militäraktivität in den vergangenen Tagen und Wochen. Die Regierungspartei scheint daran interessiert, in einem Umfeld von bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Volksverteidigungskräften HPG und dem türkischen Militär in die Wahl zu gehen. Während die kurdische Freiheitsbewegung ihre bewaffneten Kräfte in der Türkei angewiesen hat, bis zur Wahl nach Möglichkeit jeder bewaffneten Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen, jagt von Seiten des türkischen Militärs derzeit eine Militäroperation die nächste. In Agirî (Ağrı) ist es am 11. April bereits zu den ersten Toten gekommen und wahrscheinlich hat nur ein Einschreiten der Zivilbevölkerung verhindert, dass die Zahl der Toten noch höher ausgefallen ist. Dass die AKP derzeit versucht, in einem Umfeld erneut aufflammender militärischer Konflikte die türkische Gesellschaft zu polarisieren, steht außer Frage. Wichtig ist, wie die Antwort der Bevölkerung der Türkei darauf aussehen wird.

Schwierigkeiten macht der AKP insbesondere, dass die HDP Anschluss bei so verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen findet. Dadurch läuft die 10%-Hürde Gefahr, ihren Sinn zu verlieren, nämlich die »Marginalen« aus dem Parlament und vom politischen Leben fernzuhalten. Die türkische Regierungspartei setzt deswegen derzeit alles daran, die HDP als »KurdInnenpartei« zu diffamieren, die den »Terror« und die »SeparatistInnen« decke.

Zum Schluss vielleicht noch einige Worte zu der Frage, wie es weitergehen wird, wenn die HDP am Ende, aus welchen Gründen auch immer, doch nicht die Wahlhürde schafft. Ihr Wahlkampf hat einen Prozess in Gang gebracht, der, egal ob es am Ende mehr oder weniger als 10 % werden, so nicht mehr umkehrbar ist. Er hat Menschen und Gruppen zusammengebracht, die bislang dachten, mit ihren gesellschaftlichen Sorgen auf sich allein gestellt zu sein. Und dieser Prozess wird ohne Zweifel eine Dynamik anschieben, die vielleicht auch im Parlament, aber mit absoluter Sicherheit außerparlamentarisch für viel Bewegung sorgen und gegen das Autoritätsstreben der AKP Widerstand leisten wird. Das Parlament ist ein Faktor in diesem Widerstand, die gesellschaftliche Organisierung außerhalb des Parlaments aber vermutlich der viel wichtigere Posten. ♦

Wie bewertet die KCK den »Prozess«, die anstehende Parlamentswahl sowie die Perspektiven für den Kampf danach, die Zukunft von Rojava und ihr Verhältnis zur Linken in der Türkei?

# Der »Geist von Gezi« und die Volksaufstände in Kurdistan ...

Sabri Ok, Kandil, sendika.org, April 2015

**Mit freundlicher Genehmigung von sendika.org veröffentlichen wir leicht gekürzt das am 4. und 6. April erschienene zweiteilige Interview mit dem Mitglied des KCK-Exekutivrats Sabri Ok. Darin wird auch auf die Hauptkritik an der kurdischen Bewegung eingegangen, die laut sendika.org insbesondere in folgenden Aspekten besteht: die Beziehungen der kurdischen Bewegung zu den USA, ihre Sichtweise auf den Laizismus und die Grundlagen der Gespräche mit dem türkischen Staat bzw. der AKP.**

**Das Newrozfest in diesem Jahr ist vorbei, das von Ihnen zuvor als gegen den Prozess gerichtet definierte Sicherheitspaket von der AKP im Parlament verabschiedet. Auch die Möglichkeit der Leitung geheimdienstlicher Aktivitäten durch Erdoğans Präsidialamt wurde im Parlament verabschiedet, ebenso die Internetzensur. In derselben Phase äußert Erdoğan »eine Beobachtungsdelegation und die Sitzung in Dolmabahçe sind nicht richtig« und vor den Fernsehkameras entstehen Spannungen zwischen ihm und der Regierung. Wie bewerten Sie in einem solchen Prozess die Haltungen Erdoğans und der Regierung sowie die aufgetretenen Spannungen?**

Die Erklärung von Dolmabahçe[1] war wichtig. Unseres Erachtens waren die der Öffentlichkeit vorgestellten zehn Punkte im Rahmen der Verhandlungen eine Erklärung, die auf die Demokratisierung der Türkei abzielt. Im Kern geht es um eine neue demokratische Verfassung. Es war eine Erklärung, welche die AKP in diesem Sinne an den Punkt zu Verhandlungen zieht, den Weg für eine Demokratisierung der Türkei und eine Lösung der kurdischen Frage freimacht. Wie Sie wissen, folgte daraufhin die Newroz-Erklärung in Form einer Deklaration des Vorsitzenden Öcalan.[2] Doch direkt danach hat sich die Front der AKP angesichts der Äußerungen Erdoğans gegensätzlich positioniert. Statt Fortschritten im Prozess, statt Verhandlungen über diese zehn Punkte hat Erdoğan mit seinen Erklärungen eine Haltung eingenommen, mit der er vieles verwirft. Mit Aussagen wie der bereits erwähnten, dass er nichts von der Beobachtungsdelegation gewusst habe, die Dolmabahçe-Erklärung nicht richtig sei – oder mit Äußerungen wie »solche Haltungen legitimieren Imralı« ...

Eigentlich war er gezwungen, vieles, was bisher nicht öffentlich gewesen war, mit der Öffentlichkeit zu teilen. Nun gibt es das Sicherheitspaket. Dazu sind noch gesetzliche Neuerungen für Erdoğan selbst gekommen, die eine noch stärkere Hinwendung zu Autorität und Diktatur bedeuten. Ein spezieller Geheimdienst, ein spezielles Budget ... Das sind alles Sachen, die Diktatoren tun. Sie bilden spezielle Institutionen und Organisationen für sich. Auch Erdoğan versucht dies zu tun. Eine AKP, die wirklich einen Fortschritt in diesem Prozess will, muss von solchen Aussagen und Haltungen Abstand nehmen. Wenn sie wirklich die Entwicklung eines demokratischen Prozesses wollen, wo soll dann dieses Sicherheitspaket verortet werden?

Von Zeit zu Zeit waren sie zu solchen offenen Aussagen gezwungen; die Hauptabsicht dieses Sicherheitspakets ist es, den demokratischen, revolutionären Bewegungen in der Türkei und ihren Massenaktionen den Raum zu nehmen. Hierbei ist Gezi von großer Bedeutung. Denn es hat die AKP und Erdoğan sehr erschreckt. Dazu entwickelten sich in Kurdistan vom 6. bis 8. Oktober 2014 Serhildans. Das hat sie ebenfalls sehr beunruhigt. Das Paket soll dem den Raum nehmen. Was zeigt das? In der Türkei wird die öffentliche Sicherheit, die Sta-

1 http://civaka-azad.org/offizielle-erklaerung-zum-verhandlungsbeginn-zwischen-der-tuerkei-und-der-pkk/

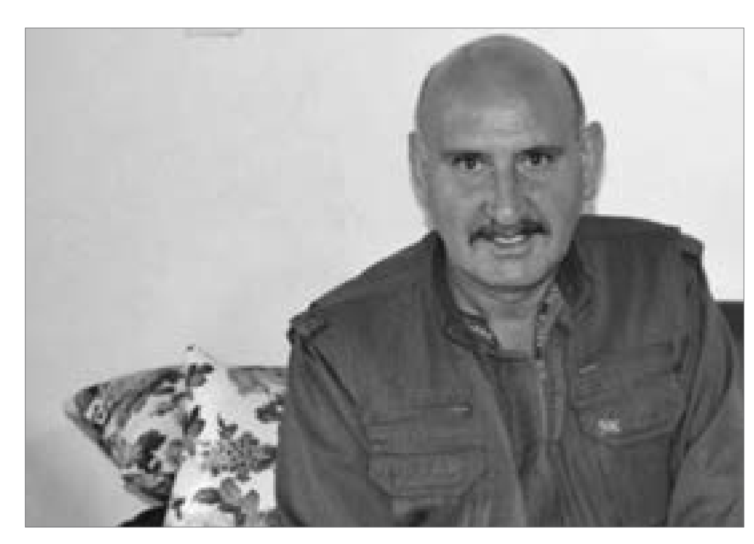
2 http://civaka-azad.org/der-kampf-fuer-demokratie-freiheit-geschwisterlichkeit-und-einen-wuerdevollen-frieden-steht-an-einer-historischen-schwelle/

bilität über noch faschistoidere, unterdrückerischere Gesetze aufrechterhalten werden. Es gibt weltweit Beispiele: Diktatorische Regime sprechen am meisten von Stabilität und Ordnung. Es soll Stabilität herrschen; neue Herrschaften und Mächte sollen ruhig bleiben, keine Reaktion soll sich entwickeln. Das ist Stabilität in ihrem Sinne. In der Türkei will Erdoğan das. Was dafür nötig ist, versucht er mit Vorbereitungen auf rechtlicher Grundlage durchzusetzen. Das ist die Absicht des Sicherheitspakets.

Auf der anderen Seite behauptet Erdoğan, dass es keine kurdische Frage gebe. Es ist ein großer Widerspruch zu versuchen, ein Problem zu lösen, es aber andererseits nicht anzuerkennen. Doch das ist im Falle Erdoğans natürlich nichts Neues. Wenn Sie sich daran erinnern, hatte Erdoğan früher auch mal gesagt: »Wenn man nicht daran denkt, existiert das Problem auch nicht.« Und gegenüber den demokratischen, revolutionären Bewegungen und der kurdischen Demokratiebewegung empfand er eine große Wut. Dies liegt seiner Mentalität zu Grunde. Es soll Stabilität herrschen, neue Mächte sollen in Ruhe gelassen werden, es soll sich keine Reaktion entwickeln. Er sieht sich selbst als ein neoosmanischer Nachfolger. Mit einer solchen Mentalität, einer solchen Annäherungsweise ist die Demokratisierung der Türkei, die Verwirklichung von Verhandlungen äußerst schwierig. Es versteht sich von selbst, dass sie versuchen, solche Diskussionen von vornherein nicht zuzulassen.

## Der Vorstoß Öcalans hat die inneren Widersprüche der AKP hervorgebracht

Das ist unseres Erachtens wichtig; die Erklärung von Dolmabahçe und die Newroz-Botschaft waren eigentlich eine Intervention des Vorsitzenden Öcalan in die politische Agenda der Türkei. Davor war mehr über das Sicherheitspaket diskutiert worden, also Themen, die von der AKP gesetzt wurden. Doch mit der Erklärung von Dolmabahçe und der Newroz-Botschaft hat sich die Tagesordnung verändert. Was wurde diskutiert? Die inneren Probleme der AKP wurden aufgedeckt, das erste Mal auf einer solchen Ebene. Die Regierung auf der einen Seite, Erdoğan auf der anderen, so haben beide widersprüchliche Erklärungen abgegeben. Darüber hinaus sind zwischen Gökçek und Bülent Arniz Konflikte aufgekommen. Und das ist eigentlich nur die Spitze des Eisbergs. Es gibt auch noch Dinge, die nicht an die Öffentlichkeit gekommen sind. Die AKP hat innerlich gekocht. Im Grunde sind mit unseren aufgezwungenen Verhandlungen und dem Prozess zur Demokratisierung der Türkei und zur Lösung der kurdischen Frage Widersprüche zutage getreten, die sie bisher zu verdecken



Sabri Ok, Mitglied des KCK-Exekutivrats Foto: sendika.org

versucht hatten. Warum? Sie haben verstanden, dass sie nicht mehr mit Demagogie vorankommen werden. Das hat den Spielraum der AKP eingeengt. Bisher sah es so aus, dass alles wie geplant verläuft. Die Regierungsvertreter erklärten immer wieder: »Der Friedensprozess schreitet voran.« Doch diese Manöver haben sich ins Innere der AKP verkehrt, das hat ihr wahres Gesicht zum Vorschein gebracht.

Was kann nun passieren? (…) In diesem Prozess, der unserer Meinung nach am Gefrierpunkt angelangt ist, versuchen die Regierung und Erdoğan, eine politisch-psychologische Atmosphäre zu schaffen. Sie könnten auch noch einen Schritt weiter gehen. Wenn die AKP sieht, dass sie sich bei den Wahlen schwertun wird, könnte sie Provokationen forcieren. Entwicklungen gegen die kurdische legale Politik, die demokratische Politik, gegen die revolutionäre Bewegung in der Türkei oder die Guerilla in Kurdistan, die den Prozess auf den Kopf stellen könnten, sind möglich. (…)

**Insbesondere in ihrer Anfangszeit hatte die AKP in der Gesellschaft eine Sichtweise auf den »Friedensprozess« schaffen wollen: Ohne die AKP wird dieser Prozess nicht weitergehen. Sie kritisierte immer wieder die Annäherungsweise der kurdischen Bewegung, aber auch anderer Akteure in der herrschenden politischen Ordnung wie der CHP. Der Widerstand von Kobanê, die Stärkung der internationalen Legitimität der kurdischen Bewegung, die Veränderungen des regionalen Gleichgewichts und der gleichzeitige Niedergang der AKP-Außenpolitik und die Debatte über die Zuverlässigkeit der AKP auf internationaler Ebene haben Diskussionen auf die Tagesordnung**

**gebracht, ob die kurdische Bewegung auf die AKP überhaupt angewiesen ist. Zuvor hatte es in Erklärungen aus Kandil geheißen, dass die AKP versuche, den *[Verhandlungs-]*Tisch aufzulösen und die kurdische Bewegung dafür verantwortlich zu machen. Nun sagen Sie, die AKP sei am schwinden. Was böte nach einem Abgang der AKP Sicherheit für einen Erhalt dieses »Tisches«? Gibt es solche Sicherheiten?**

Wir sind Zeugen dessen geworden, dass die AKP die stärkste Phase ihrer 13-jährigen Macht in diesem Prozess erlebt hat. Ich kann sagen, dass es in den letzten acht Jahren kontinuierlich direkte oder indirekte Gespräche mit unserer Bewegung gegeben hat. Es gab Gespräche mit unserem Vorsitzenden, in Oslo und weitere. Man sieht klar und deutlich, wo wir mit diesen Gesprächen stehen. Hätte die AKP in ihrer stärksten Phase dieses Problem gelöst, hätte sie natürlich Vorteile gehabt. Im Parlament war sie stark und auch in der Öffentlichkeit gab es Unterstützung. Doch diese Kraft hat sie nicht dazu genutzt, das Problem zu lösen und die Türkei zu demokratisieren, sondern für den Ausbau einer noch stärkeren repressiven Autorität und Monopolisierung. Folglich hat sich bestätigt, dass eine starke AKP dieses Problem nicht lösen wird.

Sie werden sagen: »Wenn das so ist, warum seid Ihr dann mit ihnen in Kontakt getreten?« Das ist ebenso ein Kampf. In der Gesellschaft wird eine Sensibilität, eine politische Bewusstwerdung aufgebaut. Du kannst die AKP an einen bestimmten Punkt ziehen; das ist möglich. Es ist nicht falsch, das zu versuchen, sich dem verantwortungsvoll anzunähern. Aber das bisher Erlebte hat gezeigt, dass eine starke AKP nicht an eine Lösung herangeht.

## Garantie für eine Lösung ist nicht die AKP, sondern der Kampf der Gesellschaften in der Türkei

Nun, was ist mit einer AKP, die an Kraft verliert? Es wird nach den Wahlen von einer Regierungskoalition gesprochen; davon, dass die AKP nicht allein an der Macht stehen wird. Was wird dann folgen? Wir denken nicht, dass die AKP die Garantie und Sicherheit für die Lösung dieses Problems ist. Wir sind davon überzeugt, dass es mit dem demokratischen Willen und dem Widerstand der Gesellschaften *[der Gesellschaftsgruppen]* der Türkei, der revolutionär-sozialistischen Kräfte, der antikapitalistischen und antimonopolistischen Kräfte gelöst werden wird.

Wir wissen aber auch, dass die AKP, wenn sie an der Macht ist und sich in Richtung einer Lösung bewegt, dies nicht ohne den Druck der revolutionären, demokratisch-sozialistischen Kräfte tun wird. Das heißt, die linke Bewegung in der Türkei, die demokratischen Kräfte und die kurdische Bewegung haben die AKP noch nicht an diesen Punkt bringen können oder noch nicht genug Druck erzeugt. Aus diesem Grund hat sich die AKP nicht in Richtung einer Lösung bewegt. Folglich haben wir schon immer gedacht, dass eine Lösung mit der AKP weniger aufgrund eines tiefgreifenden Mentalitätswandels zustande kommt als eher aufgrund des Drucks, der sie zu einer Lösung zwingt.

Auch ohne die AKP werden wir natürlich den Kampf der kurdischen Bewegung mit den revolutionären Kräften der Türkei, der sozialistischen Bewegung und den demokratischen Kräften zusammen weiter entwickeln und stärken. Wir werden unserer Verantwortung nachkommen, die Öffentlichkeit der Türkei für eine Lösung zu sensibilisieren, und wenn möglich weiter mit demokratischer, friedlicher Politik zu einer Lösung zu kommen versuchen. (…)

**Die Armee der Türkei ist eine NATO-Armee. Sie steht im Zentrum der Konterguerilla der NATO/USA. Denken Sie angesichts der verschiedenen Kritikpunkte der USA gegen Erdoğan, dass die Armee in diesem Kontext eine einflussreiche Rolle spielt? Wie spiegelt sich die Beziehung zwischen Armee und AKP wider?**

Die Türkei ist für die USA wichtig. Die Türkei liegt sowohl geographisch als auch geopolitisch an wichtiger Stelle und ist ein großer Markt. Die Türkei ist nicht nur die AKP oder Erdoğan. Tatsächlich gibt es in letzter Zeit gegenüber Erdoğan einige Reaktionen vonseiten der USA und Europas. Doch es ist wichtig zu verstehen, was dies für den militärischen Bereich, die NATO-Politik für Auswirkungen hat. Ich denke, keine großen. Die NATO ist etwas anderes. Die Beziehungen zwischen türkischer Armee und NATO stehen über der ganzen Politik. In gewissem Sinne denken sie: »Die Politik soll reden und spielen; wir wissen, was wir zu tun haben.« Es ist in gewisser Weise wirklich so. Zweitens ist anzumerken, dass die Beziehungen zwischen der NATO und der türkischen Armee sehr alt, sehr tief und sehr strategisch sind. Politische Engpässe spielen keine bedeutende Rolle. Die Armee steht an ihrem Platz und an ihrer Beziehung zur NATO ist nicht leicht zu rütteln.

**Die Wahl 2015 ist aus der Perspektive sowohl der herrschenden politischen Akteure als auch der gesellschaftlichen Opposition sehr kritisch. In der letzten Wahlerklärung der AKP kommen Erdoğans Ziele der Präsidentschaft und einer neuen Verfassung für den eigenen Machterhalt zum Ausdruck. Aus dieser Sicht steht die Wahl für die gesellschaftliche Opposition an einem kritischen Punkt. Der Entschluss**

**der HDP, als Partei anzutreten, lässt ihr im Hinblick auf die Zusammensetzung des künftigen Parlaments eine Schlüsselrolle zukommen. Zu dieser kritischen Wahl werden kontinuierlich verschiedene Szenarien beschrieben. Was kommt auf die Türkei zu, wenn die HDP nicht die Wahlhürde schafft? Was für eine politische Landschaft wird sich herausbilden, wenn sie die Hürde nehmen sollte? Was sind Ihre Einschätzungen für diese beiden Situationen?**

Aus unserer Sicht waren der Zehn-Punkte-Verhandlungsrahmen unseres Vorsitzenden in Dolmabahçe sowie die Newroz-Botschaft sehr wichtig. Hätte die AKP einen tiefgreifenden Mentalitätswandel erlebt, dann hätte der Druck der Gesellschaft und revolutionärer Kräfte sie dazu gezwungen gehabt ... Ich dachte, dies wäre von großer Wichtigkeit. Das war auch ein Akt des Widerstands. Doch die jetzige Mentalität der AKP sieht nicht danach aus.

## Die HDP wird im Parlament mit dem Bewusstsein ihrer Wählerschaft Politik machen

Die Rolle der HDP bei der Wahl ist wirklich sehr wichtig. Denn ob die CHP 25 oder 30 % bekommt, die AKP bleibt trotzdem an der Macht. Es wird keine Änderung geben. Das gilt auch für einen möglichen Zuwachs der Stimmen für die MHP. Doch wenn die HDP die Wahlhürde überwindet, dann ändert sich auch das Schicksal der AKP. Ein starkes Abschneiden der AKP bei der Wahl oder der Verlust der alleinigen Macht, alles ist vom Ergebnis der HDP abhängig. Aus diesem Grund ist die Wahl so wichtig. Aus Sicht der demokratischen Kräfte und der sozialistischen Bewegung in der Türkei können sich Bereiche des Widerstands auftun, das Selbstvertrauen der Gesellschaft wird steigen und es können sich demokratischere Rahmenbedingungen für den Kampf entwickeln.

Wir sehen die Türkei heute nicht als ein Feld der demokratischen Politik. Kontinuierlicher Druck, Festnahmen, das Sicherheitspaket ... Der Einzug der HDP ins Parlament ist auch für den Weg zur demokratischen Politik von Bedeutung. Wenn die HDP die Hürde überwindet, wird sie natürlich eine widerständige Haltung einnehmen. Das wissen die Teile der HDP selbst. Doch für uns wird sie mit dem Bewusstsein Politik machen, das aus den Gesellschaftsteilen kommt, die sie ins Parlament wählen. Die HDP wird für Demokratie, für die Werktätigen kämpfen. Die Repräsentation der Frau wird bei der HDP hoch sein. Sie wird für die Freiheit der Frau, die Ökologie und Freiheit kämpfen. Sie kann qualitativ eine sehr aktive Politik im Parlament verfolgen. Das ist wichtig.

Ich werde das nicht idealisieren: Der Einzug der HDP ins Parlament bedeutet nicht Demokratie und Sozialismus für die Türkei oder Freiheit für alle. Aber er ist eine wichtige Etappe. Er ist ein Erfolg für die Gesellschaften der Türkei, für die revolutionär-sozialistischen Kräfte. Die HDP kann mit der Verantwortung gegenüber allen Kreisen, die sie ins Parlament gewählt haben, mit einer sehr breiten Perspektive, mit Radikalität und Prinzipientreue einen Kampf für Demokratie führen. Sie kann die Lügen der AKP aufdecken, die Verstöße öffentlich machen und erklären, woher die Probleme der Türkei eigentlich kommen. Sie kann die Haltung des türkischen Staates, die Chauvinismus, Rassismus und Faschismus produziert, erklären. Aber am wichtigsten ist die Organisierung und Bildung der Gesellschaft, ihr im Parlament eine Stimme zu geben, den Frauen, Jugendlichen, verschiedenen Glaubensrichtungen und Kulturen, allen ...

Wie wird das den Prozess beeinflussen? Das ist abhängig davon, was für ein Ergebnis die AKP im Parlament erzielen wird. Es hängt davon ab, wie sie dann weiter verfahren wird. Doch ich sage offen: Die kurdische Frage hat nicht die AKP geschaffen; es ist eine seit 100 Jahren währende Frage. Folglich gibt es keinen Zwang, mit der AKP die kurdische Frage zu lösen. In ihrer 13-jährigen Regierungszeit hat sich gezeigt, dass sie die kurdische Frage nicht lösen wird, obwohl sie in einer vorteilhaften Situation war. Folglich wird der Kampf im Parlament für eine Demokratisierung der Türkei, für eine neue demokratische Verfassung wichtig sein. Das ist ein Kampf, ein Prozess.

Doch wenn die revolutionär-sozialistische und die kurdische Bewegung in der Türkei ihre Kraft und Chancen zusammenbringen und einen gemeinsamen Kampf entwickeln, wird sich der Weg für die Lösung der kurdischen Frage öffnen. Das Parlament wird angesichts des Demokratiekampfes der Gesellschaft dazu gezwungen werden. Dafür muss gekämpft werden.

Aber sagen wir, die HDP wird die Wahlhürde nicht schaffen. Dann wird wohl jeder seinen eigenen Weg weitergehen. Die kurdische Bewegung wird ihren Widerstand, den sie für richtig hält, fortsetzen. Die AKP oder der türkische Staat werden ihre eigene Politik weiterführen.

Wir werden dann weiter zusammen mit der revolutionär-sozialistischen Bewegung in der Türkei einen revolutionären, strategischen gemeinsamen Kampf führen – unsere große Sehnsucht, die wir bisher aus verschiedenen Gründen nicht entwickeln konnten.

## Wir haben unsere Selbstkritik zu Gezi geleistet; in dieser Phase blieb der Bereich Kurdistan schwach

Ein Beispiel: In den 90er Jahren haben die kurdische Bewegung und die Gesellschaft große Schmerzen erlitten und großen Widerstand geleistet. Die revolutionären Kräfte in der Türkei bekamen große Aufmerksamkeit, aber ihre Organisierungsstufe konnte nicht auf die Entwicklungen in Kurdistan reagieren. Jetzt gibt es dafür die Grundlage und die Möglichkeiten. Beispielsweise ist der Geist von Gezi wichtig. Er ist dort hervorgetreten, ein Widerstand hat sich entwickelt. Doch in dieser Zeit ist Kurdistan schwach geblieben. Das haben wir selbstkritisch bewertet. Von nun an müssen die revolutionäre Bewegung in der Türkei und die kurdische Freiheitsbewegung Seite an Seite den Widerstand zu gemeinsamen Themen in Kurdistan und der Türkei verstärken.

Wir haben zwei Ziele: die Demokratisierung der Türkei und die Freiheit der kurdischen Gesellschaft. Wir sehen zwischen beiden Zielen ein dialektisches Verhältnis. Wir denken nicht, dass die kurdische Frage gelöst wird, während in der Türkei die faschistische Repression andauert. Und auch nicht umgekehrt: Die Türkei wird sich demokratisieren, aber die kurdische Frage ungelöst bleiben. Beides hängt voneinander ab. Es sind zwei Probleme, die gleichzeitig gelöst werden; die Demokratisierung der Türkei und ein Status für die kurdische Gesellschaft. Es ist inakzeptabel, dass die Kurden im 21. Jahrhundert noch immer ohne Freiheit und irgendeinen Status leben.

Wir haben für die Freiheit und einen Status der kurdischen Gesellschaft immer zwei Möglichkeiten für uns gesehen. Erstens mit Verhandlungen und Gesprächen mit dem türkischen Staat dieses Problem zu lösen, und wenn dies nicht passiert, wird die kurdische Gesellschaft mit ihrem eigenen demokratischen und revolutionären Willen und Widerstand ihren eigenen Status durchsetzen.

## Im Falle des Scheiterns der Verhandlungen wird die kurdische Gesellschaft auf jeder Ebene für ihre Freiheit und ihren Status kämpfen

Eigentlich stehen wir in dieser Frage an einem Scheideweg. Wir versuchen dieses Problem gegenwärtig über Verhandlungen und Gespräche auf einem politischen Weg zu lösen. Doch wenn sich die AKP dem nicht annähert, wird die kurdische Gesellschaft nach der Wahl natürlich ihre Freiheit und einen Status erkämpfen und durchsetzen. Wenn die HDP es nicht ins Parlament schafft, müssen wir in allen möglichen Bereichen der Gesellschaft einen noch radikaleren Widerstand entwickeln. Und das wird zusammen mit der revolutionären Bewegung in der Türkei Schulter an Schulter geschehen. Wenn sich der Widerstand auf der Straße nicht vereinigt, wird sich mit ein paar Abgeordneten nicht viel verändern.

**Wir haben gesagt, dass die HDP bei den Parlamentswahlen 2015 im Hinblick auf die Zusammensetzung des Parlaments eine bedeutende Rolle spielt. Mit dem durch den Juni-*[Gezi-]*Aufstand entstandenen politisierten Raum, dem Widerstand von Kobanê oder dem allgemeinen Ziel, die AKP zurückzudrängen, ist eine stärkere Unterstützung für die HDP bei der Wahl zu beobachten. Doch es gibt auch folgende Realität: ein parlamentarisches System, das mit neoliberaler Politik die *[Menschen in der]* Gesellschaft vereinzelt, sie aus der Politik wirft, mit dem gegenwärtigen Verständnis einem Theater gleicht und in der Hand eines Machtmonopols mit Technokraten und neoliberaler Politik funktioniert. Andererseits erleben wir, wie der Innenminister in seiner Parlamentsrede verkündet, er erkenne die Verfassung nicht an, und Erdoğan das parlamentarische System als »Wartezimmer« bezeichnet. Wir haben eine HDP-Praxis im Parlament erlebt, die darin bestand, dass sich die unabhängigen Abgeordneten als Gruppe zusammengeschlossen haben. Zuletzt haben diese Abgeordneten bei den Gesprächen zum Sicherheitspaket Widerstand geleistet, Parolen gerufen und wurden sogar verprügelt. Doch dieser Widerstand, der sich nicht auf der Straße wiederfand, konnte das Durchlaufen des Pakets nicht verhindern. Auch wenn die HDP bei der Wahl die Hürde nimmt und so die bisherige Zusammensetzung des Parlaments verhindern kann und die AKP/Erdoğan die Verfassung nicht mehr *[allein]* ändern können, so können Letztere mit ihrer Ankündigung, die Verfassung nicht anzuerkennen, ein De-facto-Präsidialsystem aufzwingen. Die kurdische Bewegung schöpft ihre eigentliche Kraft nicht aus dem Parlament, doch innerhalb der sozialistischen Bewegung in der Türkei ist die Tendenz zur repräsentativen Demokratie, die politische Linie nach dem Parlament auszurichten, relativ stark. Wie viel Sinn kann man in einer solchen Landschaft einem Erstarken im Parlament geben? Was hat dabei die Arbeit der gesellschaftlichen Opposition auf den Straßen für eine Bedeutung?**

Ohne Zweifel wird sich mit ein paar Abgeordneten im Parlament nicht viel ändern, wenn die gesellschaftlichen Kräfte und revolutionären, demokratischen Bewegungen nicht den Kampf der Gesellschaft auf den untersten Ebenen, den Straßen und Plätzen vereinigen und entwickeln. Das Parlament ist ein Mittel, ein Kampfterrain. Vielleicht kann mit bestimm-

ten Mitteln manches aufgedeckt, öffentlich gemacht oder die Tagesordnung mitbestimmt werden, doch grundlegend ist die demokratische und organisierte Kraft die Gesellschaft. Die AKP ist klar eine diktatorische, eine autoritäre Bewegung. Wenn sie es für nötig hält, wird sie die Verfassung beiseiteschieben und tun, was sie will. Gegen diese Mentalität braucht es Widerstand.

### Gegen das Sicherheitspaket war der Widerstand ungenügend

(...) Wäre die Gesellschaft zum Beispiel bei der Diskussion um das Sicherheitspaket aufgestanden und hätte sich wie bei Gezi etwas entwickelt, hätte die AKP sich nicht so frei bewegen können. Die Tagesordnung wird etwas verspätet beobachtet und auch die Prioritäten werden zu schnell geändert. Das ist eine Schwäche. Das war auch an unserer Front zu sehen. Vielleicht haben die Kurden mit einigen Demonstrationen und Protesten versucht, Reaktion zu zeigen; doch es gab keine Kontinuität und Tiefe. Auch in der Türkei war dies sehr begrenzt. Die AKP konnte so mit Leichtigkeit das Sicherheitspaket durch das Parlament bringen.

Gegen eine solche faschistoide Haltung, Politik und Gesetzesänderungen muss die Gesellschaft eigentlich aufstehen. Die revolutionären Kräfte spielen dabei die Vorreiterrolle. Sie müssen die Tagesordnung bestimmen. Gegen jede repressive und falsche Haltung ist ein demokratischer Aktivismus, ein Serhildan nötig. Das hat in diesem Prozess gefehlt. Doch wir sprechen dabei von der Türkei. Die Türkei hat sehr große ungelöste Probleme, die Grund genug für tägliche Aktionen und Kämpfe wären. Wir dürfen nicht in Selbstzufriedenheit, Trägheit und Passivität verfallen.

Die Türkei braucht eine tiefgreifende Revolution und Transformation. In welchen Bereich des Lebens Sie schauen, sehen Sie diese Notwenigkeit. Jeden Tag werden Frauen ermordet. Die Frauen werden in der Mentalität der AKP immer noch nicht akzeptiert und sind von der Gesellschaft ausgeschlossen und in den Hintergrund gedrängt. Dann der Bereich der Arbeit und Werktätigen. Angesichts der Arbeitsbedingungen, wie zum Beispiel in Soma oder bei anderen Arbeitsunfällen, oder des Kampfes um die Löhne gibt es sehr viele Gründe für einen organisierten gewerkschaftlichen Kampf. Die Jugend wird in die Fänge des Kapitalismus getrieben und dem Liberalismus überlassen. Sie ist hilflos und steht ohne Lösung da, birgt aber ein enormes Potential. Hier ist auch die kurdische Frage zu verorten. (…)

**Ein Aspekt des Kampfes zwischen den Gesellschaften der Türkei und der AKP ist der Laizismus. Es gibt heftige Reaktionen auf den religiösen Konservatismus der AKP und ihre Bestrebungen, mit religiösen Reformen eine gesellschaftliche bzw. öffentliche Ordnung zu schaffen. Auf der anderen Seite breitet sich der Konservatismus des IS über den Mittleren Osten aus. Die AKP unterstützt nicht nur die Dschihadisten im syrischen Bürgerkrieg, sondern gibt auch konservativen, religiösen Gruppen in der Türkei den Raum, sich zu stärken, und stellt den Konfessionalismus in den Vordergrund. Nachdem die ehemaligen Verteidiger des Laizismus – Armee und CHP – gebrochen worden waren, hat diese Thematik mit dem Gezi-Widerstand, dem Kampf der Gesellschaft von unten eine Hauptforderung mit neuer Bedeutung bekommen. Mit dem Widerstand in Kobanê wurde der Kampf gegen den Konservativismus des IS wirkungsvoll. Doch es gibt noch einige Kritik. Insbesondere die im Kontext der nationalen Bewegung entwickelten Strategien wie die Demokratische Islam-Konferenz oder die Bündnisse mit islamischen Kreisen rufen Fragen hervor. Wie definiert die kurdische Bewegung, während über eine neue Verfassung, eine neue gesellschaftliche Perspektive diskutiert wird, das Verhältnis zwischen der AKP-Macht und dem religiösen Konservatismus?**

Dass die AKP Organisationen wie IS oder Al-Nusra auf einer strategischen Ebene unterstützt, ist eine gefährliche Tatsache. Wir haben das bei ihrer Politik gegenüber Rojava, Syrien, dem Irak und dem Mittleren Osten im Allgemeinen gesehen; die AKP ist so machtfokussiert, dass sie Bewegungen mit salafistischer Ideologie und selbst den IS unterstützt. Im Mittleren Osten ist das natürlich gefährlich.

An diesem Punkt müssen wir verstanden werden. Nach unserer Überzeugung kann keine revolutionäre Bewegung ohne eine korrekte Haltung gegenüber dem Glauben eine gesunde Entwicklung vorantreiben. Wir haben das in der realsozialistischen Praxis beobachten können. Schaut auf die alten realsozialistischen Gebiete; die Kirchen, Moscheen und Stätten des Gottesdienstes sind alle voll. Und sie hatten gedacht, das »gelöst« zu haben. Den Glauben vollständig abzulehnen, ist nicht möglich. Es ist eine Kultur. Wenn die Menschen so glauben, dann sollen sie auch so leben. Das ist ihr demokratisches Recht.

Doch eine Verbindung mit Macht, eine Verwandlung in Politik oder ein Machtelement ist gefährlich. Es ist möglich, einen demokratischen Islam und eine demokratische Glaubenskultur zu entwickeln. Wie das? Es ist möglich, sowohl dei-

nen eigenen Glauben als auch die Demokratie zu leben bzw. zu befürworten. Das ist beispielsweise in der Gesellschaft in Nordkurdistan von der Mehrheit akzeptiert. Das ist die Realität des kurdischen Potentials, auf das sich die PKK, die HDP stützen. Es ist eine gläubige Gesellschaft, aber nicht gegen den Sozialismus oder gegen die Demokratie. Das ist sehr schwer, muss aber an einem Ort wie dem Mittleren Osten umgesetzt werden. Es ist politisch falsch, Religion gegen Religion aufzubringen. Und einen historischen Glauben, eine historische Tradition und Kultur kann man nicht verleugnen. Das wäre eine Respektlosigkeit gegenüber den Gesellschaften, denn sie glauben daran.

## Wenn die Religion ein Machtelement wird, ersticken sich die Gesellschaften gegenseitig

Folglich muss für eine demokratische Transformation und um zu verhindern, dass die Religion zum Machtelement wird, ein guter Widerstand geleistet werden. Beispielsweise unser Demokratischer Islam-Kongress, vielleicht in Zukunft ein Demokratischer Kongress der Aleviten ... Das alles, damit die gläubigen Menschen ihren eigenen Glauben leben – nicht gegen die Demokratie gerichtet, sondern für sich ... Glaube und Ideologie wurden nach ihrer Umwandlung in Macht zu etwas Schlechtem. Das gilt sowohl für den Islam als auch für das Christentum. Nach ihrer Machtwerdung wurden sie unterdrückerisch. Wir sagen deswegen, sie sollen zu ihrem Anfang, ihrem Ursprung zurückkehren. Wenn sie an ihrem Ursprung von Gerechtigkeit, Frieden und Liebe predigten, dann muss es auch heute so sein. Wenn sie sich mit Macht vermischen, ein Machtelement werden, dann ist der heutige Zustand des Mittleren Ostens ein Beispiel dafür. In Kriegen im Namen von Konfession und Glauben ersticken sich die Völker und Kulturen gegenseitig. Das muss verhindert werden. Der Weg dorthin sind Akzeptanz und Respekt vor dem kulturellen Islam, dem kulturellen Alevitentum und der Kultur der anderen Glaubensrichtungen. (...)

Sie so anzunehmen, wie sie sind, ist auch nicht richtig, denn sie alle sind zu Werkzeugen der Macht geworden. Das Richtige ist, die Religionen unter den gegenwärtigen Bedingungen angesichts ihrer Geschichte richtig zu bewerten, ihre Kultur zu respektieren, sie alle mit der Demokratie zu vereinen und so eine Brücke zwischen den Religionen zu bauen.

Wir versuchen das beispielsweise in der Türkei zu verwirklichen, damit es sich auch im Mittleren Osten ausbreitet. Es wurde zum Beispiel in Rojava aufgebaut. Assyrer, Armenier, Êzîden, Kurden und Araber leben zusammen und das auf demokratische Art und Weise. Demokratische Autonomie ist die Organisierung der Gesellschaft und der Demokratie im Lokalen. All diese Glaubensrichtungen nehmen die Freiheit der Frau an. Sie nehmen an, dass sie die Leitung der Verwaltung stellt und an den Entscheidungsprozessen partizipiert. Wir denken, das zu verwirklichen, ist möglich.

Es ist nicht so, dass »die PKK mit ihrer Herangehensweise irgendeinen Glauben stärken und morgen für die demokratischen und laizistischen Kreise Probleme geschaffen haben« wird. Das ist falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Gegen diese falschen Anschuldigungen versuchen wir im Mittleren Osten, der heute zur Plage der Menschen geworden ist, ein demokratisches Bewusstsein zu entwickeln. Wir versuchen die Kultur der Religionen zu entwickeln. Und meiner Meinung nach sind das die Stufen, die zur Demokratie und eigentlich zum Sozialismus führen. Zum Sozialismus wird niemand gelangen, wenn diese Stufen übersprungen werden. Es wurde so propagiert, doch so hat es nicht funktioniert. Du wirst dahin gelangen, indem du sie akzeptierst und respektierst, sie aber innerhalb der Demokratie transformierst. (...)

**In Kobanê haben wir eine Phase des Widerstands erlebt. Der Krieg in Rojava und in Syrien allgemein dauert weiter an. Das Assad-Regime schützt seine Existenz und das Kräftegleichgewicht ändert sich ständig. Wenn wir auf der anderen Seite den Mittleren Osten betrachten, dehnen sich die Kriege und Konfessionskonflikte weiter aus, das letzte Beispiel haben wir im Jemen erlebt. Eine Interventionsphase wurde begonnen, die auch Erdoğan unterstützt, die Truppen der Arabischen Liga wurden gegründet. Was denken Sie über die Kriegsrealität im Mittleren Osten und darin über die Zukunft Rojavas? Zweitens, wie wird der Wiederaufbau von Kobanê organisiert? Was erwarten Sie von der sozialistischen Bewegung und den Demokratiekräften der Türkei? Was kann zusammen gemacht werden?**

Der Widerstand und der Sieg in Kobanê sind eigentlich nicht nur ein Sieg der Kurden, sondern aller Revolutionäre, Sozialisten, Frauen. Wir glauben an diese Realität. Wie bei der Revolution in Vietnam wurde die Entwicklung in Kobanê zum Anknüpfungspunkt für weltweite revolutionäre, sozialistische und Widerstandsbewegungen. Aus diesem Grund wurde der 1. November als weltweiter Aktionstag für Kobanê verkündet. Keine revolutionäre Kraft, die sich nicht für Kobanê interessiert hätte. Das war eine enorm große moralische Stärke. Auch die revolutionär-sozialistische Bewegung, die Jugendbewegung, die Frauenbewegung, die Aleviten und andere Kräfte aus der Türkei zeigten sehr großes Interesse. Das war sehr wertvoll und in diesem Sinne ist Kobanê wirklich ein Sieg aller. Nun ist Kobanê ein Trümmerhaufen. Es wird neu aufgebaut werden, und das muss die Aufgabe von allen sein. In der Stadt

liegen immer noch viele Leichen und auch Minen, sonstige Sprengfallen gibt es. Ich denke, ein kleiner, besonders von Zerstörung betroffener Teil wird als Museum erhalten bleiben und der Rest vollständig wieder aufgebaut werden.

### Nicht das Kapital, sondern die Völker müssen Kobanê wieder aufbauen

Unsere Perspektive ist: In den Neuaufbau von Kobanê dürfen sich keine Monopole und auch nicht das Kapital der Bauindustrie einmischen. Sie dürfen gar nicht reingelassen werden. Kobanê muss mit der Sichtweise der demokratischen Zivilisation, dem Ökologieverständnis und der Lebensperspektive des demokratischen Kommunalismus wieder aufgebaut werden. Dabei müssen besonders die Volksgruppen, die Arbeiter, Revolutionäre und die kurdische Gesellschaft auf ihre eigene Kraft vertrauen und so die Stadt aufbauen. Sie müssen zeigen, dass es möglich ist. Sie müssen zeigen, dass auch etwas jenseits von Kapital und Monopol aufzubauen möglich ist. Dabei ist die Unterstützung von NGOs, solidarischen Institutionen und revolutionär-sozialistischen Kräften von großer Bedeutung. Die Bevölkerung von Kobanê erwartet das natürlich. Wahrscheinlich wird eine Gruppe von Architekten und Ingenieuren die Planung skizzieren. In diesen Tagen findet zu diesem Thema in Amed eine Konferenz statt. Dann ist Kobanê natürlich offen für Hilfe und Unterstützung, physische, finanzielle und materielle ... In diesem Sinne wird Kobanê von Neuem aufgebaut werden. Wie beim *[militärischen]* Sieg muss sich auch jeder am Aufbau beteiligen.

Der Krieg in Rojava ist nicht zu Ende, er geht weiter. In Kobanê wurde der Sieg errungen, aber der IS und andere Gruppen haben etliche ihrer Kräfte vom Irak nach Syrien verlagert. Wie Sie wissen, ist Rakka ihr Zentrum. Diese Kräfte wollen als Reaktion auf ihre Niederlage in Kobanê den Krieg mehr in die Region Cizîrê verlagern und einen Sieg in Serê Kaniyê (Ras al-Ayn) und Til Temir (Tel Tamer). Der Krieg dauert also an. Der Unbesiegbarkeitsmythos des IS wurde in Kobanê zerstört. Die politische, militärische und geistige Vorreiterrolle haben die Kräfte der YPG/YPJ inne. Trotz der Errungenschaften hält der Krieg an. Wir denken, wenn kein demokratisches Syrien geschaffen wird, werden die Schwierigkeiten, Probleme und Gefechte in Kobanê immer andauern. Folglich muss das Leben in Kobanê nach den andauernden Kriegsbedingungen ausgerichtet werden. Die Selbstverteidigung und auch die Ökonomie müssen sich danach richten. Nur wenn Syrien demokratisiert wird, wird Rojava frei atmen können. Für die demokratische Neuordnung Syriens wird Rojava eine moralische Vorreiterrolle spielen. (...)

Die kurdische Bewegung trägt eine historische Verantwortung. Am Beispiel Rojavas muss gezeigt werden, dass im Mittleren Osten ein demokratisches Zusammenleben verschiedener Glaubensrichtungen und Kulturen möglich ist.

Unsere Perspektive ist: In den Neuaufbau von Kobanê dürfen sich keine Monopole und auch nicht das Kapital der Bauindustrie einmischen. Sie dürfen gar nicht reingelassen werden. Kobanê muss mit der Sichtweise der demokratischen Zivilisation, dem Ökologieverständnis und der Lebensperspektive des demokratischen Kommunalismus wieder aufgebaut werden.

**In der Newroz-Erklärung Abdullah Öcalans gibt es die Formulierung: »Die Brutalität des Islamischen Staates ist die Folge des Beharrens der imperialistischen Mächte auf ihren Interessen im Mittleren Osten.« Nach dem Irak und Afghanistan haben die USA mit dem IS wieder eine Legitimation für eine Intervention in die Region gefunden. Im Krieg in Kobanê soll ihr Engagement gegen die IS-Kräfte begrenzt geblieben sein und nicht das Niveau erreicht haben, sie völlig zu zerstören. In der Region halten die Diskussionen über die sunnitische Achse weiter an; mit dem Krieg im Jemen hat sich Obama nach längerer Zeit wieder mit Erdoğan getroffen. Wie bewerten Sie das Verhältnis zwischen den USA und dem IS, die Existenz des IS und die Politik des US-Imperialismus in der Region? Das ist wichtig, denn im Hinterfragen der kurdischen Bewegung und in der Kritik an ihr spielt die Koalition in Kobanê, und damit das Verhältnis zwischen den USA und der Bewegung, eine Rolle. Diese Kritik wird mit der Betonung auf Antiamerikanismus und Antiimperialismus geübt. Was ist Ihre Antwort darauf?**

Bei genauerer Betrachtung der ideologischen Grundhaltung der PKK-Bewegung kann ich sagen, dass sie ausgeprägt antikapitalistisch und antimonopolistisch ist. Das ist in all unseren Perspektiven und den Verteidigungsschriften des Vorsitzenden Öcalan präsent. Der Kampf gegen das kapitalistische und neoliberale Verständnis, die kapitalistische Lebensart und Kultur ist sehr klar. Doch wir hören und registrieren im Mittleren Osten natürlich auch Kritik und manche Zweifel an der kur-

dischen Bewegung, die sie nicht verdient hat. Also zum Punkt ihrer Beziehungen zu den USA oder anderen Kräften.

Die kurdische Bewegung mit ihrem Widerstand ist heute ein Element, das die Politik und die Völker im Mittleren Osten beeinflusst. Sie ist ein wichtiges Element für das nationale, kulturelle Erwachen der Völker und für die Entwicklung ihres Widerstands. Gleichzeitig ist sie aber auch eine Bewegung, die im Mittleren Osten selbst beeinflusst wird. Und was ganz wichtig ist: Es handelt sich um eine Bewegung, die sich auf ihre eigene Kraft, die Kraft ihrer Gesellschaft stützt und auf eigenen Beinen steht. Das ist im Mittleren Osten keine einfache Sache. Wir sprechen vom dritten Weg, der Linie des demokratischen Sozialismus; weder der nationalstaatlichen noch der Linie der kapitalistischen Moderne. Wir sprechen von der demokratischen Linie der Völker, die auf die eigene Kraft baut, und damit leisten wir Widerstand. Wir haben damit viele Probleme erlebt, doch unseren Widerstand dagegen entwickelt. Das war auch in Kobanê der Fall. Mit der Perspektive und dem Paradigma des Vorsitzenden Öcalan tun wir das auch weiterhin.

## Man wollte die Kurden dahin bringen, dass sie um Hilfe von außen betteln

Doch in Kobanê waren die Kurden in ihrem Widerstand mit der Plage des IS konfrontiert. Wann hat die internationale Koalition jedoch mit den Bombardements auf den IS begonnen? Das war in der Phase, in der eine baldige Niederlage vorhergesagt wurde. Sie haben bis zu dem Punkt gewartet, an dem die Kurden um Hilfe betteln. Diese Politik des Imperialismus ist sehr deutlich und hat immer die Eigenschaft, Krisen zu erzeugen und zu steuern. Der IS ist nicht vom Himmel gefallen. Lassen wir die historischen, gesellschaftlichen Gründe mal beiseite, es gab Kräfte, die ihn organisiert und auf die Völker losgelassen haben. Denn sie wollen im Mittleren Osten kein der Demokratischen Moderne entsprechendes Modell. Niemand wollte dies; weder die primitiven nationalistischen Kurden noch der türkische Staat noch die internationalen Kräfte. Es ist also als ein dritter Weg entstanden, der so, wie er die Völker in Erregung versetzt hat, andere beunruhigt hat. Sie wollten ihn im Keim ersticken. Und dann kam der IS.

In Kobanê wurde eine Öffentlichkeit geschaffen und der Widerstand wurde fortgesetzt. Es zeigte sich, dass Kobanê nicht so einfach fallen würde. Dann haben die Koalitionskräfte bombardiert. Ihre Bombardements hatten aber nicht das Ziel, den IS zu zerstören, sondern folgten der Maxime »schießen, ohne zu vernichten«. Sie haben angefangen zu bombardieren, um ihn in einem gewissen Rahmen kontrollieren zu können. Ich kann nicht sagen, was sie jetzt tun werden, denn der IS hat seine Grenzen überschritten.

## Die kurdische Bewegung stützt sich auf die eigene Kraft, sie kämpft seit 35 Jahren gegen die NATO

Die kurdische Bewegung ist an diesem Punkt konsequent und prinzipientreu. Sie stützt sich auf ihre eigene Kraft, auf die Kraft der Gesellschaften und leistet so Widerstand. Sie folgt weder der Linie der regionalen, nationalstaatlichen Kräfte noch derjenigen der internationalen Kräfte. Es kann Beziehungen geben, doch muss das im Zusammenhang mit den konjunkturellen und aktuellen Bedingungen bewertet werden. Es muss als richtig und angemessen bewertet werden, doch das Wichtigste ist: Gibt es ein Abweichen von den Prinzipien? Die kurdische Bewegung ist an diesem Punkt äußerst ernsthaft und verstärkt ihren Widerstand in Verbindung mit ihren Prinzipien.

Die von Ihnen angesprochenen Zweifel an der PKK sind völlig unangebracht. Denn die PKK hat im Grunde 35 Jahre gegen die NATO gekämpft. Das ist eine Tatsache. Das weiß auch die NATO ganz genau. Die türkische Armee hat mit dem NATO-Geheimdienst und NATO-Technik gegen uns gekämpft. Wir wissen, dass die türkische Armee mit Unterstützung der NATO, der internationalen Kräfte der kapitalistischen Moderne die Existenz der Kurden verleugnet und vernichtet hat. Wir wissen, dass sie dieses Problem mit vielen Dimensionen geschaffen und so für viel Leid gesorgt hat.

Deutlicher wird dies auch bei der entscheidenden Rolle der USA und anderer Kräfte bei der Verschleppung des kurdischen Repräsentanten, unseres Vorsitzenden Öcalan. Wir wissen, aus welchen Gründen dies getan wurde. Denn er war es, der sich niemals auf den Kapitalismus eingelassen hat. Deshalb wollten sie ihn liquidieren. Damit wollten sie eine kapitalismuskonforme Linie in Kurdistan durchsetzen. Das war ein Teil ihres Kalküls. Unser Kampf gegen den Kapitalismus ist intensiv und ideologisch unendlich. Das ist unser Grundprinzip. Wir sind überzeugt davon, dass wir den stärksten antikapitalistischen und antiimperialistischen Widerstand leisten. Beispielsweise stellt sich der IS gegen die US-Politik und die US-Jets bombardieren den IS, doch beide sind zwei Seiten derselben Medaille, die sich gegenseitig brauchen und befördern. Auch der Iran wirkt gegen die USA gerichtet, aber beide bedingen und fördern sich gegenseitig. Die Realität sieht also anders aus. Doch die antikapitalistische und antiimperialistische Haltung der PKK und ihr Kampf für den demokratischen Sozialismus müssen als wertvoll angesehen werden. (...) ♦

## Kurze Zwischenbilanz des »dritten Weges«

# Rojava wird zum Vorbild für Syrien

Salih Muslim, Kovorsitzender der PYD

Diverse Mächte der Welt sind in Kriegen und Konflikten vertreten, um ihre Interessen zu wahren. Das betrifft auch den Mittleren Osten. Der Krieg dieser Mächte um Herrschaft und Interessen hat die Region gespalten, geschwächt und schließlich zusammenbrechen lassen. Es ist naheliegend, dass sie ihre Absichten mit der Zeit und im Rahmen der Entwicklung der zugrundeliegenden Konflikte ändern und neu bestimmen.

Die Welt hat sich im 20. Jahrhundert für die Mächte nicht zu ihren Gunsten entwickelt und etabliert. Das betrifft neben dem Fortschritt der technischen Entwicklung auch den der Globalisierung. Die Kolonialmächte trachten die Regionen nach ihren Möglichkeiten zu kontrollieren. Allerdings verstärken die Völker ihren Widerstand und wollen entschlossen Freiheit und Demokratie erlangen. Infolge der andauernden Auseinandersetzungen sind die unterdrückten Völker aufgewacht und akzeptieren nicht weiter die Herrschaft der Besatzer.

Unsere Region, der Mittlere Osten, ist derzeit am heißesten. Aufgrund seiner Besonderheiten war Mesopotamien das Zentrum für Kriege und Auseinandersetzungen der nationalen und internationalen Besatzer.

Der Wandlungsprozess in der Region und auf der Welt begann nach der Auflösung des Ostblocks zum Ende des 20. Jahrhunderts. Im 21. Jahrhundert hat er seinen Höhepunkt erreicht. Die internationalen Mächte hatten geplant, den »gemäßigten Islam« als ideologiebasierte Herrschaft zu etablieren. Diese Form des Islam wird von den internationalen Mächten gefördert und legalisiert und zahlreiche Gemeinschaften und Gruppierungen in der Region sympathisieren mit ihm, sodass die Menschen den »gemäßigten Islam« als eigene Religion und Kultur betrachten. Für den Fall, dass einige Gruppen dieser Gemeinschaften in dieser Hinsicht nicht zu einem Konsens kommen, profitieren die globalen Mächte, indem sie sich einschalten und intervenieren.



Salih Muslim, Kovorsitzender der PYD   Foto: ANF

Die Regionalmächte haben ihre Pläne an der Politik der internationalen Mächte ausgerichtet, sehen sich in deren politischen und strategischen Rahmen für den Mittleren Osten und versuchen davon zu profitieren. Der »Arabische Frühling« hat dieses Mal mit dieser Form des Islam begonnen. Die Konflikte zwischen den Nationen, Religionen und Glaubensrichtungen wurden aufrechterhalten und verstärkt.

Der sogenannte »Frühling«, der in Syrien begann, wurde von internationalen und regionalen Mächten als Opposition ins Leben gerufen. Diese Opposition wurde anfangs »Nationalrat Syriens« genannt, anschließend als »Nationale Koalition der Syrischen Oppositionskräfte« betitelt, die vollständig unter der Kontrolle der türkischen Regierung stand. Mit dieser Art Opposition beabsichtigte die Türkei, alle oppositionellen Gruppen in Damaskus zu steuern und dort ihre Politik zu verfolgen. Daneben gab es eine weitere Opposition, die »Koordination der demokratischen Kräfte«, die jahrelang einen demokratischen Kampf gegen das Damaskus-Regime führte.

Als Ausweg für die Situation in Syrien einigte sich die internationale Gemeinschaft, in Genf einen internationalen Kongress zu organisieren, Genf 1, der dann ohne Opposition und Regime stattfand und keine Ergebnisse lieferte. Also wurde ein zweiter Kongress einberufen, Genf 2, an dem Opposition und Regime teilnahmen. Auch dieser löste sich auf. Zeitgleich wur-

den in Syrien Massaker und Zerstörung fortgesetzt. So verfolgt jede bewaffnete Gruppe individuelle Ziele und will alle anderen Gruppen ausschalten.

Unter den Oppositionsgruppen in Syrien sind die Kurden das beste Beispiel für Disziplin und das Einhalten des internationalen Kriegsrechts. Sie haben den Demokratischen Konföderalismus umgesetzt und sich gegen jeglichen Angriff verteidigt. Damit sind sie zum entscheidenden Faktor in ganz Syrien geworden, so wurde ihr Widerstand in Şengal (Sindschar), Cizîrê und Kobanê (Ain al-Arab) weltweit bekannt. Vor allem in Kobanê wurde der Widerstand zur Hoffnung der Menschheit gegen Tod und Terror. Die internationale Koalition entschied sich, die Kurden in ihrem Kampf gegen den Terror zu unterstützen. Sie fassten den kurdischen Widerstand als Gewähr für die eigene Sicherheit auf.

In letzter Zeit fanden aufgrund der Situation in Syrien zwei Kongresse statt. Der erste in Kairo mit dem Ziel, die Oppositionsgruppen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen; dafür ist im Frühling in Kairo eine weitere Zusammenkunft geplant. Ein zweiter Kongress wurde in Moskau abgehalten; er wurde als Treffen zwischen Baath-Regime und Opposition aufgefasst. Der Plan war gewesen, dass alle Beteiligten neben ihren Ansichten auch potentielle Lösungsmöglichkeiten vorstellen. Die Besonderheit war, dass Vertreter des Demokratischen Konföderalismus offiziell zu diesen beiden Kongressen eingeladen gewesen waren.

Wir können sagen, dass sich die Lage im Mittleren Osten allgemein im kurdischen Sinne entwickelt. Das ist das natürliche Resultat der Anstrengungen und des Widerstands der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ und des »dritten Weges«, den die Kurden gewählt haben. Nun öffnen sich alle Türen, die ihnen zuvor immer verschlossen gewesen waren, und sie sowie der Demokratische Konföderalismus werden offiziell anerkannt. So ist der Demokratische Konföderalismus zum Vorbild für ganz Syrien geworden und etliche Oppositionsgruppen beabsichtigen dieses System für die Zukunft Syriens zu implementieren. Ohne Zweifel ist diese Entwicklung eine schwierige Aufgabe für uns Kurden und es werden von uns höhere Leistung und Arbeit erwartet. Vor allem werden die diplomatischen Aufgaben unserer Vertreter in Europa zunehmen. Das Treffen des französischen Präsidenten François Hollande mit VertreterInnen Rojavas war nur der Anfang. Wir müssen uns auf die neue Etappe gut vorbereiten und unser Volk und seine Ideale konsequent und sicher vertreten. ♦



Sabri Ok: »Unsere Perspektive ist: In den Neuaufbau von Kobanê dürfen sich keine Monopole und auch nicht das Kapital der Bauindustrie einmischen. Sie dürfen gar nicht reingelassen werden. Kobanê muss mit der Sichtweise der demokratischen Zivilisation, dem Ökologieverständnis und der Lebensperspektive des demokratischen Kommunalismus wieder aufgebaut werden. Dabei müssen besonders die Volksgruppen, die Arbeiter, Revolutionäre und die kurdische Gesellschaft auf ihre eigene Kraft vertrauen und so die Stadt aufbauen. Sie müssen zeigen, dass es möglich ist. Sie müssen zeigen, dass auch etwas jenseits von Kapital und Monopol aufzubauen möglich ist. Dabei ist die Unterstützung von NGOs, solidarischen Institutionen und revolutionär-sozialistischen Kräften von großer Bedeutung. Die Bevölkerung von Kobanê erwartet das natürlich.« Foto: DIHA

Kurze Einordnung der iranischen Politik

# Für die Freiheit aller Völker in einem demokratischen Iran

Şêrzad Kemanger, Ratsmitglied der Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK)

In Anbetracht der Gesellschaft im Iran blickt mensch auf eine weite Vielfalt verschiedener Kulturen. Der Iran birgt ein regelrechtes Mosaik unterschiedlicher ethnischer und religiöser Gruppen. Es lässt sich durchaus behaupten, dass sämtliche nationalen und konfessionellen Identitäten des Mittleren Ostens ebenfalls im Iran vertreten sind. Der Versuch der iranischen Staatselite, diese Vielfalt an nationalen Identitäten unter eine auf Nationalismus oder Klerikalismus basierende hegemoniale Ideologie zu zwängen, macht in dessen Folge gesellschaftliche Widersprüche und Probleme unvermeidlich. Im derzeitigen System herrscht ein äußerst klerikalfaschistischer Nationalismus, dessen größter Widerspruch in seinem Verhältnis zur kapitalistischen Moderne liegt. Auf der einen Seite fußt das System des Iran auf der kapitalistischen Moderne, auf der anderen Seite betreibt es effektive Gegenpropaganda und Hetze gegen sie, um seine Macht zu legitimieren. Außerdem verfügt der Iran über lange Erfahrung im Erdrücken und Ersticken revolutionärer und demokratischer Entwicklungen.

Wir durchleben eine Phase der Krise in der gesamten Region des Mittleren Ostens und damit verbunden eine Zerfallsphase nahezu sämtlicher Herrschaftssysteme aller Staaten in der Region. Vor allem das System des iranischen Staates zeigt starke Symptome und Erscheinungsformen einer Krise. In Anbetracht der regionalen Entwicklungen und aufgrund der herrschenden nationalstaatlichen Mentalität im Iran besteht die Möglichkeit des Einbruchs und des Sturzes des iranischen Despotismus.

Bis zum heutigen Tage ist keine wirkliche wissenschaftliche Recherche über den Widerstand der Völker des Iran gegen den Schah und die Despoten des heutigen Regimes angestellt worden. Ebenso wenig ist über ihr gesellschaftliches, wirtschaftliches und politisches Leben bekannt. Wesentliche Entdeckungen der geschichtswissenschaftlichen Zunft lassen auf sich warten. Die meisten iranischen und ausländischen HistorikerInnen maßen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation der verschiedenen Volksgruppen keine Bedeutung bei. Es besteht wohl kein Interesse daran, sich gegen die herrschende Staatsdoktrin aufzulehnen. Ebenso haben es die iranischen Intellektuellen bisher nicht vermocht, einen produktiven Beitrag gegen die schiitische Modernität zu leisten. Obwohl es sich bei ihnen um diejenigen handelt, die sich mit Theorien über die Moderne am ehesten auseinanderzusetzen vermögen. Der hegemoniale Islam bedient sich derselben chauvinistischen Ideologie, die die Oligarchie der Nationalstaaten in den letzten zweihundert Jahren als Maske benutzt hat. Dabei statuiert die Islamische Republik Iran das offensichtlichste Beispiel. Im Iran leben AserbaidschanerInnen, KurdInnen, PerserInnen, AraberInnen, BelutschInnen, TurkmenInnen und viele mehr, mit eigenständiger Sprache und Religion. Ungeachtet dessen werden nahezu sämtlichen Volksgruppen ihre elementarsten kulturellen und nationalen Rechte nicht anerkannt. Sämtliche Bestrebungen der Islamischen Republik Iran sind auf die Vernichtung der gesellschaftlichen Vielfalt und die Schaffung einer homogenen Gesellschaft gerichtet. Folglich werden auch sämtliche demokratischen und menschenrechtlichen Prinzipien mit Füßen getreten. Die gesellschaftlichen Probleme der Frau, der verschiedenen Volks- und Religionsgruppen sind ungelöst. Das Ausmaß dieser Probleme scheint stetig zu wachsen. Die auf der einen Seite erkennbaren wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Krisen wie auch die regionalen und internationalen Spannungen des Iran lassen den Niedergang des despotischen Regimes erahnen. Zeitgleich ist der Iran bestrebt, seine Macht durch Expansion und Einflussgewinn in den anderen Staaten der Region zu erweitern.

Die iranische Gesellschaft ist lebendig und aufgeweckt. Folglich hat sie ihren Kampf gegen Unterdrückung und für Gleichberechtigung kontinuierlich fortgeführt. Das iranische Regime sieht die Lösung der Geschlechterfrage, des Demokratiedefizits und der Probleme der einzelnen ethnischen und religiösen Gruppen in deren Verleugnung und Beseitigung. Angesichts der älteren und jüngeren Geschichte des Iran lässt sich feststellen, dass sie voller Genozide an diversen Bevölkerungsgruppen, Verhaftungen und des Erhängens von Menschen steckt. Wirkliche Verbesserungen in dieser Hinsicht sind nicht erkennbar. Im Gegenteil findet dieses System seine Fortsetzung

in einer Art Todesmaschinerie. Es gilt jedoch zu betonen, dass eben infolge des Mangels an demokratischen Grundrechten, an Frauen- und kulturellen Rechten Menschen aus sämtlichen Teilen der Gesellschaft dagegen ankämpfen und sich aktiv einsetzen im Kampf für Gleichheit und Freiheit. Das despotische Regime des Iran antwortet auf die Organisierungsbestrebungen der Gesellschaft mit Gefängnis und Todesstrafe. Mit dem Amtsantritt des Staatspräsidenten Rohani sind die Zahl der Exekutionen und der Terror gegen die Bevölkerung drastisch gestiegen. Als die organisierteste sich für die Demokratisierung des Iran einsetzende Kraft haben die KurdInnen am meisten unter dieser Unterdrückungspolitik zu leiden. Außerdem sind vor allem die Bahai, YarsanitInnen, SunnitInnen und ZoroastrierInnen ebenso wie unterdrückte Volksgruppen wie die BelutschInnen und AraberInnen von diesem Despotismus betroffen. Darüber herrscht international unbeholfenes Schweigen.

Die Islamische Republik Iran ist wie eine missionarische Strömung bestrebt, ihre Hegemonie vor allem im Mittleren Osten, aber auch anderswo auszuweiten. Für die gewünschte Stärke ist sie am Besitz atomaren Waffen interessiert. Die derzeitigen Atomverhandlungen mit den P5+1 (USA, Russland, Großbritannien, Frankeich, China und Deutschland) sind nicht nur auf die Urananreicherung beschränkt. Besonders die USA sind eifrig um Abkommen bemüht, die die neuen Machtverhältnisse im Mittleren Osten betreffen. Der Iran steckt mitten in der Krise, innere Transformationsbestrebungen sind erkennbar. Doch gilt im Hinblick auf die Kriege in Irak und Syrien, beides Staaten mit engen Beziehungen zur Führung in Teheran, dass der Iran sich zu gewissen Kompromissen mit westlichen Mächten gezwungen sieht. In diesem Sinne stehen vor allem die Entwicklungen und die Zukunft des Irak und Syriens auf der Agenda der Verhandlungen. Allerdings gilt an dieser Stelle anzumerken, dass im Falle bestimmter Zugeständnisse der Verhandlungspartner die Mission des Iran auf internationaler Ebene offiziell anerkannt werden würde. Mit dem Besitz atomarer Waffen würde der Einfluss des Iran international drastisch steigen. Sollte es in den Atomverhandlungen jedoch keine Lösung geben, könnte es dennoch zu einer Übereinkunft in Bezug auf den Irak und Syrien kommen. Mit dieser Doppelstrategie wird der Iran weiterhin seinen Einfluss auf internationaler Ebene auszudehnen trachten.

Im Mittleren Osten bestehen zwei ideologische Zentren, eines davon der Iran, das andere Saudi-Arabien. Beide Ideologien standen über die ganze Historie hinweg in starkem Widerspruch zueinander, der sich gerade in den letzten Jahren intensiviert hat. Tatenlosigkeit und Schweigen auf internationaler Ebene haben zur Folge, dass der Iran seine Intervention in der Region weiter forciert. Daher ist die Stärkung der demokratischen Kräfte in der Region von unbedingter Notwendigkeit. Nur so kann das Schicksal der Völker in der Region vor weiteren Massakern bewahrt werden. Denn mit dem Erstarken des Iran wird die Polarisierung in der Region weiter vorangetrieben und in der Folge werden Ideologien und Antagonismen wie der »Islamische Staat« (IS) genährt. ♦

---

## Iran: 25 Hinrichtungen in 14 Tagen

Der Iran begeht weiterhin Verbrechen innerhalb des Landes, während die internationalen Mächte Verhandlungen mit dem Regime über sein Nuklearprogramm führen. Seit Anfang April wurden im Iran 25 AktivistInnen hingerichtet.

Die Hinrichtungen im Iran gingen nach der starken Kritik durch den UN-Reporter Ahmed Şahin und Amnesty International für eine Weile zurück, stiegen aber nach dem Abkommen mit den internationalen Mächten zum Atomprogramm wieder an.

Am 13. April versammelten sich Familien vor dem Kerec-Gefängnis, um die Hinrichtung ihrer Verwandten zu verhindern. Vor dem Gefängnis entstand eine Menge mit ca. 200 Personen. Plötzlich fing eine Frau an zu schreien: »Sie haben sie gehängt!« Das war die erste Massenexekution nach der Vereinbarung von Lausanne am 2. April.

Die Gefängnisleitung sagte den Familien, dass der Befehl von ganz oben gekommen ist, während die iranische Opposition bekanntgab, dass im Kerec-Gefängnis am 13. April 8 Gefangene hingerichtet wurden.

Am gleichen Tag sollten in anderen Gefängnissen 40 weitere Gefangene gehängt werden. Es gibt allerdings bisher keine Auskunft darüber, ob diese weiteren Hinrichtungen tatsächlich durchgeführt wurden.

Seit Anfang April sollen im Iran 25 Personen hingerichtet worden sein. Laut Oppositionsquellen wurden allein im Februar 98 Menschen hingerichtet.

Es wird berichtet, dass seit Anfang des Jahres bisher an die 260 Hinrichtungen stattgefunden haben.

ANF, 16.04.15, ISKU

Rückschritte bei den Frauenrechten in Südkurdistan

# Das Leben der Frau gegen die antidemokratische Gesetzeslage

Necîbe Qeredaxî, Journalistin

Seit 1991 wird Südkurdistan von einer autonomen Regionalregierung regiert. In dieser Zeit blieben bedeutende Schritte zur Beendigung von Gewalt leider aus. Vor allem die Gewalt gegen Frauen erreicht in diesem Teil Kurdistans dramatische Ausmaße. Weder standen noch stehen die Probleme der Frau und der übrigen Gesellschaft auf der Agenda der führenden politischen Kräfte. Ebenso wenig befasst sich der Großteil der Opposition mit dieser Thematik. Dem Bericht einer Frauenorganisation zufolge wurden allein im Jahre 2013 mehr als 5 000 Fälle von Gewalt gegen Frauen vermerkt. Mindestens 302 Frauen sollen sich verbrannt haben. Allein in den Anfangsmonaten des Jahres 2014 wurden 20 Frauen ermordet, 4 sogar am selben Tag. Die Täter genießen weiterhin Straffreiheit und laufen frei herum.

Die Zahl der Fälle von Mord, Vergewaltigung und Selbstverbrennung ist drastisch gestiegen. Bei genauerer Betrachtung der Einzelfälle wird ersichtlicher, wie grausam es um die Lage der Frau in Südkurdistan bestellt ist. Dûnya wurde im Alter von gerade einmal fünfzehn Jahren grausam ermordet. Eine sechzehnjährige Kurdin, vor dem Krieg aus Rojava geflohen, fand ihre Peiniger in Gestalt von sechs Männern, die das junge Mädchen brutal vergewaltigten. In der Folge heftiger Proteste sah sich der Mörder von Dûnya gezwungen, sich der Polizei zu stellen. Ebenfalls energischen Protesten war die Verurteilung von fünf der sechs Vergewaltiger geschuldet. Trotz der schwierigen Flucht aus Rojava bleiben viele Flüchtlinge, vor allem Frauen, nicht von Gewalt verschont. Infolge von Gewalt durch ihren Ehemann wurde Jiyan Mihyedîn Şêxmus im Flüchtlingscamp Domîz in Duhok ermordet.

Bei der Ausgrenzung der Frau aus den gesellschaftlichen Entscheidungszentren und der Politik handelt es sich um eine weitere Form der Gewalt. Im Kabinett der 8. Regierung des Kurdistan Regional Government (KRG) ist nur eine einzige Frau vertreten. Die Quote der politischen Beteiligung liegt bei gerade mal 2 %, die Frauenquote bei den WahlkandidatInnen bei 25 %. Ohne diese Quote würden die Frauen noch viel weniger Stimmen erzielen. Es fehlt ein geschlechtsbezogenes Bewusstsein in Südkurdistan.

Eine weitere Art der Gewalt ist die Beschneidung von Frauen. Laut Angaben der Beobachtungsstelle für Menschenrechte wird die Genitalverstümmelung in großem Maße weiter vorangetrieben. Obwohl nach südkurdischer Gesetzgebung strafbar, werden weder von der Regierung noch vom Parlament irgendwelche Maßnahmen gegen die Genitalverstümmelung ergriffen.

In Kerkuk ist die Zahl der Scheidungen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Mindestens 7 500 Anträge auf Scheidung wurden eingereicht, 2 500 Fälle vor Gericht behandelt und abgeschlossen.

In Südkurdistan wurde vergangenes Jahr über die sogenannte »Reisehochzeit« diskutiert, auch wenn das Parlament diesen Punkt nicht gesondert behandelt hat.

Diese Art von Heirat wird von den Männern aus den Golfstaaten betrieben. Ihr Ursprung liegt bis zu 1300 Jahre zurück; sie wurde ursprünglich von den Händlern zwischen Mekka und Damaskus betrieben. Unter dem Namen »Reisehochzeit« bekannt, hat sie die eigentliche Bedeutung, eine Familie zu gründen, ohne Verantwortung für Frau und Kinder zu tragen. Einzig und allein die sexuelle Beziehung spielt dabei eine Rolle.

Dieses Thema hat bei einigen zur RJAK (Organisation der Frauen für Freiheit in Kurdistan) gehörenden Frauenorganisationen großen Unmut hervorgerufen. Sie definieren diese Art von Heirat als größte Respektlosigkeit gegenüber Frauen. Das hat Diskussionen über die Institution Familie die Tür geöffnet, ihr Umfang ist jedoch noch als unzureichend zu bewerten.

Zwar verabschiedete das Parlament im Juni 2011 ein Gesetz, das häusliche Gewalt verbietet. Allerdings findet es bei der derzeitigen Regierung keinerlei Beachtung. Dennoch wird es von FrauenaktivistInnen als ein kleiner Fortschritt bewertet.

Der Zusammenschluss Grupa Jiyan (Gruppe Leben), zu der auch die freiheitsorientierte RJAK gehört, hielt im Januar in der Nacht vom 24. auf den 25. in Erinnerung an die Frauen, die Opfer von Gewalt geworden waren, Wache. Dabei wurde nochmals an die fehlende Umsetzung des Gesetzes gegen häusliche Gewalt erinnert. Verschiedene Frauenorganisationen fanden sich vor dem Gouverneurssitz und den zuständigen Ministerien in Hewlêr (Arbil) ein. Der Forderung nach Gesprächen wurde jedoch nicht stattgegeben.

Aufklärungsarbeit der RJAK auf den Straßen von Hewlêr Foto: Rojnews

Besonders im vergangenen Jahr war es in Hewlêr seitens der zur Regierungspartei PDK (Demokratische Partei Kurdistans) gehörenden Asayîş-Kräfte zu starken Repressionen gegenüber der Frauenfreiheitsbewegung gekommen. In deren Folge wurden zahlreiche Frauen festgenommen, einige Fraueninstitutionen sogar geschlossen.

Auch das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen in irakischen Gefängnissen ist weitaus höher als im internationalen Durchschnitt. Laut Informationen der Beobachtungsstelle für Menschenrechte befinden sich über 4200 Frauen zusammen mit ihren Kindern in den irakischen Gefängnissen.

Im Irak wurde trotz der schon bestehenden antidemokratischen und patriarchalen Gesetzeslage das Caferi-Gesetz *[Dschafariya: schiit. islam. Rechtsschule]* durchgesetzt. Es gilt hier anzumerken, dass dessen Inhalt auch ohne offizielle gesetzliche Grundlage in der Gesellschaft Anwendung findet. Paragraph 41 der irakischen Verfassung besagt: »Die irakischen StaatsbürgerInnen sind frei, auf Grundlage der zivilisatorischen Prinzipien, entsprechend ihrer eigenen Religion, Konfession oder ihres Glaubens Gesetze zu verabschieden.« Dieser Artikel wurde von schiitischen Kräften im Irak in Anwendung gebracht. Sie haben das Caferi-Gesetz erarbeitet und auch damit verbundene Gesetzesvorschläge im Parlament vorgelegt. Der Caferi-Gesetzentwurf wurde vom sogenannten Justizminister unterbreitet und fand sogar unter einigen schiitischen Frauen Unterstützung. Das Gesetz regelt Heirat, Scheidung, Erbschaft und Sorgerecht für die Kinder nach der Scheidung neu. Das Mindestalter von Frauen für die Heirat wird auf neun Jahre gesenkt, das von Männern auf fünfzehn Jahre festgelegt. Die ursprüngliche Gesetzeslage sah für beide Geschlechter ein Mindestalter von achtzehn Jahren vor.

Das größte Opfer der Angriffe des sogenannten Islamischen Staates sind die Frauen. Tausende Kurdinnen, insbesondere Êzîdinnen, wurden Opfer von Entführung, Vergewaltigung, Versklavung und anderer Gewalt durch den IS. Aber auch zahlreiche andersgläubige Frauen wurden Opfer derselben Angriffe. Daher steht die Selbstverteidigung von Frauen an oberster Stelle ihrer Tagesordnung.

Infolge der IS-Angriffe verlor die Peschmerga-Kämpferin Rengîn Yusif ihr Leben. Die kurdische Frauenfreiheitsbewegung im Irak unter der Avantgarde der RJAK erklärte Arîn Mîrkan, Deniz Firat, Rengîn Yusif und hunderte weitere widerstandleistende Frauen im Kampf gegen den IS zu Schutzschilden der Frauen und des Volkes. Die Frauendachorganisation KJK (Gemeinschaft der Frauen Kurdistans) verlautbarte, solange es Frauen wie Arîn und Rengîn gebe, würden Frauen niemals unterliegen.

Im vergangenen Jahr waren es besonders die Frauen, welche die Stärkung der Selbstverteidigung forderten. Der Widerstand der Frauenguerilla der YJA-Star und der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) hat in der Gesellschaft einen starken Eindruck hinterlassen. Nicht nur unter den Kurdinnen spiegelt sich dieser Einfluss wider, auch unter den Frauen anderer Bevölkerungsgruppen ist der Wille zur Aufstellung autonomer Frauenverteidigungsstrukturen und die aktive Partizipation daran in der jetzigen Zeit weit verbreitet.

Die demokratische Transformation innerhalb der Gesellschaft wird durch verschiedene Faktoren bestimmt. Durch Einflüsse und Veränderungen in Wirtschaft, Politik, Gesetzgebung und Gesellschaft können wesentliche Umwälzungen erzeugt und forciert werden. Auch Änderungen der Gesetzeslage können den Weg für eine positive Transformation freimachen. Allerdings nur, wenn sie in der Praxis auch Anwendung finden. Dabei gilt es ebenso, Gesetze offenzulegen, die ein Hindernis für die Demokratisierung und die Lösung der gesellschaftlichen Probleme darstellen. In der irakischen Verfassung und Rechtsprechung gibt es zahlreiche Paragraphen, die antidemokratisch und patriarchal geprägt sind und somit der Gewalt gegen Frauen den Weg ebnen. Auf denselben Gesetzen beruht die Nichteinhaltung von Menschenrechten und allgemein verankerten universellen Frauenrechten.

Eine sogenannte Klausel legt gesetzlich fest, dass ein Mann, der eine zweite Frau heiraten will, zunächst die Zustimmung seiner ersten Frau einzuholen hat. Dabei wird die Frau für nichtig erklärt. Denn dadurch wird der Druck auf sie nur erhöht. Für die Zustimmung zur zweiten Heirat wird den Frauen mit Scheidung gedroht. Es wird ihnen gedroht, die alltäglichen Grundbedürfnisse nicht mehr erfüllt zu bekommen. Ebenso werden Kinder zur Zielscheibe gemacht, auch sie würden dann nicht mehr versorgt werden. Frauen werden oft so lange verprügelt, bis sie einer zweiten Frau zustimmen.

In der Erbschaftsgesetzgebung herrscht offensichtliche Ungleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Demnach steht der Tochter nur die Hälfte dessen zu, was der Sohn bekommen würde. Im Falle des Todes des Ehepartners steht der Frau nur ein Viertel des Besitzes des Mannes zu, während der Mann über die Hälfte des Eigentums seiner Frau verfügen darf. Die Realität wird zudem durch das Bild getrübt, dass die Frau, wenn sie auf ihrem Recht beharrt und das Erbe ihres Mannes einfordert, oftmals zum wiederholten Opfer von Gewalt wird.

## Trennung oder Scheidung

Laut irakischem Gesetz gibt es zwei Arten von Trennung bzw. Scheidung. Wenn eineR der EhepartnerInnen bei Gericht die Scheidung einreicht, ist eine Gleichbehandlung von Mann und Frau in Anbetracht der Gesetzeslage undenkbar. Die zweite Art ist die Trennung mit beidseitigem Einverständnis.

Der Frau werden nicht nur bei der Heirat, sondern auch bei der Scheidung zahlreiche Steine in den Weg gelegt. So kann sie sich zwar noch ohne weitere gesetzliche Hindernisse von ihrem Verlobten trennen. Sollte es jedoch zur Bildung einer Familie gekommen sein, werden der Frau sämtliche gesetzlichen Barrieren aufgebaut. Folglich kann festgestellt werden, dass sowohl Heirat als auch Trennung dem Monopol des Mannes unterliegen.

Entsprechend den Absätzen 1 und 2 des Paragraphen 19 des Familiengesetzes muss eine Frau ein Jahr lang warten, um sich von ihrem Mann scheiden lassen zu können, sollte er inhaftiert sein oder als vermisst gelten, sogar ganze vier Jahre. Weiter müssen den Behörden die Hintergründe des Verschwindens des Mannes dargelegt werden.

## Die Rolle der Religion bei der Heirat

Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist auch bei der Möglichkeit der Heirat von NichtmuslimInnen festzustellen. So ist es zwar einem Muslim möglich, eine andersgläubige Frau wie eine Christin oder Jüdin zu heiraten, doch wird einer Muslima nicht gewährt, einen Nichtmuslim zu heiraten.

## Ungleichheit im ehelichen Haus

Laut Paragraph 23 darf der Mann Kinder aus einer früheren Ehe bei seiner Ehefrau belassen, umgekehrt gilt dasselbe Recht jedoch nicht für die Frau. Weiter darf der Mann seine Eltern in seinem Haus aufnehmen, was der Frau untersagt ist.

## Strafe bei Vergewaltigung oder Entführung von Frauen

Paragraph 423 und Paragraph 398 des irakischen Strafgesetzbuchs drohen Vergewaltigern oder Entführern von Frauen hohe Haftstrafen an. Allerdings ist in Paragraph 427 angefügt, dass der Täter straffrei bleibt, falls die entführte oder vergewaltigte Frau einer Heirat mit ihm zustimmt.

Dieses Gesetz stellt eine große Schande dar, denn somit werden die Frauen mit Gewalt gezwungen, ihren Peiniger zu heiraten.

Paragraph 409 reduziert die Strafe für den Mann, falls ein sogenannter Ehrenmord sein Motiv war. 2002 hatte sich das südkurdische Parlament gegen diese Gesetzgebung ausgesprochen und erklärt, dass sogenannte Ehrenmorde als vorsätzliche Morde zu ahnden seien.

Dabei wird auch in Kurdistan weiter nach der irakischen Gesetzgebung vorgegangen. Bei sogenannten Ehrenmorden werden die Täter strafrechtlich nicht belangt. Diese Gesetzgebung, verabschiedet als Errungenschaft des Frauenkampfes, steht nur auf dem Papier. ♦

## Gründung der Gemeinschaft der Frauen Kurdistans KJK

# Eine neue Etappe in der Kurdistan-Frauenfreiheitsbewegung

Gönül Kaya, Aktivistin der kurdischen Frauenbewegung

Der Mittlere Osten ist der geographische Raum, in dem die 5 000-jährige staatlich-etatistische Klassengesellschaft ihre tiefsten Wurzeln geschlagen hat. Das Chaos und die Krise der Gegenwart sind auch Ausdruck der in diesen 5 000 Jahren ungelösten gesellschaftlichen Probleme. Doch wenn wir jenseits dieser Periode schauen, werden wir erkennen, dass der Mittlere Osten auch die Region ist, in der die frauenzentrierte natürliche Gesellschaft ihren Ursprung hat. Die Geschichte der Region vor Einbruch der staatlich-etatistischen und patriarchalen Gesellschaft beherbergt somit ebenso eine Zivilisationsgeschichte, die wir auch als die Geschichte der demokratischen Zivilisation bezeichnen können. Wir haben es also im Mittleren Osten eigentlich mit zwei Zivilisationen zu tun, deren Macht und Geisteshaltung stets im Widerspruch zueinander standen und weiterhin stehen.

In unserer Gegenwart hat die Zivilisation des patriarchalen Systems ein Tableau der Ausbeutung, Zerstörung, Vergewaltigung und des Massakers hinterlassen. Unschwer ist zu erkennen, dass sich die gesellschaftlichen Probleme im Zuge dieser Zivilisationsgeschichte immer weiter verschärft haben. Das patriarchale System hat auch keinen Anspruch darauf, diese Probleme zu lösen, denn es ist deren Erzeuger. Der Widerpart dieses Systems, die Geisteshaltung und die Kräfte der demokratischen Zivilisation, wurde unter seiner Herrschaft stets mit Gewalt unterdrückt, aber zu keinem Zeitpunkt vernichtet. Die Spuren der demokratischen Zivilisation können wir in der Realität der Frauen, der Völker, des Glaubens und der Kultur wiedererkennen. Die Geographie des Mittleren Ostens ist somit zugleich Zeugin einer Unterdrückungs- und Leidensgeschichte als auch einer Geschichte großer Widerstände.

Die ersten SklavInnen der Menschheitsgeschichte sind die Frauen. Die Versklavung der Gedanken, des Körpers und des Willens der Frau stellt die erste Form der Sklaverei dar. Die Versklavung der Gesellschaft durch den herrschenden Mann ist erst die Folge der Versklavung der Frau durch den Mann. So gesehen ist die Realität der Frau zugleich auch die Stammzelle der demokratischen Zivilisation. Wenn das historisch aufgearbeitet wird, lässt sich verstehen, wie es dazu kam, dass die Frauen durch Religion, Gesetz und Tradition auf so grausame Weise unterdrückt und massakriert wurden/werden.

Die sich seit den 1970ern organisierende kurdische Freiheitsbewegung hat im Zuge ihrer Entstehung und ihres Wandels die Frage der Freiheit der Frauen ins Zentrum ihrer Suche nach der Antwort auf die Frage der gesellschaftlichen Freiheit gestellt. In den rund vierzig Jahren Widerstand hat sie ihren revolutionär-demokratischen Fortschritt zweifellos vor allem ihren Errungenschaften im Frauenfreiheitskampf zu verdanken. Bereits zu ihren Gründungszeiten herrschte die Überzeugung vor, dass die Freiheit Kurdistans an die Freiheit der Frauen gekoppelt ist. Diese Überzeugung führte 1987 zur ersten autonomen Frauenorganisierung in Form der Union Patriotischer Frauen Kurdistans (YJWK). Dieser erste Schritt in Richtung autonomer Selbstorganisierung der Frau hatte das Ziel, dass die Frauen sich stark und organisiert am nationalen Freiheitskampf der KurdInnen beteiligen.

Doch auch wenn das Ziel zunächst die verstärkte Beteiligung der Frauen am Freiheitskampf war, begann diese Organisierung ab Anfang der 1990er sich ebenso mit den Frauen- und Familienverhältnissen in Kurdistan sowie mit den Auswirkungen des kolonialistischen Systems auf die kurdische Gesellschaft und auf das Verhältnis zwischen Mann und Frau auseinanderzusetzen. Eine federführende Rolle bei den Auseinandersetzungen mit diesen Themen spielte der Vorsitzende der kurdischen Freiheitsbewegung, Herr Abdullah Öcalan. Seine Aussagen wie »Der Grad der Freiheit einer Gesellschaft bemisst sich nach dem Grad der Freiheit der Frau in ihr« oder »Die Kurdistan-Revolution ist eine Revolution der Frau« haben schon früh deutlich gemacht, dass der Freiheitskampf in Kurdistan neben seinem nationalen auch einen sozialrevolutionären Charakter hat.

Das Interesse der Frauen am ideologischen Paradigmenwechsel in der kurdischen Freiheitsbewegung und dessen Einfluss auf die Perspektive der Frauenrevolution war groß. Ab

den 1990er Jahren begannen Frauen aus allen Teilen der Gesellschaft, sich am Freiheitskampf zu beteiligen. Ihre Zahl in den Reihen der Guerilla wuchs, was den Freiheitskampf auf ein neues Niveau hob. Die politische Tiefe beeinflusste zugleich die gesellschaftliche, ideologische und kulturelle Selbstreflexion und die Freiheitssuche. Die Einflüsse des herrschenden patriarchalen Systems auf die Frauen und Männer innerhalb der Bewegung wurden genauer hinterfragt und reflektiert. Das einzelne Individuum zu durchleuchten, sich mit ihm auseinanderzusetzen, um die Einflüsse des kolonialistischen Systems darauf zu ergründen, war gängige Praxis innerhalb der PKK. Bei dieser Auseinandersetzung wurden mit dem Erstarken des Frauenfreiheitskampfes nun auch die Einflüsse des patriarchalen Systems auf jedeN EinzelneN hinterfragt und kritisiert. Diese Auseinandersetzungen blieben nicht allein in den Reihen der Bewegung, sondern wurden auch in die Gesellschaft getragen. Zu den wichtigsten Bildungsthemen mit der Zivilbevölkerung gehörte die Auseinandersetzung mit der Realität von Mann und Frau in der Gesellschaft sowie den Eigenschaften der patriarchalen Kultur. Der Widerstand richtete sich also seitdem nicht nur gegen den kolonialistischen Staat, sondern auch gegen die feudalen und kapitalistischen Eigenschaften in den eigenen Reihen.

So gewann neben dem antikolonialen und dem antikapitalistischen auch der antipatriarchale Charakter dieser Bewegung an Bedeutung. Im Zuge der quantitativen und qualitativen Fortschritte im Frauenfreiheitskampf folgte 1995 der nächste Schritt in der autonomen Frauenorganisierung. Auf dem Frauenkongress in den Bergen Kurdistans wurde der Freie Frauenverband Kurdistans (YAJK) gegründet. Mit dem YAJK schufen die Frauen ihre Organisierungsform, mit der sie ihrem eigenen Willen Ausdruck verleihen konnten. Der Frauenfreiheitskampf übernimmt im Freiheitskampf des kurdischen Volkes von nun an die zentrale Rolle. Die Aussage, die Gesellschaft könne sich nicht befreien, ohne dass die Frau sich befreit hat, findet in der Bevölkerung breiten Widerhall. Die Frauen beginnen ihre selbstständige Organisierung auf alle Teile des Freiheitskampfes auszuweiten. Von der Guerilla über den politischen bis hin zum sozialen Bereich entstehen autonome Frauenorganisierungen. Dies stärkt auch den Kampf um die Geschlechtergerechtigkeit im kurdischen Freiheitskampf. 1998 entwirft erneut der PKK-Vorsitzende die Frauenfreiheitsideologie, die Perspektive der mentalen und physischen Befreiung der Frau vom patriarchalen System und des Wandels der Männer. Mit dieser Perspektive entschließen sich die Frauen, sich das nächste Ziel zu setzen: gestärkt mit der Frauenfreiheitsideologie eine Frauenpartei zu gründen.

Maßgeblich für diesen Entschluss ist die Erkenntnis, dass die Freiheit der Gesellschaft durch die Freiheit der Frauen bestimmt werden kann. Da die erste Versklavung in der Geschichte ihren Anfang mit der Versklavung der Gedankenwelt nahm, muss die ideologische Frauenpartei sich das Ziel setzen, von den Gedanken angefangen bis hin zum Körper die Frauen vom patriarchalen System zu befreien. Ziel muss sein, mit der organisierten und widerstandsfähigen Frau im freien Land das freie Leben aufzubauen. Auch muss es das Ziel sein, die ästhetischen Werte der Frauen vom feudalen und kapitalistischen Maßstab zu lösen, sodass die Frau ihr eigenes Leben selbst gestalten und in die gesamte Gesellschaft tragen kann.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen muss die Frauenparteiwerdung zu mehr als bloß zur Gründung der Partei eines Geschlechts führen. Es wird zugleich auch beabsichtigt, den gesellschaftlichen Sexismus in der gesamten Gesellschaft zu überwinden. Die Frau wird dabei eine Vorreiterrolle übernehmen, aber der Mann muss sich mit dem Maßstab der Freiheit und Gerechtigkeit auch selbst reflektieren. Die Frauenpartei realisierte ihre Gründung im Jahr 1999 *[als Arbeiterinnenpartei Kurdistans PJKK bzw. 2000 als Partei der Freien Frau PJA]*. Heute hat sie sich zur Aufgabe gemacht, Frauen ideologisch, philosophisch, sozial, politisch und kulturell zu stärken und die Frauenfreiheitsideologie und die Wissenschaft der Frauen (Jineolojî) weiterzuentwickeln.

Nach Gründung der Partei der Freien Frau Kurdistans (PAJK) 2004 weitete sich die Selbstorganisierung der Frauen aus – in Form der Verbände der Freien Frauen (YJA) auf den gesellschaftlichen und politischen Bereich, mit den Einheiten der Freien Frauen STAR (YJA STAR) auf den Bereich der Selbstverteidigung, und auf den Bereich der jungen Frauen. All diese autonom arbeitenden Bereiche fanden sich 2005 unter dem Dach des Hohen Frauenrates (KJB) zusammen. Dessen Gründung fällt in denselben Zeitraum, in dem unser Vorsitzender Abdullah Öcalan für alle, die gegen die kapitalistische Moderne Widerstand leisten, das alternative Gesellschaftskonzept des Demokratischen Konföderalismus und das Projekt der Demokratischen Moderne vorschlug.

Auf dem KJB-Kongress im Jahr 2014 wurde eine neue Etappe in der Geschichte der autonomen Frauenselbstorganisierung genommen und das Organisationsmodell verändert. Der KJB wurde als Dach der Frauenorganisierung als unzureichend und zu eng bewertet. Es wurde beschlossen, die Organisierung der Frauen auf gesellschaftlicher Ebene müsse in Form eines konföderalen Systems angegangen werden, und aufbauend auf diesem Beschluss wurde die Gemeinschaft der Frauen Kurdistans (Komalên Jinên Kurdistan, KJK) gegründet.

Die KJK hat das Ziel, auf der kommunalen Ebene aufbauend in allen vier Teilen Kurdistans Kommunen, Räte, Akademien, Kooperativen und ähnliche Formen der Selbstorganisierung zu unterstützen und voranzutreiben. Die Frauen nehmen sich

überall im konföderalen System das Leben in der Kommune zur Grundlage des gesellschaftlichen Lebens. Das Ziel ist es, jede Frau in den Kommunen zu organisieren.

Die KJK stellt die konföderale Einheit und das gemeinsame Dach der organisierten Frauenstrukturen und Einzelpersonen dar. In diesem System legt die PAJK ihren Fokus auf die ideologische Auseinandersetzung, die YJA Star entwickeln die Selbstverteidigung der Frau in allen Lebensbereichen und die Jungen Frauen (Komalên Jinên Ciwan) stärken ihre autonome

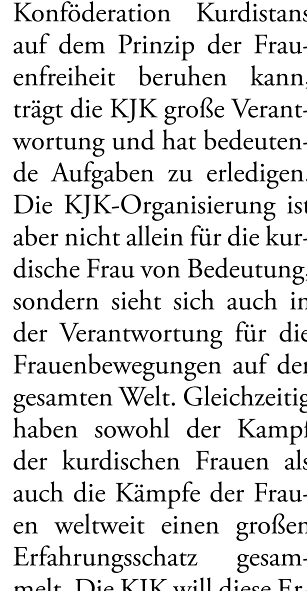


Die Fahne der KJK an Newroz in Amed Foto: DIHA

Selbstorganisierung. Jede Organisation behält ihre Eigenheit, versteht sich aber zugleich als Teil der KJK. Und jede Organisation hat die Aufgabe, das System der konföderalen Organisierung der Frauen aufzubauen, zu stärken und zu schützen.

In ihrer Gründungserklärung stellt sich die KJK vor: »Komalên Jinên Kurdistan ist ein konföderales System, das sich auf Basis des demokratischen, ökologischen und frauenfreiheitlichen Paradigmas organisiert und die ideologische Vorreiterrolle der PAJK, die Selbstverteidigungskraft von YJA Star und die Kraft der Komalên Jinên Ciwan als zentrale Bestandteile ihres Systems versteht. Die organisierten Frauenstrukturen tragen die Verantwortung, nach den Prinzipien und der Arbeitsweise des Demokratischen Konföderalismus zu agieren. Bei den ideologischen, organisatorischen, politischen Fragen und den Fragen der legitimen Selbstverteidigung der Frauenfreiheitsbewegung, die von strategischer Bedeutung sind, fällt sie *[die KJK]* gemeinsame Entscheidungen und setzt sie um. Jede Teilorganisation arbeitet mit ihrer satzungsmäßigen Identität direkt und in Koordination mit den anderen Teilorganisationen.«

Die KJK-Organisierung erklärt sich als Gegnerin des Staatssystems und des etatistischen Verständnisses. Dementsprechend setzt sie sich auch ihre Selbstorganisierung über die Grenzen der Staaten hinweg auf der Basis von Respekt gegenüber der gesellschaftlichen Vielfalt und demokratischen Prinzipien zum Ziel.



Damit die demokratische Konföderation Kurdistans auf dem Prinzip der Frauenfreiheit beruhen kann, trägt die KJK große Verantwortung und hat bedeutende Aufgaben zu erledigen. Die KJK-Organisierung ist aber nicht allein für die kurdische Frau von Bedeutung, sondern sieht sich auch in der Verantwortung für die Frauenbewegungen auf der gesamten Welt. Gleichzeitig haben sowohl der Kampf der kurdischen Frauen als auch die Kämpfe der Frauen weltweit einen großen Erfahrungsschatz gesammelt. Die KJK will diese Erfahrungen in ihr neues Organisationsmodell einfließen lassen und mit diesem Bewusstsein den Aufbau der demokratischen Einheit der Frauen ermöglichen.

Damit nach 5 000 Jahren erneut eine Frauenzivilisation im geographischen Raum des Mittleren Ostens erblühen kann, müssen wichtige Aufgaben unter der Vorreiterrolle dieses Organisationsmodells gemeistert werden. Es steht außer Frage, dass die Welt Zeugin einer Frauenrevolution im 21. Jahrhundert sein wird. Mit dem Widerstand der Frauen von Rojava und Kobanê hat die Kurdistan-Frauenfreiheitsbewegung erneut der gesamten Welt ihren an sich selbst gestellten Anspruch kundgetan, diese historische Epoche zur Ära der Frauen und der Freiheit zu machen. ♦

## Der Krieg gegen die Frauen

# Der längste Krieg der Geschichte

Rojda Yıldırım, Frauenrechtsaktivistin

Das tiefe Zerwürfnis zwischen Kain und Abel endet mit der Ermordung Abels. Dabei handelt es sich um den ersten Kampf zwischen Geschwistern in der Mythologie. Es folgt die Kriegsphase zwischen Sumerern und Akkadern. Die Kriege zwischen Hethitern und Ägyptern, Persern und Griechen schließen sich an sowie die endlosen Kriege zu Zeiten des Römischen Reiches. Dann kommen die Kriege des Mittelalters und anschließend die grenzenlose Ausdehnung und Zerstörung durch das Osmanische Reich. Schließlich gelangen wir zum Ersten und Zweiten Weltkrieg. Wir können in den Geschichtsbüchern problemlos tausende Kriegsbeispiele finden. So wird die Mehrheit auf die Frage »was ist Geschichte?« vermutlich antworten, es handele sich um eine Serie von Kriegen. Diese Kriege finden mit »ihren Protagonisten, ihrem Epos und ihren ruhmreichen Geschichten« ihren Platz in den Büchern. Auf deren Seiten stehen die Namen von Königen, Dynastien und Kommandanten. Es folgen zahlreiche Panegyriken. Gedichte werden gelesen und mythische Märchen geschaffen. Die Erzählungen nehmen kein Ende. Alle Personen, deren Namen im Rahmen der Kriege erwähnt werden, sind Männer. Erzählungen von Kriegen sind zugleich Erzählungen der Männerwelt.

Aber Sie werden in keinem Geschichtsbuch lesen, dass der erste tiefe Konflikt in der Geschichte zwischen Adam und Lilith stattgefunden hat. Von der Existenz Liliths, einer Frau des Widerstands noch vor Eva, die aus dem Paradies auf die Welt geflüchtet ist, da sie sich Adam nicht beugte, ist nichts zu hören.

Sie werden auch keinem Buch begegnen, in dem festgehalten wurde, dass die Frauen der Faktor waren, der die Menschen zum Menschen machte. Frauen haben 15 000 Jahre mit einer frauenzentrierten Gesellschaft ihr hervorragendes System geschaffen. Einige Frauen haben diese Wahrheiten aufgrund ihrer Sensibilität gegenüber den Frauen schriftlich festgehalten.

Endlos wird von der Geschichte der Kriege berichtet. Doch haben Sie je vom längsten Krieg der Geschichte seit Beginn der Klassengesellschaft, dem gegen Frauen, gelesen? Haben Sie erkannt, dass die Vernichtung der Urgöttin Tiamat durch Marduk symbolisch die Geschichte des Krieges des Patriarchats gegen alle Frauen darstellt?

Haben Sie gelesen, dass die Verbrennung von Millionen als Hexen beschuldigter Frauen im Mittelalter einen der größten Kriege darstellt? Wussten Sie, dass die Steinigung der Hypatia von Alexandria stellvertretend für die Steinigung des Intellekts und der Philosophie der Frauen steht?

Sind Sie in dieser »ruhmreichen Geschichte« einer Analyse begegnet, die sich mit der Frage nach der Ursache der seit tausenden Jahren währenden Tötung von Frauen beschäftigt?

Der Erste Weltkrieg hat einen Namen, der Zweite ebenfalls … der Name eines dritten Weltkrieges steht ebenso bereit …

Warum hat der Krieg, der seit tausenden Jahren pausenlos gegen die Frauen geführt wird, keinen Namen? Die anderen Kriege haben ein Anfangs- und Enddatum. Für alle gibt es nationale Feiertage, Gedenkveranstaltungen und Feierlichkeiten. Doch der vom System gegen die Frauen geführte Krieg hat keinen Namen. Er hat keinen Anfang und kein Ende. Der tägliche Tod von Dutzenden Frauen hat keine Definition.

Dabei haben wir Frauen selbstverständlich einen Namen und eine Definition dafür. Dieser Krieg wird seit 5 000 Jahren ununterbrochen geführt. Mit dem Beginn einer Klassengesellschaft hat auch unser Krieg begonnen. Das war kein von uns gewollter Krieg. Diese aus einem männerdominierten Charakter hervorgegangene Zivilisation hat ihren ersten Krieg gegen die Frauen begonnen. Jeglicher Besitz der Frauen wurde als deren Stärke und als Gefahr gesehen. Als das vorherrschende Begriffsvermögen dem nicht gewachsen war, wurde die Frau »verdammt«. Es kam der Zeitpunkt, da wurde »aus der Frau der Teufel« geschaffen, da wurde sie als »Prostituierte« ausgegeben, wurde sie hinter einem schwarzen Schleier versteckt. Es gab Momente, in denen die Frauen lediglich das kalte Ge-

sicht des Todes sahen. Es gab Augenblicke, da wurden sie gesteinigt. Es gab Momente, in denen sie bis auf die Knochen ausgebeutet, aus jedem ihrer Körperteile Profit geschlagen und sie verkauft wurden. Die Klassenzivilisation hat so bis heute mit ihrem frauen-, gesellschafts- und naturfeindlichen System ihren Krieg weitergeführt.

Dieser Krieg dauert als Geschlechtergenozid an. Seit mehr als zweihundert Jahren führen Frauenbewegungen einen organisierten Kampf. Trotz aller Bemühungen wird der Feminizid in der internationalen Literatur und im internationalen Recht weiterhin nicht anerkannt. Während wir einem weiteren 25. November, dem Internationalen Tag des Widerstands gegen Gewalt an Frauen, entgegengehen, ist es essentiell, diesem Krieg jenseits der Visualisierung des Feminizids nochmals einen Namen zu geben. Es ist zudem unsere historische Verantwortung, dass Feminizid gegen êzîdische Frauen in Şengal an die Öffentlichkeit gelangt und er als Kriegsverbrechen und Feminizid anerkannt wird.

## Genozid und Feminizid

In einer Konvention über die Verhütung und Bestrafung von Völkermord haben die Vereinten Nationen 1984 den Genozid als internationales Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt. Mit diesem Vertrag wurden sämtliche Handlungen, die zum Zwecke der teilweisen oder gänzlichen Vernichtung einer nationalen, ethnischen oder religiösen Gruppe begangen werden, als Genozid bezeichnet: Diese Definition, die den Kernpunkt der Genozidkonvention ausmacht, wurde in Bezug auf den Genozid an den Juden im Zweiten Weltkrieg erstellt. Dieser Definition wurden keine kulturellen Genozide, Verbrechen gegen die Natur oder der Feminizid hinzugefügt. Der Feminizid findet im internationalen Recht keine Entsprechung. Vergewaltigung wurde als Ergebnis des erbitterten Kampfes der Frauenbewegungen und Menschenrechtsorganisationen als Kriegsverbrechen anerkannt. Die »Kriegsverbrechertribunale« von Tokio und Nürnberg ahndeten zahlreiche Kriegsverbrechen, dabei wurde die Situation hunderttausender Frauen, die Opfer von Gewalt geworden waren, außer Acht gelassen. Nach den Kriegen in Ruanda und Bosnien wurden vor den von den Vereinten Nationen gegründeten Internationalen Strafgerichtshöfen die Folter und Vergewaltigung von Frauen als ein schweres Kriegsverbrechen, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit geahndet. Wenn auch verspätet, so wurde jegliche Zwangsmaßnahme gegen das weibliche Geschlecht, Vergewaltigung, Prostitution u. Ä. als schwerer Verstoß gegen die Genfer Konvention und als Kriegsverbrechen gewertet.

Ein wichtiges Beispiel hierfür ist der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Von 1992 bis 1995 wurden dabei mehr als 250 000 Menschen, darunter 16 000 Kinder, getötet. 20 000–60 000 Frauen und junge Männer waren Opfer sexueller Gewalt und systematischer Vergewaltigung. Die Täter waren sämtlich serbische Männer, die Opfer zumeist bosnische Frauen.

Die Frauen, die systematischer Vergewaltigung ausgesetzt waren, wurden von serbischen Männern gezwungen, serbische Kinder zu gebären. Neben einem Genozid handelt es sich hierbei auch um einen Feminizid. Doch wurden die Vergewaltigungen nicht in vollem Umfang im Rahmen des Genozids gewertet.

Ein weiteres Beispiel ist das UN-Kriegsverbrechertribunal für Ruanda. 1994 starteten hier Hutus gegen die Minderheit der Tutsi einen Vernichtungsfeldzug: In 100 Tagen wurden fast eine Million Menschen getötet, 500 000 Frauen wurden vergewaltigt. Mit der Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs wurde Vergewaltigung als Kriegsverbrechen anerkannt. Dieser Beschluss wurde über die Feststellung »Vergewaltigung ist ein Genozid, wenn sie als Methode angewandt wird, um Mitgliedern einer geschützten Gruppe schwerwiegende körperliche und seelische Schäden zuzufügen« getroffen. Zudem wurde festgehalten, dass »Vergewaltigung zur Verhinderung von Geburten in einer Gruppe verwendet«

Demonstration gegen Frauenmorde in Istanbul: »Wir werden die Frauenmorde stoppen« Foto: DIHA

werden kann. Es wird damit gesagt, dass »in Gesellschaften, in denen die ethnische Herkunft über den Vater definiert wird, verhindert werden kann, dass das Opfer nach der Vergewaltigung ein Kind auf die Welt bringt, das der eigenen Gruppe angehört«.

Da dieser Beschluss auch die anderen Aspekte des Genozids mit einschließt, wird Vergewaltigung als Genozid gewertet. Ohne Krieg und Völkermord wäre Vergewaltigung allein nicht als Genozid gewertet worden. Der genannte Rahmen umfasst die Frau auch nicht als Frau und unter dem Aspekt der Vergewaltigung. Als Kriegsverbrechen wird gewertet, »in Gesellschaften, in denen die ethnische Herkunft über den Vater definiert wird, die Fortpflanzung dieser Gruppe zu verhindern und der anderen ethnischen Gruppe zu stärken«. Es besagt Folgendes: Egal, woher, wie und von wem Vergewaltigung begangen wird, ist sie ein auf das Geschlecht bezogener Genozid; es handelt sich um einen Angriff auf das weibliche Geschlecht gegen ihren Willen.

Somit ist der Hintergrund der Definition von Vergewaltigung wieder geprägt von der patriarchalen Gesinnung. Es handelt sich nicht um eine auf die Frau zentrierte Definition.

Dabei unterscheiden sich die alltägliche Vergewaltigung und Gewalt gegen Frauen nicht von der Gewalt und Vergewaltigung in Kriegen. Es zeigt uns, dass die gleiche vorherrschende Kultur sich bis in jede Zelle des gesellschaftlichen Lebensraumes ausgedehnt hat. Jeglicher Angriff auf und jegliche Einschränkung von Frauen, also nicht nur diejenigen im Rahmen von Kriegen, sollten als Verbrechen geahndet und als Feminizid definiert werden.

Statistische Daten zum Feminizid:

Weltweit ist eine von vier Frauen irgendwann in ihrem Leben mit häuslicher Gewalt konfrontiert.

- Laut Schätzungen in Berichten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erfährt eine von drei Frauen irgendwann in ihrem Leben körperliche Gewalt, wird zum Geschlechtsverkehr gezwungen und anderweitig sexuell belästigt. Der Täter ist in der Regel ein Mitglied der Familie oder ein Bekannter.

- Von 613 betroffenen Frauen in Japan haben 57 % physische, emotionale und sexuelle Gewalt erfahren.

- Zwei Drittel der koreanischen Frauen werden regelmäßig von ihren Ehemännern geschlagen.

- In Kenia werden einer Studie zufolge 41 % der Frauen regelmäßig von ihren Ehemännern geschlagen.

- In Chile erfolgen 72 % aller sexuellen Übergriffe gegen Bekannte.

- In Ägypten wurden 47,1 % der getöteten Frauen zuvor von ihren Verwandten vergewaltigt.

- Weltweit wird eine von vier Frauen während der Schwangerschaft zum Geschlechtsverkehr gezwungen.

- Ca. 40–70 % der getöteten Frauen werden von ihren Partnern ermordet. In den Jahren 1989–1996 wurden in Australien 43 %, in Bangladesch 50 %, in Zimbabwe 60 %, in Papua-Neuguinea 73 % von ihren Partnern getötet. In England und Wales wurden 2000/2001 42 % der Frauen und 4 % der Männer von ihren Partnern ermordet.

- Der Kriminalitätsstatistik in Großbritannien zufolge sind ein Viertel aller kriminellen Fälle solche von häuslicher Gewalt. 81 % der Opfer sind dabei Frauen, 18 % Männer.

- Lediglich 35 % der Opfer häuslicher Gewalt sprechen mit anderen darüber.

- In Kriegsgebieten sind Vergewaltigungen, sexuelle Übergriffe, erzwungene Schwangerschaften Kriegsstrategie.

Vor dem Hintergrund all dieser Zahlen und der praktischen Entsprechung wäre es sinnentleert, zur Beschreibung des geschlechtsspezifischen Terrors lediglich von Gewalt zu sprechen. Es ist offensichtlich, dass es sich um einen Feminizid handelt, der durchgeführt, aber nicht offengelegt wird. Es ist zudem der Name eines namenlosen bzw. undefinierten Krieges.

Das Massaker in Şengal ist ein weiteres Beispiel für dieses Verbrechen. Gegen die êzîdischen Kurden wurde ein Genozid eingeleitet. Die Verbrechen gegen êzîdische Frauen erfordern jedoch eine gesonderte Bewertung. Sie sind ein typisches Beispiel dafür, den Genozid mit dem Feminizid vollenden zu wollen. Es erfordert einen Kampf und Opfer, um die systematische Gewalt gegen Frauen innerhalb der Kriegsverbrechen im Nahen Osten darzustellen.

Wir erleben weltweit jede Sekunde einen Feminizid, physisch, psychisch, ökonomisch. Gewalt, Krieg, Vergewaltigung und Repression sind Teil unseres Lebens. Dabei sind wir Frauen es, die diese Welt verändern können. Denn mit dem Feminizid hat die Geschichte ihren traurigen Lauf genommen. Ist dieser zu ändern, dann also nur mit Frauen. ♦

Fracking bald auch in Kurdistan?

# Die Folgen von Fracking in Kurdistan waren bisher verheerend

Ercan Ayboğa

Seit knapp einem Jahrzehnt werden Fracking und seine problematischen Folgen für Natur und Mensch international diskutiert. Vor mehr als drei Jahren erfuhren die Menschen in der Türkei und Nord-Kurdistan, dass Fracking durch den Staat als eine weitere Energiegewinnungsmethode eingeführt werden soll. Damit wird die Gesellschaft mit einer neuen Zerstörungs- und Ausbeutungsgefahr konfrontiert. Der beschleunigte Neoliberalismus der letzten zehn, fünfzehn Jahre in der Republik Türkei hat die Zahl großer Investmentprojekte wie zum Beispiel Talsperren, Bergbauvorhaben und Kohlekraftwerke so sehr wachsen lassen, dass Natur und Klima in dramatischer Weise immer mehr zerstört werden.

Beim Fracking handelt es sich um eine unkonventionelle Methode zur Gewinnung von vor allem Erdgas. Erdöl fällt als Nebenprodukt in nicht geringem Maße ab. Erdgas, das in tiefen Schichten unter der Erde in Felsformationen gebunden ist, wird durch einen Druckstrahl herausgelöst und zur Erdoberschicht in Bohrleitungen gefördert. Der Druckstrahl besteht aus großen Mengen Wasser und feinem Sand mit zahlreichen verschiedenen Chemikalien. Felsschichten mit Erdgasvorkommen liegen meist in Tiefen von 1000 bis 4000 Metern. Unten angekommen setzen sich die Bohrungen oft bis zu einem Kilometer weit in horizontaler Richtung fort.

Fracking wird weltweit durch Erdöl- und Erdgaskonzerne praktiziert, weil die Methode know-how- und technikintensiv ist. Die Unternehmen stammen bekanntlich aus westlichen Ländern und den Erdölstaaten. Die Förderung durch eine Anlage betrifft ein großes Einzugsgebiet, weil ab einer bestimmten Tiefe die Sprengung von Felsen in horizontaler Richtung verläuft.

Fracking ist in ökologischer und auch sozialer Hinsicht äußerst problematisch, was die bisher zutage getretenen Folgen zeigen. Da es sich um eine neue Technik handelt, ist nicht genau abzusehen, welche negativen Folgen sich noch zeigen können.

Der intensive Chemikalieneinsatz bei der Sprengung von Felsen ist der erste zu erwähnende Kritikpunkt. Die Chemikalien bleiben zu 30 bis 50 % im Grund, können nicht wie angegeben herausgeholt werden und können sich mit dem Grundwasser vermischen. Wenn eine Region mit vielen Fracking-Förderanlagen überzogen wird, kann sich dies in spürbarem Maße auf das Grundwasser auswirken. Es sollen bis zu über 1000 verschiedene chemische Mittel zum Einsatz kommen, von denen ein großer Teil krebserzeugend sein könnte. Da das Grundwasser sehr langsam fließt und tieferes Grundwasser viele Jahre benötigt, bis es sich erdoberschichtnah fortbewegt und damit den Menschen zugänglich wird, sind die Folgen noch nicht in ihrer ganzen Bandbreite zu erfassen. Das Argument der Fracking-BefürworterInnen, dass nur tiefe Grundwasserleiter betroffen seien, die keinen Zugang zu technisch nutzbaren Grundwasserleitern hätten, trifft bei genauerer Betrachtung kaum zu, da Grundwasserleiter selten durchgehend getrennt voneinander verlaufen. Ein Gericht im US-Bundesstaat Pennsylvania verurteilte Anfang 2014 das nach Erdgas bohrende Unternehmen zu Schadenersatz von 1,6 Mio. US-Dollar an drei Familien, weil es die Wasserquellen dieser Familien verschmutzt habe.

Für Fracking werden nicht wenige Bodenflächen in Anspruch genommen, was meistens auf Kosten von Agrarflächen geht. Besonders folgenreich ist jedoch der Einsatz der Chemikalien, die sich durch die Lagerung und Nachbereitung nach ihrem Einsatz auf die Landflächen rund um die Bohrbrunnen auswirken. Flächen in einem Umfang von mehreren hundert Metern können dabei verseucht werden. Das kann sich auf die angebauten Produkte und damit auf die Gesundheit der Bevölkerung auswirken.

Überaus problematisch ist weiterhin der Einsatz großer Mengen Wasser. Gerade in halbtrockenen und trockenen Gebieten mit relativ wenig Wasservorkommen wirkt sich das auf die Wasserquellen von ganzen Siedlungen in der näheren Umgebung aus.

Eine weitere Befürchtung ist, dass durch Fracking Erdbeben verursacht oder verstärkt werden können. Denn die Sprengung zahlreicher Felsen reißt große Lücken in den Erdschichten. Wenn wir bedenken, dass seit dem 20. Jahrhundert viele Elemente – insbesondere Wasser, Kohle, Erdöl und Erdgas – aus den Tiefen der Erde geholt werden, entstehen mit der Zeit immer größere Lücken, die irgendwann nachgeben können.

Ein zusätzlicher Grund, warum sich weltweit Menschen auf dem Land immer stärker gegen Fracking wehren, ist der drohende Preisverfall für Grundstücke und Gebäude in unmittelbarer Nähe. In der Tat ist dies in Fracking-Gebieten eingetreten.

Fracking kam als Erstes vor über zehn Jahren in den USA zum Einsatz, was unter anderem daran liegt, dass es US-Konzerne waren, die diese Technik entwickelt hatten. US-amerikanische Konzerne erhielten mit tatkräftiger Unterstützung der US-Bundesregierung und -Bundesstaaten Förderlizenzen. In den letzten Jahren stieg die Förderung trotz wachsender Proteste rapide an.

In den meisten europäischen Staaten ist Fracking nach schnell aufkommenden Protesten und deren großer Unterstützung aus der Öffentlichkeit entweder eingeschränkt oder de facto verboten worden. Das Land mit dem größten Potential, Frankreich, hat Fracking de facto verboten. In südlichen Staaten sind Regierungen und Konzerne bislang mit weniger Kritik konfrontiert. Weltweit zeigt sich ein differenzierteres Bild. Während in einigen Staaten Fracking stark vorangetrieben wird, kommt es in anderen Staaten nicht zum Einsatz.

Die stark zunehmende Ausbeutung von Fracking in den USA hat dazu geführt, dass die USA seit letztem Jahr von Erdgas- und Erdölimporten weitgehend unabhängig geworden sind. Das ist auch einer der gewichtigen Gründe für den erheblichen Rückgang der Weltmarktpreise für Erdöl und Erdgas in den letzten zwei Jahren.

## Fracking in Kurdistan/Türkei

Im Jahre 2012 kam Fracking in der Republik Türkei auf die Tagesordnung. Die AKP-Regierung hat großes Interesse, diese Technik voranzubringen, weil sie an einer eigenen Erdgasförderung stark interessiert ist. Erste Untersuchungen gehen von unkonventionellen Erdgasvorkommen in drei Regionen aus. Das größte Vorkommen mit einer angeblichen Menge von 5 Mrd. Kubikmetern liegt demnach im mittleren Teil Nord-Kurdistans, gefolgt von Thrakien (europäischer Teil der Türkei) und der Konya-Ebene. Es ist anzunehmen, dass sich die Fracking-Region von Nord-Kurdistan weit nach Rojava/Nord-Syrien und Süd-Kurdistan/Irak ausdehnt. Da dort bisher u. a. wegen der politischen Lage keine Untersuchung durchgeführt wurde, ist das aber nicht abschließend festzustellen.

In allen drei Gebieten wurden seit Ende 2013 Probebohrungen durchgeführt. In den kurdischen Provinzen Amed (Diyarbakır), Êlih (Batman) und Erzirom (Erzurum) fanden bisher drei Probebohrungen durch den Weltkonzern Shell statt. Die Bohranlagen wurden jeweils mehrere Monate betrieben und anschließend geschlossen. Der Öffentlichkeit wurden bislang keine Ergebnisse mitgeteilt. In Nord-Kurdistan sollen nach staatlichen Angaben bis zu 3 000 Bohrungen stattfinden. Wann die eigentliche Erdgasförderung mittels Fracking in Amed beginnt, ist unklar. Währenddessen ist die Förderlizenz auf 31 714 Hektar Land in Thrakien vergeben worden.

Die Folgen von Fracking in Kurdistan waren bisher verheerend. Eine Bohrung fand im Osten der Provinz Amed nahe der Stadt Farqîn (Silvan) statt. Das Land um diese Probeanlage herum ist verseucht und die Wasserquelle des naheliegenden Dorfes ausgetrocknet, was sich nach der Probebohrung sehr negativ auf die Landwirtschaft auswirkt. Angesichts der in den letzten Jahren quantitativ als auch qualitativ immer größeren Beeinträchtigung des Wassers in Nord-Kurdistan stellt Fracking eine zusätzliche Belastung dar. Die Wasserkrise in Nord-Kurdistan und ganz Mesopotamien wird verschärft.

Fracking in Nord-Kurdistan betrifft zumeist ein Gebiet mit einem relativ hohen Erdbebenaufkommen. Somit trifft die allgemeine Aussage über die Verstärkung der Erdbebengefahr voll zu.

In Nord-Kurdistan äußern AktivistInnen der Ökologiebewegung Mesopotamien die Befürchtung, dass der Stausee des in Bau befindlichen Staudammes Silvan im Nordosten der Provinz Amed für große Fracking-Vorhaben Verwendung finden könnte. Der Silvan-Staudamm liegt mitten im angeblich großen Fracking-Gebiet Nord-Kurdistans und hat ein Volumen von 7 Mrd. Kubikmetern, womit Unmengen Wasser zur Verfügung gestellt werden könnten. Genauso würde das Wasserkraftwerk dieses Staudammes Strom bereitstellen, denn Fracking ist gleichzeitig stromintensiv. Kurz gesagt, dieser Staudamm würde Fracking in großem Maße überhaupt möglich machen.

In Nord-Kurdistan muss der Kampf gegen Fracking genauso wie gegen zerstörerische Talsperren, Bergbauprojekte und Kohlekraftwerke geführt werden. Denn sie sind eine Gefahr für Mensch und Natur und dienen den Profitinteressen von Konzernen und Regierungen. Doch muss dafür noch weit mehr Öffentlichkeitsarbeit getan werden, da die allermeisten Menschen davon noch nichts gehört haben und empfänglich für die staatliche Propaganda sind, demnach Fracking eine Energiequelle ohne irgendeine Gefahr sei. ♦

Deutscher Bundestag debattiert erstmalig über Aufhebung des PKK-Verbots

# »Ich habe darauf keine Antwort. Aber ich finde, mit dieser Frage müssen wir uns beschäftigen.«

Elmar Millich

Das Verhältnis zwischen der Linkspartei und der kurdischen Befreiungsbewegung war jahrelang von Ambivalenz geprägt. Auf lokaler und regionaler Ebene engagierten sich dort viele Kurdinnen und Kurden und es gab auch regelmäßig entsprechende Wahlempfehlungen kurdischer Organisationen in prokurdischen Tageszeitungen. Auch einzelne Bundestagsabgeordnete haben sich über Jahrzehnte solidarisch gezeigt. Entsprechend konnten kurdische Positionen nicht einfach ignoriert werden. Auf der anderen Seite gab es vor allem in der Fraktionsführung der Linkspartei im Bundestag starke Vorbehalte, nicht zu sehr in die Ecke der in Deutschland als terroristisch geltenden ArbeiterInnenpartei Kurdistan PKK gerückt zu werden. Vor Wahlen wurde immer wieder von den Verfassungsschutzbehörden gezielt an die Medien gestreut, welche ListenkandidatInnen der Linkspartei von ihnen als »PKK-nahe« eingestuft würden.

Das hat sich nun durch die Ereignisse im Jahr 2014, vor allem die Rettung zehntausender ÊzîdInnen in Şengal (Sindschar) und die Verteidigung der syrisch-kurdischen Stadt Kobanê (Ain al-Arab) gegen den »Islamischen Staat« (IS), geändert. Im Zuge der allgemein positiven Berichterstattung auch der Mainstream-Medien über die Rolle der PKK und der ihr verbundenen syrischen Einheiten der YPG und YPJ in Syrien und im Nordirak brachte die Bundestagsfraktion als Ganzes am 8. Dezember 2014 eine Erklärung heraus, in der sie sich für die Aufhebung des PKK-Verbots aussprach und ankündigte, eine entsprechende Erklärung in den Deutschen Bundestag einzubringen. In dem im Dezember 2014 eingebrachten Antrag wird im Wesentlichen eine Aufhebung des seit 1993 bestehenden Betätigungsverbots der PKK, ihre Streichung von der EU-Terrorliste und eine Amnestie für die in diesem Zusammenhang Verurteilten gefordert. In ihrer Begründung gingen die AntragstellerInnen auf die Historie des kurdisch-türkischen Konflikts sowie die einseitigen Waffenstillstände der kurdischen Seite ein. Bezogen auf den aktuellen Friedensprozess in der Türkei sei vor allem die Listung der PKK als terroristische Organisation durch die EU kontraproduktiv, da sie europäische Vermittlungsbemühungen zur Lösung des Konflikts verunmögliche. Außenpolitisch argumentierten die Antragsteller vor allem mit der geänderten Situation im Irak und in Syrien. Es gäbe eine gemeinsame Front zwischen PKK, YPG und den von der Bundesregierung mit deutschen Waffen belieferten kurdischen Peschmerga gegen den IS, die zudem durch US-amerikanische Luftangriffe und direkte US-Waffenlieferungen an die YPG militärische Unterstützung bekämen. Innenpolitisch kritisierte der Antrag, dass aufgrund des bestehenden Verbots der PKK KurdInnen in Deutschland wesentliche Rechte wie freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit oder das Recht auf Organisierung und Versammlung vorenthalten würde. Auch würde die legale politische Betätigung von KurdInnen ohne deutsche StaatsbürgerInnenschaft durch das AusländerInnenrecht sanktioniert.

Im Vorfeld der eigentlichen Bundestagsdebatte zeigten dann mehrere Abgeordnete buchstäblich Flagge: Auf einer Solidaritätskundgebung mit Kobanê am 18. Oktober 2014 in München rollte die Bundestagsabgeordnete Nicole Gohlke auf dem Podium eine unter das PKK-Verbot fallende Fahne aus, woraufhin sie von der Polizei zwecks Personalienfeststellung in Gewahrsam genommen wurde. Es folgte auf Antrag der Staatsanwaltschaft eine Aufhebung ihrer parlamentarischen Immunität zwecks Strafermittlung. Dasselbe Prozedere folgte gegenüber weiteren Abgeordneten, die aus Solidarität im November ein entsprechendes Foto, auf dem sie sich mit den inkriminierten Symbolen zeigten, über facebook posteten. Bei der Abgeordneten der Hamburgischen BürgerInnenschaft Cansu Özdemir reichte schon eine Verbreitung eben dieses Fotos, um ebenfalls Post von der Staatsanwaltschaft zu erhalten.

## Stunde der HinterbänklerInnen

Die Aussprache über den Antrag im Bundestag fand am 26. Februar zu später Stunde statt. Für die Linkspartei begründete deren innenpolitische Sprecherin Ulla Jelpke den Antrag

und zeigte auch an Einzelfallbeispielen die Folgen des PKK-Verbots. Danach schlug die Stunde der HinterbänklerInnen. Die CDU schickte den Polizeibeamten Clemens Binninger ins Rennen. Der verwies eingangs auf die Autobahnblockaden und Gewalttätigkeiten der PKK Anfang der 1990er Jahre und 4 500 Straftaten, die allein seit 2004 angeblich von AnhängerInnen der PKK verübt worden seien. Wie viele dieser Straftaten wiederum nur dem Umstand geschuldet sind, dass die PKK in Deutschland verboten ist, ließ er offen. Dass sich die PKK in den letzten Jahren inhaltlich verändert haben könnte, verneinte er unter Verweis auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 2012, demzufolge sich die PKK nach wie vor gegen den Gedanken der Völkerverständigung richte. Dass Kurdinnen und Kurden durch das Betätigungsverbot in ihren Grundrechten verletzt sein könnten, verneinte er ebenfalls mit dem Hinweis, dass von den 800 000 in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden 95 % mit der PKK nichts zu tun hätten. Wie er auf diese abenteuerliche Zahl kommt, angesichts der Tatsache, dass PKK-nahe kurdische Parteien in den kurdischen Gebieten der Türkei deutlich über 50 % der Stimmen erhalten, erläuterte er nicht.

## Keine Ahnung von der jetzigen Situation in der Region

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte die Abgeordnete Irene Mihalic klar, dass sie von den Entwicklungen im Mittleren Osten, die die Nachrichten im letzten Jahr geprägt haben, keine Ahnung hat: »Ich finde, hier muss die Bundesregierung präzise beantworten, wie die jüngsten Ereignisse in der Türkei, im Nahen Osten und in Deutschland einzuschätzen sind, wie groß die Gefahren für die innere Sicherheit hier im Land tatsächlich sind und welche positiven wie auch negativen Auswirkungen das PKK-Verbot tatsächlich hat.« Dieser Tenor von aufgeschnappten Halbwahrheiten und Mangel an eigener Einschätzung zog sich durch die ganze Rede und mündete konsequent in die Ausführung: »Wäre es in dieser Situation tatsächlich richtig, das PKK-Verbot hier in Deutschland aufzuheben? Ich stelle diese Frage ganz bewusst. Ich habe darauf keine Antwort. Aber ich finde, mit dieser Frage müssen wir uns beschäftigen.« Die latent vorhandene Gewaltbereitschaft der PKK zeige sich laut Mihalic an Parolen wie »Der Protest reicht nicht aus, es muss Widerstand geleistet werden« anlässlich von Solidaritätsdemonstrationen mit Kobanê. Auch wurden Besetzungen von Parteibüros und Rundfunksendern durch kurdische Jugendliche bemängelt. In einem Brief an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schreibt die Kampagne TATORT Kurdistan darauf bezogen: »Recherchieren Sie doch bitte in Ihren Parteiarchiven, wie oft die GRÜNEN vor allem in ihren Anfangsjahren unter sinngemäß dieser Parole etwa gegen Atomenergie, den NATO-Doppelbeschluss oder die Volkszählung zu Aktionen aufgerufen haben. Auch die monierten Besetzungen verschiedener Einrichtungen durch vor allem junge Kurdinnen und Kurden verliefen nach unseren Informationen auf der symbolischen Ebene und sind auch etwa bei Studierendenprotesten gegen Bildungsmängel nach wie vor gang und gäbe. Nur von den Kurdinnen und Kurden zu erwarten, auf solche Protestformen zivilen Ungehorsams zu verzichten als Voraussetzung für die Aufhebung des PKK-Verbots, finden wir zutiefst undemokratisch und klientelgeprägt.« Ein Antwortschreiben der Grünen-Bundestagsfraktion stand bis Redaktionsschluss noch aus.

## Was zeigt uns die Debatte im Bundestag?

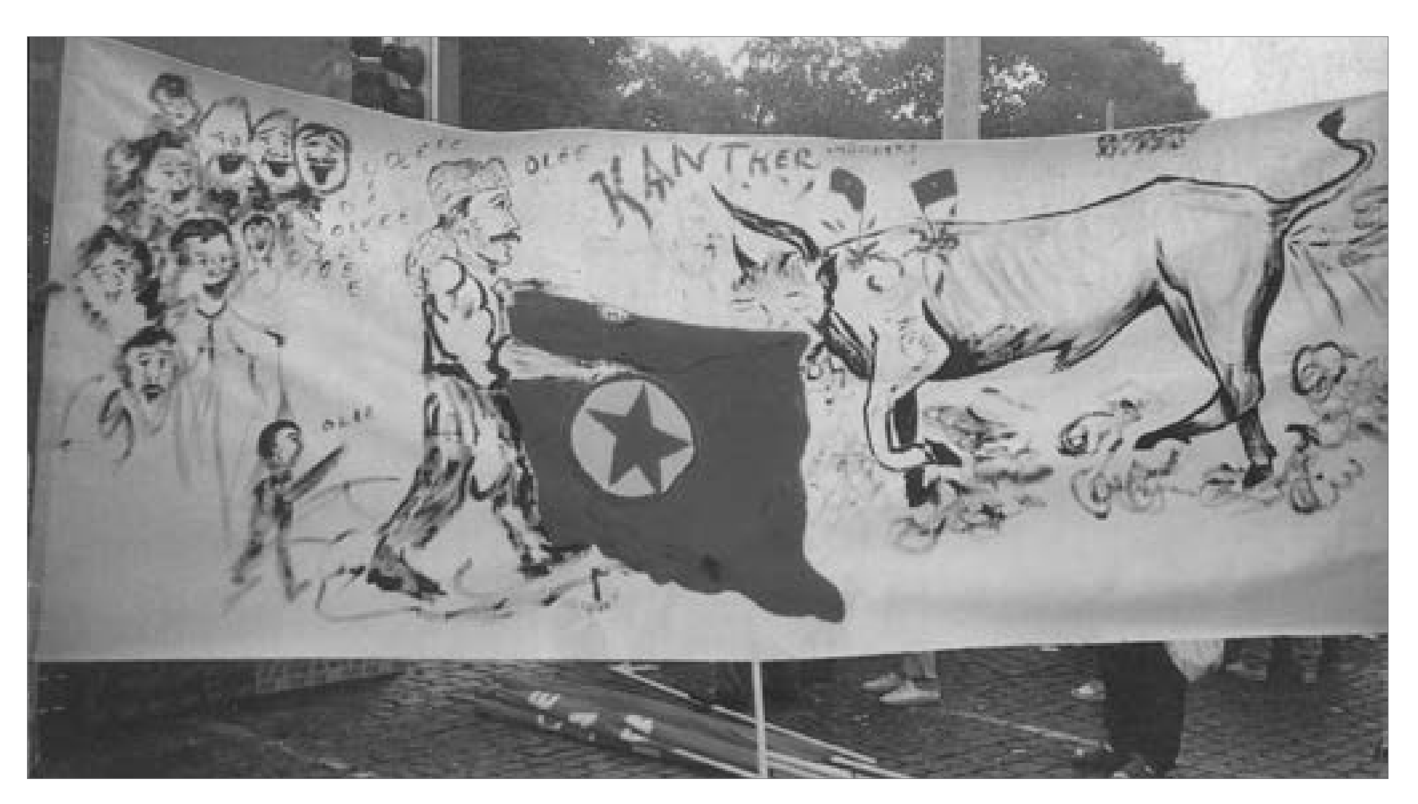
Der SPD-Abgeordnete Uli Grötsch bezog sich hauptsächlich auf die Einschätzung der PKK durch die deutschen Sicherheitsbehörden und zitierte etwa aus dem letzten Verfassungsschutzbericht: »Die weiterhin in hohem Maße mobilisierungsfähige PKK […] hat ihre Anhänger in Deutschland auf eine Abkehr von militanten Aktionen eingeschworen: eine Tendenz, die mit einem Scheitern der Friedensverhandlungen wieder Makulatur sein könnte. Gewalt bleibt für die PKK gleichwohl ein strategisches Element, über das sie je nach politischer Situation entscheidet.« Nun müsste man der Redlichkeit halber anfügen, dass die Verfassungsschutzberichte seit zehn Jahren der PKK im Prinzip Friedfertigkeit in Europa bescheinigen, aber ihr vorwerfen, dass sie aufgrund ihrer hohen AnhängerInnenzahlen zu Gewalt aufrufen könnte, wenn sie denn wollte. Die Frage, inwiefern allein die hohe Mobilisierungsfähigkeit einer Partei als Begründung für deren Verbot herhalten kann, ließ Uli Grötsch unbeantwortet. Ausgerechnet die Tatsache, dass sich auch junge Kurdinnen und Kurden aus Deutschland dem Kampf der KurdInnen in Syrien gegen den Islamischen Staat anschließen, führte Grötsch als Beleg für die Gefährlichkeit der PKK an. Hier zeigt sich die ganze Doppelzüngigkeit der Bundesregierung, die durchaus weiß, dass die mit ihr verbündete kurdische Regionalregierung in Hewlêr (Erbil) ohne die Unterstützung von YPG und HPG wahrscheinlich durch den IS gestürzt worden wäre. Originalton des Abgeordneten Grötsch: »Auch wenn wir damit sozusagen einen gemeinsamen Feind haben *[den IS; die Red.]*, ist für mich der Feind meines Feindes nicht automatisch mein Freund.«

Zur Büttenrede geriet dann der letzte Debattenbeitrag des CSU-Abgeordneten Marian Wendt: »Die PKK wollte 1978 eine Volksdiktatur mit sozialistischer Prägung errichten. Jetzt verstehe ich auch, warum die SED-Nachfolgepartei ein Ende des Verbots der PKK fordert. Vielleicht wollen Sie ja in der Türkei oder in Deutschland eine zweite DDR mitbegründen.« Den seit 2013 bestehenden Friedensprozess in der Türkei erklärte er kurzerhand zur »Makulatur«. Stattdessen stehe die

PKK für »Erpressung von Spendengeldern, Körperverletzung, Landfriedensbruch, Drogen- und Menschenhandel.«

Zusammenfassend zeigte die etwa einstündige Debatte quer durch (fast) alle Parteien ein erschreckendes Ausmaß an Unkenntnis über die Situation im Mittleren Osten, den Friedensprozess in der Türkei und die Positionen der kurdischen Befreiungsbewegung. Mensch sollte doch meinen, Parlamentsabgeordnete hätten zumindest den Kenntnisstand politisch interessierter BürgerInnen, die regelmäßig Tageszeitungen lesen. Die Debatte zur Aufhebung des PKK-Verbots belehrte uns eines Besseren.

Einzige Ausnahme bildeten Nachfragen einzelner Abgeordneter, wo hier ein Einwurf von Christian Ströbele von Bündnis 90/Die Grünen während der Rede Uli Grötschs wiedergegeben werden soll: »Mir drängt sich eine Frage auf. Sie sagen, die PKK rekrutiere Kämpfer für den Kampf im Nahen Osten. Das ist ja nicht irgendein Kampf, sondern da geht es um den Kampf gegen den mörderischen IS und den ISIS in Syrien und im Irak. Das wird auch in Deutschland nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert. Sie konnten im Fernsehen den Bericht verfolgen, dass eine ganze Familie – ich glaube, aus Solingen – zum Kampf mit den Peschmerga für ihr Volk gegen den IS in den Irak gezogen ist. Diese Menschen werden gefeiert, und zwar nicht nur dort, sondern auch hier. Sie kommen auch wieder hierher und rühmen sich: Wir haben wenigstens etwas für die Freiheit getan. Wir haben etwas dafür getan, dass unsere Frauen nicht vergewaltigt werden. Wir haben etwas dafür getan, dass der IS gestoppt wird. Genauso war es auch mit den Unruhen, die es hier in Deutschland gegeben hat. Nicht die PKK hat ihre Auffassung geändert, sondern es ging darum, dass in Kobanê Menschen hingeschlachtet wurden, als der ISIS dort vorgedrungen ist, die Stadt fast erobert hat und die Menschen in völliger Verzweiflung zum Teil in die Türkei geflohen sind, zum Teil versucht haben, Kobanê zu verteidigen – wie wir wissen, Gott sei Dank erfolgreich. Dass sie erfolgreich waren, finden wir alle ganz gut; aber wenn sie jetzt junge Männer für den Abwehrkampf gegen ISIS und IS anwerben, ist das ein Grund für Sie, weiter am Verbot festzuhalten. Das ist doch irgendwie widersprüchlich. Sie können doch nicht einfach sagen: Sie rekrutieren hier. – Sie müssen dann auch sagen, wofür sie rekrutieren. Sie rekrutieren für eine Sache, die wahrscheinlich auch Sie grundsätzlich für richtig halten.«




Transparent gegen das PKK-Verbot | 1994

## Positive Stimmen dagegen 2014

Ob es jetzt daran gelegen hat, dass der Antrag zur Aufhebung des Verbots von der bei den anderen Fraktionen nicht sonderlich beliebten Linkspartei eingebracht worden war, oder ein generelles Desinteresse bestand, sich auf die Debatte vorzubereiten? Im letzten Jahr gab es von PolitikerInnen unter dem Eindruck der Rettung der ÊzîdInnen aus dem Şengalgebirge und der Verteidigung von Kobanê durchaus positivere Stimmen. So äußerte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, gegenüber der FAZ: »Im Zusammenhang mit den Gesprächen zwischen der türkischen Regierung und der Führung der PKK sowie dem beeindruckenden Ergebnis des kurdischen Kandidaten *[Selahattin Demirtaş; die Red.]* bei der türkischen Präsidentschaftswahl gibt es durchaus die Chance zur Neueinordnung der PKK.« Ebenfalls gegenüber der FAZ sagte der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Grünen im Bundestag, Frithjof Schmidt, dass es »allen Anlass« gebe, »die Einstufung der PKK als terroristische Organisation ernsthaft zu überprüfen«. Die PKK werde nicht nur in der Türkei, sondern auch in Nordirak und Syrien langfristig eine Rolle spielen. In der CDU/CSU gab es sogar in den Medien geäußerte Überlegungen, die PKK direkt mit deutschen Waffen auszurüsten. Seiner Meinung treu blieb allein das für das Verbot verantwortliche Innenministerium: Es gebe »keinen sachlichen Grund, in Überlegungen über eine Aufhebung des PKK-Verbots einzutreten«. Das Verbot bleibe – wie eine Sprecherin mitteilte – »im Interesse der nationalen inneren Sicherheit ein unverzichtbares Regulativ«. Unbeeindruckt von der Debatte zeigen sich auch die Repressionsbehörden, wie zwei neue Festnahmen und Anklagen wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung (§ 129b StGB) im letzten halben Jahr zeigen.

## Und was geschieht nun mit dem PKK-Verbot?

Erneut in die Schlagzeilen geriet das PKK-Verbot Mitte April aufgrund eines Interviews des Kovorsitzenden des Exekutivrates der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK, Cemil Bayık, gegenüber dem WDR, in dem er sich für die Gewalttätigkeiten von PKK-AnhängerInnen in Deutschland in den 1990er Jahren entschuldigte. Darauf reagierte wiederum der SPD-Fraktionsvize Rolf Mützenich: »Diese Aussagen sind eine neue Tonlage und sie bieten durchaus auch die Chance zu einer Neubewertung, wenn die PKK glaubhaft und nachprüfbar dauerhaft auf Gewalt verzichtet.« Wie der glaubhafte und nachprüfbar dauerhafte Gewaltverzicht der PKK nun aussehen soll, bleibt allerdings sein Geheimnis. Mit solchen Phrasen verschiebt die Bundesregierung schon seit 2013 einen ernsthaften politischen Dialog mit der kurdischen Befreiungsbewegung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Zudem die Bundesregierung auch außenpolitisch aktuell kein Interesse an der Aufwertung der PKK hat, sondern militärisch und politisch nach besten Kräften versucht, den geschwundenen Einfluss der mit Deutschland eng verbundenen kurdischen Autonomieregierung unter Masud Barzanî auf die KurdInnen im Nordirak und in Syrien zu stärken. Zumindest die Verfolgung politisch aktiver KurdInnnen nach § 129b StGB könnte das Justizministerium durch Rücknahme der für staatsanwaltschaftliche Ermittlungen notwendigen Verfolgungsermächtigung direkt einstellen, wie im Antrag der Linkspartei gefordert. Es ist aber politisch nicht gewollt.

Auch wenn es illusorisch ist, davon auszugehen, dass es wirklich in einem realistisch überschaubaren Zeitraum zu einer Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland käme, zeigt die Bundestagsdebatte vom 26. Februar doch symptomatisch den Wandel in der Wahrnehmung der PKK in der deutschen Öffentlichkeit. Die Gründe hierfür liegen im Wesentlichen in der radikalen Veränderung der Situation im Mittleren Osten im Jahr 2014 durch das aggressive Vorgehen des IS und in den seit 2013 öffentlich stattfindenden Gesprächen zwischen der türkischen Regierung und der PKK. Dadurch ergeben sich für die Linke in Deutschland und Europa neue Spielräume, die nach wie vor unverändert stattfindende Repression gegen die kurdische Befreiungsbewegung zurückzudrängen. Ob die Linkspartei sich dabei in der Regierungsverantwortung an das hält, was sie in der Opposition fordert, muss sich am Beispiel Thüringen zeigen. Hatte der neue Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) im Wahlkampf noch die Auflösung des Verfassungsschutzes in Thüringen gefordert, der ihn selbst jahrelang überwacht hatte, sieht nach der Wahl alles wieder anders aus: Während Spitzel aus der rechten Szene abgezogen wurden, soll der Einsatz von V-Leuten in begründeten Einzelfällen zur »Terrorismusbekämpfung« möglich sein. Darunter fällt laut Informationen des »Spiegel« die Beobachtung von SalafistInnen oder der PKK. Hier muss schleunigst aufgeräumt werden, dient doch bekanntermaßen die lückenlose Überwachung kurdischer Vereine, Medien und Einzelpersonen nicht der »Terrorismusbekämpfung«, sondern vor allem dazu, KurdInnen ohne deutsche Staatsangehörigkeit wegen legaler politischer Aktivitäten nach den verschiedenen Paragraphen des AusländerInnenrechts zu schikanieren. ♦

Strafverfolgung von Kurdinnen und Kurden nach § 129b StGB:

# Änderung der Rechtsprechung nur durch grundlegenden politischen Meinungswandel

AZADÎ sprach mit Verteidiger RA Heinz Schmitt, 20. März 2015

**Am 5. März 2015 endete der im Juni vor zwei Jahren eröffnete § 129b-Prozess gegen den kurdischen Aktivisten Abdullah S. Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf verurteilte ihn zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren – das bislang höchste Strafmaß in ähnlichen Verfahren wegen des Vorwurfs der PKK-Mitgliedschaft. Seit seiner Festnahme am 12. April 2012 in Köln befindet sich Abdullah S. in U-Haft in der JVA Düsseldorf.**

**Der Prozess gegen Ihren Mandanten dauerte fast zwei Jahre und endete für ihn mit einer relativ hohen Haftstrafe. Die Bundesanwaltschaft hatte für eine noch höhere Strafe plädiert. Wie bewerten Sie dieses Urteil und die Begründung des Gerichts ?**

Das Urteil des 5. Strafsenats des OLG Düsseldorf war sowohl im Ergebnis wie in der Höhe zu erwarten. Mit dem Urteil wird die Rechtsprechung sämtlicher Staatsschutzsenate der Oberlandesgerichte in der Bundesrepublik fortgeschrieben, wonach es sich bei der PKK um eine terroristische Vereinigung handelt und demzufolge die Betätigung für sie gemäß §§ 129a und 129b strafbar ist und bleibt.

Allerdings hob sich die mündliche Urteilsbegründung erheblich ab von den mir bekannten schriftlichen Begründungen früherer Urteile. Zwar wird regelmäßig konzediert, dass der türkische Staat seinerseits Menschenrechtsverletzungen bei der Verfolgung des kurdischen Volkes und insbesondere der PKK begangen hat, diese aber nicht zu verhandeln sind.

Die mündliche Begründung im Falle unseres Mandanten beinhaltete aber eine weit deutlichere Verurteilung hinsichtlich der Menschenrechtsverletzungen der türkischen Seite. Der Vorsitzende Richter formulierte, dass »das Handeln der türkischen Republik völkerrechtlich nicht zu rechtfertigen sei, dass die verdeckten heimlichen Morde als rechtsstaatliche Verfolgung verschleiert würden«, dass es eine Entrechtung und Missachtung der Kurden insgesamt gegeben habe und als Unrecht des türkischen Staates festzustellen sei. Würden die betreffenden Personen der deutschen Gerichtsbarkeit unterliegen, würden diese ebenfalls verurteilt werden.

In sehr persönlichen Worten führte der Vorsitzende weiter aus, dass der Senat ein Wechselbad der Gefühle durchlebt habe, aber – und ohne dieses Aber wäre das Urteil nicht nachvollziehbar – auch die PKK hätte Verbrechen begangen. Es seien Sprengstoffanschläge aus dem Hinterhalt durchgeführt worden und mit politischen Abweichlern sei man in nicht zu rechtfertigender Weise umgegangen. Davor dürfe man nicht die Augen verschließen. Konsequent »bilanzierte« er aber ein »Gerechtigkeitsdefizit« hinsichtlich einer fehlenden strafrechtlichen Verfolgung der Staatsorgane. Zudem äußerte er, dass die »politische Relativität der Strafverfolgung durch die in die deutsche Regelung des § 129b eingeführte politische Verfolgungsermächtigung einen faden Beigeschmack hinterlasse«.

**Haben die aktuellen politischen Entwicklungen im Mittleren Osten und der gemeinsame Kampf von YPG/YPJ und der PKK-Verteidigungskräfte gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat« in der Urteilsbegründung eine Rolle gespielt? Schließlich bezieht sich der § 129b auf ein Geschehen im Ausland.**

Der Vorsitzende hat eingeräumt, dass es für unseren Mandanten vor dem Hintergrund der Verbrechen des IS und der Teilnahme des Kampfes der PKK auch mit Unterstützung deutscher Waffenhilfe zweifelhaft erscheinen mag, dass er als PKK-Mitglied strafverfolgt wird. Darüber hinaus habe es für den Senat in diesem Verfahren viel zu lernen gegeben, was letztlich auch der Verteidigung zu verdanken sei.

**Was waren die konkreten Vorwürfe gegen Abdullah S. und auf welche zentralen Punkte haben Sie sich als Verteidiger in diesem Verfahren konzentriert, welche Beweisanträge gestellt bzw. welche Sachverständigen oder Zeugen beantragt?**

Auf diese Frage möchte ich gerne eingehen. Alle diese von der Verteidigung aufgeworfenen Fragen betrafen die politische Verfolgung der Kurden seit ihrer kemalistischen Ausgrenzung bis heute. Der Schwerpunkt der Anträge war regelmäßig die verbrecherische und terroristische Staatsverfolgungspraxis in der Türkei, aus der sich ein völkerrechtlich zulässiges Widerstandsrecht folgern lässt. Die Vorwürfe der Anklage und entsprechend die Feststellungen des Gerichts, dass unser Mandant von 2003 bis 2004 hauptamtlicher Kader der PKK gewesen sei, sich von 2005 bis 2007 in Teheran und im Nordirak bei der obersten Führungsebene aufgehalten habe und seine Tätigkeit für das europäische Finanzbüro der PKK, waren selbstverständlich weitere wichtige Verhandlungsthemen. Aus Sicht des Senats sprachen die zumeist im so genannten Selbstleseverfahren eingeführten Beweismittel – beschlagnahmte Unterlagen aus Wohnungsdurchsuchungen in Belgien, OLG-Urteile in Parallelverfahren und mehr noch aus der Türkei gelieferte Akten – gegen den Angeklagten.

**Wird die Verteidigung gegen das Urteil Revision einlegen? Im vergangenen Jahr hatte der Bundesgerichtshof die Revisionen in anderen § 129b-Verfahren gegen kurdische Aktivisten verworfen. Glauben Sie, dass sich diese Entscheidungen erschwerend auswirken könnten auf die Überprüfung des Urteils im Verfahren gegen Abullah S.?**

Selbstverständlich hat die Verteidigung gegen das Urteil Revision eingelegt und wird diese auch begründen. Die Frage, ob sich bereits erfolgte BGH-Entscheidungen auf unser Verfahren »erschwerend« auswirken könnten, setzt voraus, dass auch die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt hat, was mir nicht bekannt ist. Die Staatsanwaltschaft hatte 7 Jahre, 9 Monate beantragt und ist – bis auf die Strafhöhe – mit ihrer rechtlichen Beurteilung im Gleichklang mit der Entscheidung des Oberlandesgerichts. Erwähnt werden muss aber, dass sich die Änderung der Rechtsprechung durch die Entscheidung des BGH vom Oktober 2010 insoweit übel für Abdullah S. ausgewirkt hat, als dieser bereits 2010 – damals noch in Freiheit – angeklagt wurde wegen teilweise des gleichen Vorwurfs (Kadertätigkeit für die PKK 2003/2004), seinerzeit noch eingestuft als »kriminelle Vereinigung« gemäß § 129 StGB.

Die Bundesanwaltschaft (BAW) hatte diese Anklage zurückgenommen, zwei Jahre später dann aber erneut angeklagt, diesmal erschwert als Verfolgung wegen Mitgliedschaft in einer »ausländischen terroristischen Vereinigung« nach § 129b. Dadurch war die Möglichkeit eröffnet, nicht in erster Linie die Tätigkeit für die Organisation im Inland strafzumessungsrechtlich zu werten, sondern die der PKK insgesamt.

Diese »Würdigung« der Mitgliedschaft von Abdullah S. in der »neuen« Vereinigung hatte für ihn eine Strafverschärfung um mehr als das Doppelte der zu erwartenden Strafe zur Folge.

Mit den Hinweisen auf die Tätigkeiten unseres Mandanten für das europäische Finanzbüro, seine Zugehörigkeit zur PKK-




Plakat gegen das PKK-Verbot | November 1994

Führungsriege und seinen Aufenthalt in den Kandil-Bergen hielt der Senat die Strafhöhe für gerechtfertigt.

Die heftige Kritik des Senats an der türkischen Verfolgungspolitik und dem nicht zu rechtfertigenden Vorgehen der Sicherheitskräfte unter dem Mantel der »Abwehr des Terrorismus« könne aber nicht dazu führen, Vergeltungsschläge jederzeit als legitim und völkerrechtlich zulässig zu betrachten.

Leider hat dann der Senat hinsichtlich der Strafzumessung die kritische Ebene gegenüber dem türkischen Staat wieder verlassen und gemeint, dass Kurdinnen und Kurden trotz der Menschenrechtsverletzungen (Folter, Vertreibungen, extralegale Morde) das aktive Wahlrecht gewährt werde und prokurdische Parteien trotz Einschränkungen bis hin zu strafrechtlicher Verfolgung »in der Gesamtwürdigung« erlaubt seien. Es wurden ihnen außerdem Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt und sie hätten vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof auch vielfach Rechtsschutz erstreiten können. Deshalb – so der Senat – sei die physische Vernichtung des Gegners in Form von Attentaten kein legitimes Vorgehen.

**Ist das Gericht in seiner Begründung auch auf Ihren Mandanten persönlich eingegangen, der schließlich sein ganzes politisches Leben der kurdischen Bewegung gewidmet und hierfür einen hohen Preis gezahlt hat ?**

Ja, in gewisser Weise schon. Trotz des seit Jahrzehnten dauernden Konflikts und auch der persönlichen Betroffenheit von Abdullah S. seit seiner frühen Jugend und seinem Verfolgungsschicksal und das seiner Familie sowie seiner festen Überzeugung, dass die Politik der PKK der einzig Erfolg versprechende Weg zur Anerkennung im türkischen Staat darstelle und er der »kurdischen Sache« sein Leben gewidmet und keine eigenen Ziele verfolgt habe, hat der Senat letztlich wieder nur Herkömmliches ausgekramt. Hierbei ging es insbesondere um seine langjährige PKK-Mitgliedschaft, seine Tätigkeit als Finanzverantwortlicher, die für die Organisation von zentraler Bedeutung gewesen sei, und schließlich – quasi als abschließende Bemerkung für den Angeklagten – der Hinweis darauf, dass es auch ein »hässliches Gesicht der PKK« gebe. Wenn es das Lebensanliegen des Angeklagten sei, der PKK internationale Anerkennung verschaffen zu wollen, möge er hiervor nicht die Augen verschließen.

**Halten Sie es für denkbar, dass die Staatsschutzsenate der Oberlandesgerichte vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung in der Türkei bzw. im Mittleren Osten künftig kritischer mit der Haltung der herrschenden Politik gegenüber der kurdischen Bewegung und ihrer Aktivist*innen umgehen könnten?**

Ob die Staatsschutzsenate vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung in der Türkei bzw. im Mittleren Osten kritischer mit der Haltung der herrschenden Politik umgehen werden, ist eine ausschließlich politische Frage. Ich will daran erinnern, dass sich die Staatsschutzsenate aller Bundesländer regelmäßig treffen. Gerade mit Blick auf die politische Ermächtigung durch das Bundesjustizministerium zur Strafverfolgung in Fällen des § 129b ist eine Änderung der Rechtsprechung nur zu erwarten, wenn sich in der bundesdeutschen, mehr noch der europäischen Politik zu den anstehenden Fragen der Streichung der PKK von der EU-Terrorliste und der Aufhebung des PKK-Verbots ein grundlegender Meinungswandel vollzieht.

**Azadî: Wir bedanken uns für das Gespräch.** ♦



Bedauern über die Eskalationen der Protestaktionen in den 90iger Jahren

# Eine Chance zum Dialog

Dokumentation der NAV-DEM-Mitteilung zur Erklärung von Cemil Bayık

**Cemil Bayık, Kovorsitzender des Exekutivrates der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), sprach in der vergangenen Woche in einem Interview mit dem NDR/WDR sein Bedauern über die Eskalationen im Rahmen der Protestaktionen von KurdInnen in den 90iger Jahren in Deutschland aus.**

## Die 90iger Jahre in Nordkurdistan/Türkei:

In diesen Jahren erreichte der in der Türkei gegen die kurdische Bevölkerung geführte Krieg seinen Höhepunkt. Bei den Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und den bewaffneten Einheiten der PKK kamen mehr als 30 000 Menschen ums Leben, darunter tausende kurdische Zivilisten, die von paramilitärischen Organisationen des türkischen Staates ermordet wurden. Zudem wurden in jener Zeit 3 000 Dörfer zerstört und entvölkert, über eine Million Menschen mussten fliehen. Viele von ihnen kamen nach Deutschland. Auch deutsche Panzer – die Türkei war und ist eine der Hauptabnehmer für Rüstungsgüter aus Deutschland – sind in diesem Krieg nachweislich im Einsatz gewesen.

## Das PKK Verbot und seine Auswirkungen

Geprägt von den täglichen Schreckensmeldungen aus der Heimat versuchten die KurdInnen hier, zusätzlich zu den Schwierigkeiten der Integration, stets die Öffentlichkeit im Hinblick auf die Ereignisse in der Heimat zu sensibilisieren. Nachdem im November 1993 durch das Innenministerium ein Betätigungsverbot gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und den Dachverband der kurdischen Vereine in Deutschland mitsamt der Mitgliedsvereine verhängt wurde, begann eine Welle der Kriminalisierung gegen KurdInnen in Deutschland. Das Recht auf Versammlungsfreiheit wurde eingeschränkt, ebenso die freie Informationsgewinnung (Verbot von kurdischen Publikationen und Medienorganen). Es folgten hunderte Gerichtsverfahren, u. a. nach Paragraph 129a.

## Heute in Nordkurdistan/Türkei

Seit Ende 2012 finden für eine politische Lösung der kurdischen Frage Gespräche zwischen dem PKK Vorsitzenden Abdullah Öcalan, der seit seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung 1999 in die Türkei auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftiert ist, und Vertretern der türkischen Regierung statt. Die kurdische Seite hat zum wiederholten Male einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen und große Teile ihrer Kämpfer aus den Grenzen der Türkei abgezogen.

## Die kurdische Frage, das Verbot und Deutschland heute

Die eingangs erwähnte Entschuldigung des KCK Kovorsitzenden Cemil Bayık bietet eine Chance des Dialogs auch für und in Deutschland. Die kurdische Seite hat in den letzten Jahren einen grundlegenden Paradigmenwechsel mit Schwerpunkt auf eine demokratische, ökologische und geschlechterbefreite Gesellschaft vollzogen und ist ein determinierender Faktor für Stabilität, Frauenrechte, Vielfalt und Demokratie im Pulverfass Nah-Ost. Diese grundlegenden Aspekte wurden bisher weitgehend ignoriert. Vor allem vor dem Hintergrund des aktiven Kampfes der kurdischen Seite gegen den barbarischen IS ist eine Neubewertung der kurdischen Freiheitsbewegung dringend erforderlich. Entsprechende Äußerungen und Forderungen seitens der Politik nehmen zu. Zuletzt hatte Dr. Rolf Mützenich, außenpolitischer Sprecher und SPD Fraktionsvize, eine Neubewertung der PKK gefordert.

Deeskalation und Dialog sollten im Fokus stehen und Verbote und Kriminalisierung ablösen. Dies wird nicht nur das friedliche Miteinander aller Menschen in Deutschland fördern, sondern auch den Friedensprozess in der Türkei stärken.

Lassen Sie uns also gemeinsam die Chance nutzen. Es ist Zeit für Dialog statt Verbote. ♦

NAV-DEM | Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e.V., 16.04.2015

Bericht über die Hamburger Konferenz im April 2015

# DIE KAPITALISTISCHE MODERNE HERAUSFORDERN II

Michael Knapp

**Zwischen dem 3. und dem 5. April fand an der Universität in Hamburg die zweite Konferenz des »Network for an Alternative Quest« statt. Unter dem Titel »Kapitalistische Moderne sezieren – Demokratischen Konföderalismus aufbauen« nahmen über die drei Tage verteilt bis zu 1000 Zuhörer_innen teil. Veränderung und Entwicklung der Auseinandersetzung mit der Idee des Demokratischen Konföderalismus seit der letzten Konferenz zeigten sich deutlich an der Teilnahme von Aktivist_innen und Interessierten aus verschiedensten Spektren. Der Prozess des Aufbaus einer gesellschaftlichen Alternative in Rojava und die entschlossene Verteidigung dieses Projekts u. a. in Kobanê scheinen auch in Europa einen Freiraum für neue Hoffnung und neue Konzepte erkämpft zu haben. Der Mythos vom »Ende der Geschichte« und Margaret Thatchers TINA (there is no alternative), also von der vermeintlichen Alternativlosigkeit des Kapitalismus, scheint im Bewusstsein vieler einen Rückschlag erlitten zu haben.**

Dem Titel der Konferenz entsprechend standen Theorie und Umsetzung des Konzepts des Demokratischen Konföderalismus auf dem Programm. So standen die Ideen des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und die praktischen Erfahrungen mit dem Konzept in Kurdistan zwar im Vordergrund, doch das bedeutet nicht, dass die Konferenz ausschließlich kurdistanzentriert war. Denn auf den Podien der insgesamt fünf Sessions waren sowohl Wissenschaftler_innen als auch Aktivist_innen aus verschiedenen Teilen der Welt vertreten. Dieser Bericht soll kursorisch einige der gehaltenen Beiträge zusammenfassen. Es wurde versucht, alle Referent_innen einzubeziehen, soweit das Material vorlag.

Die Veranstaltung begann mit Eröffnungsreden und Grußbotschaften. Nach der Begrüßung durch die Vertreterin des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan (YXK) Gülistan Kahraman brachten der Völkerrechtler und ehemalige MdB Norman Paech und der Politologieprofessor und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von ATTAC, Prof. Elmar Altvater, in Grußbotschaften ihre scharfe Kritik an der kapitalistischen Globalisierung und die Notwendigkeit des Aufbaus einer ökologischen, demokratischen und geschlechterbefreiten Alternative zum Ausdruck. Reimar Heider vom Organisationskomitee betonte, dass diese Konferenz einerseits praxisbezogener als die vorige sein solle und vor allem Ökonomie und Patriarchat in den Mittelpunkt stellen würde. Insbesondere das Symbol der Veranstaltung, die Triskele als neolithisches Symbol aus dem heutigen Irland, stelle einen Rückbezug auf vorstaatliche Lebensweise dar. Dabei wurde auf der Konferenz aber immer wieder klargestellt, dass es nicht um eine Verklärung neolithischer Lebensart gehe, sondern darum, den Staat als Konstrukt zu begreifen und sich dessen bewusst zu sein, dass die prästaatliche kooperative Lebensweise bis heute in vielen Facetten fortbestehe und dies eine Basis für den Aufbau einer emanzipierten Gesellschaft bilde. Alle Redner_innen machten deutlich, dass sich Abdullah Öcalan, der Architekt des Modells des Demokratischen Konföderalismus und PKK-Vorsitzende, auf der Gefängnisinsel Imralı in Isolationshaft befinde, und forderten seine sofortige Freilassung.

## Abdullah Öcalan: Wahrheit ist Liebe, Liebe ist ein freies Leben

Die Konferenz selbst wurde mit einer Grußbotschaft Abdullah Öcalans eröffnet. Er erklärte u. a., dass der kapitalistischen Moderne, die durch ihre zerstörerischen Konsequenzen an die Grenzen der Fortführbarkeit gestoßen sei, eine demokratische Moderne entgegengesetzt werden müsse.

»Der demokratische Konföderalismus präsentiert die demokratische Nation als grundlegendes Instrument zur Lösung für die ethnischen, religiösen, städtischen, lokalen, regionalen und nationalen Probleme, die vom monolithischen, homogenen,

monochrom-faschistischen Gesellschaftmodell herrühren, welches die Moderne über den Nationalstaat vermittelt. In der demokratischen Nation besitzt jede Ethnie, jede religiöse Vorstellung, jede städtische, lokale, regionale oder nationale Tatsache das Recht, sich mit ihrer eigenen Identität und ihrer demokratisch-föderalen Struktur zu beteiligen.« Er rief zu einer Revolution der Mentalität auf: »Wenn durch die Mentalitäsrevolution der demokratischen Moderne Philosophie, Kunst und Wissenschaft vergesellschaftet werden, können wir unseren Wahrheitsbegriff stärken und ein gutes und schönes Leben verwirklichen. Im Leben eines Menschen gibt es nichts Wertvolleres, als die Wahrheit über die Realität zu begreifen, in der er lebt. Die Suche nach Wahrheit ist die wertvollste Tätigkeit des Menschen. Eine kurze Definition des Menschen könnte lauten: Das Wesen, das Wahrheit ermöglicht. Wahrheit ist Liebe, Liebe ist ein freies Leben.«

## Für eine kritische feministische Epistemologie

Schon zu Beginn der Konferenz stand die Forderung nach der Kreation neuer Formen der Wissensproduktion im Mittelpunkt. Damit wurde ein nicht nur von der Frauenbewegung Kurdistans aufgegriffener zentraler Punkt angesprochen, nämlich die Kritik an der traditionellen Herrschaftswissenschaft und die Entwicklung neuer Epistemologien wie der Jineolojî. Die Historikerin Dr. Muriel Gonzáles Athenas kritisierte die heutige Wissensproduktion als einer westeuropäischen, männerdominierten, dichotomisierten Denkart gemäß im Zuge der Aufklärung entstanden. Der entscheidende Faktor sei aber, die vermeintliche Objektivität zu verlassen und konsequent die Subjektposition einzunehmen. Auf diese Weise könne die Frage erforscht werden, wie die herrschenden Paradigmen eigentlich entstanden sind. Sie hob hervor, dass Geschlechterdifferenzierung eine entscheidende Rolle bei der Konstituierung von Staatlichkeit gespielt und sich dieser Widerspruch mit der Konstituierung der bürgerlichen Gesellschaft verschärft habe. Die Kategorie Geschlecht charakterisierte Gonzales als gesellschaftlich konstruiert und durch das Praktizieren erst existent. Daraus leitete sie den entschlossenen Appell ab: »Wir brauchen kein bestimmtes Geschlecht, Klasse etc., um Frieden zu fordern. Wir haben das Recht, eine solidarische und gleichberechtigte Gesellschaft zu fordern.«

## Kapitalismus ist nicht nur Wirtschaftsform, sondern Herrschaftsmodell

Kenan Ayaz, ehemaliger politischer Gefangener und Forscher zum Thema Menschenrechte, folgte mit einer Betrachtung des Kapitalismus nicht nur als ökonomisches Modell, sondern als Gesellschaftssystem. Er wies darauf hin, dass durch




die Konzentration auf den ökonomischen Ausdruck des Kapitalismus entsprechende Herrschaftsmechanismen ausgeblendet worden seien, was zum Scheitern des Realsozialismus geführt habe. In seiner Analyse griff Ayaz vor allem das Modell des Nationalstaats an und kritisierte die historisch-materialistische Geschichtsauffassung, in der sich die Gesellschaftsformationen über den Feudalismus, die bürgerliche Gesellschaft zu Sozialismus und Kommunismus in Folge entwickeln, als eurozentristisch. Im historischen Materialismus wird der Staat als Notwendigkeit auf dem Weg zu einer freien, kommunistischen Gesellschaft betrachtet. Ayaz kritisierte hier, dass die zerstörerischen Folgen für die Bevölkerung durch das Modell des Staates außer Acht gelassen würden, der klassische Marxismus damit anfällig sei für etatistische Modelle und dadurch der Kapitalismus als Herrschaftsform durch den Realsozialismus perpetuiert werde. Stattdessen müsse auf die kooperativen Werte, die aus vorstaatlicher Zeit überdauert haben, zurückgegriffen werden.

## Die Zukunft der Linken ist das Beste aus Marxismus und Anarchismus

Anthropologie- und Geographie-Professor David Harvey, einer der Begründer der marxistischen Geographie, machte deutlich, dass der Kapitalismus keine der aktuellen Fragen beantworten könne, da es keinen ethischen Kapitalismus mit Gewissen oder ökologischen Kapitalismus geben könne. Der Kapitalismus könne sein exponentielles Wachstum nur aufgrund der unbegrenzten Steigerung der Geldmenge realisieren. Deshalb stelle der Aufbau eigener Ökonomien einen der Schwachpunkte dar. Harvey hob hervor, dass eine intensive Analyse des kapitalistischen Systems Vorbedingung für eine soziale Transformation sei. Die Schaffung autonomer Systeme sei der beste Weg, eine Kapitalismusalternative zu entwickeln. In diesem Zusammenhang rief er zur weltweiten Unterstützung des Projekts von Rojava auf und bezeichnete das System in Rojava als eine Alternative zur durch die kapitalistische Moderne verursachten Krise. Er stellte die Angriffe des IS in direkten Zusammenhang mit dem Begehren des kapitalistischen Systems, Kontrolle über die Ressourcen der Region zu erlangen.

## Imperialismus und Demokratie sind unvereinbar

Die indische Aktivistin und Wissenschaftlerin Dr. Radha D´Souza betonte, der Kampf von Rojava habe auch viele Jugendliche in Indien inspiriert. Sie hob hervor, dass das Modell des Demokratischen Konföderalismus Indien nicht fremd sei, sondern dem Leben der Gesellschaft, insbesondere der Landbevölkerung, entspreche und daher ein Ansatz sei, der wie in Kurdistan auch in Indien gelte. Bei allen alten in Europa und Nordamerika entwickelten Ideologien müsse sich die Frage stellen, inwiefern sie mit der Realität in den kolonialisierten Ländern zusammenpassen. Eine alternative Entwicklung zum Kapitalismus und zum Imperialismus betrachtet sie als dringend notwendig, denn Imperialismus und Demokratie seien unvereinbar. Sie kritisierte auch scharf die dekolonisierten Staaten wie Indien, die dem Bild der imperialistischen Mächte nacheiferten.

## Nicht Religion führt zum Krieg, sondern ihre Instrumentalisierung

Anknüpfend an die Debatte um Tradition und Gesellschaft bewertete nun Rojda Yıldırım einerseits den aktuellen Ausdruck von Religion als von der staatlichen und patriarchalen Gesellschaft geprägt und zur Unterdrückung der Frau genutzt, andererseits charakterisierte sie das Phänomen Religion als menschheitsgeschichtliche Notwendigkeit. Glaube stelle ein menschliches Bedürfnis dar, während die aktuelle Ausprägung von Religion ein Mittel zur Unterdrückung darstelle. Dennoch sollte weder Religion per se verurteilt noch als unfehlbar angesehen werden, denn beides fuße auf der Einstellung des Dogmatismus und diene nicht der Konfliktlösung. In allen vorstaatlichen Gesellschaften sei der Mensch als Teil der Natur gesehen worden und habe nicht als Mittel zur Kriegsführung gebraucht werden können. Im Kern der Frage führe nicht Religion zum Krieg, sondern ihre Instrumentalisierung. Schon das Gottkönigtum und das Gottesgnadentum wiesen auf die Vereinnahmung von Religion zur Rechtfertigung der Klassengesellschaft hin. Deutlichstes Beispiel für eine solche Instrumentalisierung sei der IS, der sich selbst als radikalste Form der Religion begreife, aber nur einen Ausdruck imperialistischer Interessen im Mittleren Osten darstelle.

## Was in Kobanê passiert, ist kein Wunder, sondern strategisches Projekt der letzten 40 Jahre

Nach der intensiven und inhaltlich vielfältigen ersten Sitzung »DIE KAPITALISTISCHE MODERNE SEZIEREN«, in der die Analyse von Patriarchat und Kapitalismus im Mittelpunkt gestanden hatte, folgte nun der zweite Block zum Projekt »DEMOKRATISCHE MODERNE«, die der kapitalistischen Moderne gegenübergestellt wird. Zunächst präsentierte die Ingenieurin, Journalistin, Frauenrechtsaktivistin und Sprecherin der Internationalen Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« Havin Güneser in einem tiefgreifenden Vortrag den Paradigmenwechsel der kurdischen Freiheitsbewegung und die Bedeutung des Projekts des Demokratischen Konföderalismus und der Demokratischen Autonomie.

Sie hob die dynamischen Veränderungen in der kurdischen Bewegung als Stärke hervor. Aufgrund der erfahrenen Assimilierungspolitik entwickelte die kurdische Freiheitsbewegung einen kritischen Standpunkt zu Abhängigkeitsverhältnissen zu anderen Ländern und Mächten. Dies galt auch im Verhältnis der PKK zu den staatssozialistischen Ländern. So suchten folgerichtig Öcalan und die PKK in den 1990er Jahren eine zunehmend kritische Auseinandersetzung mit etatistischen staatssozialistischen Modellen. Der Versuch einer politischen Lösung wurde von Europa ignoriert und endete in Öcalans Verschleppung in türkische Isolationshaft.

In der Haft kam Öcalan zu der Analyse, dass der Staat mit seiner Ideologie und seinen Machtmechanismen ersetzt werden müsse. Ein freies Leben könne nicht mit den Machtmitteln der Unterdrücker_innen erreicht werden. Insbesondere die ideologische Hegemonie des Systems müsse bekämpft werden. An der Wurzel der Staatlichkeit stehe das Patriarchat, das die Basis für den Kapitalismus bildet. Das Patriarchat stelle also einen der systemischen Grundwidersprüche dar. Vor diesem

Hintergrund ging Öcalan erneut auf die Suche nach alternativen Formen in der Geschichte. Er entwickelte angelehnt an Murray Bookchin den Begriff der demokratischen Zivilisation, deren Strukturen in Teilen im kollektiven Bewusstsein der Gesellschaft als Moral fortbestehen. Vor dem Hintergrund dieser Analyse muss die entstehende demokratische Zivilisation feministisch sein, jede Facette des Lebens muss auf einer demokratischen Grundlage neu geschaffen werden. Es wird ein eigenes Verständnis von Selbstverteidigung entworfen – das nicht auf der Institutionalisierung des Einsatzes von Gewalt beruht. Dazu gehört eine Veränderung des Bewusstseins, denn der Mensch weiß nicht mehr, wie die alltäglichen Angelegenheiten ohne den Staat organisiert werden können. Grundlegende Merkmale der Demokratischen Moderne müssen die Verbindung von Moral und Politik, eine ökologische Industrie, der Demokratische Konföderalismus und die Demokratische Autonomie sein. Die Demokratische Autonomie wird nicht beschränkt sein auf ein kleines lokales Gebiet. Alle Einheiten entscheiden, offen für verschiedene politische Formationen.

## Grundpfeiler des kapitalistischen Systems sind Barbarei und Unmenschlichkeit

Die HDP-Abgeordnete und DBP-Kovorsitzende Emine Ayna folgte mit einer scharfen Kritik der kapitalistischen Moderne. Insbesondere machte sie die Notwendigkeit deutlich, dem hegemonialen Diskurs des kapitalistischen Systems entgegenzutreten und dessen Begrifflichkeiten zu zerlegen. Wenn dies nicht geschehe, sei es unmöglich, ein freies Leben zu schaffen.

## Je mehr sich die Revolution durchsetzt, desto mehr gewinnt die Frau

Die Kovorsitzende der PYD, Asya Abdullah Osman, berichtete aus der Praxis der Demokratischen Autonomie in Rojava. Sie hob hervor, dass in Rojava ein Frauensystem aufgebaut wird und die Frauen eine führende Rolle in der Revolution spielen. Je mehr sich die Revolution durchsetze, desto mehr gewinne die Frau. Sie beschrieb Rojava als Bevölkerungsmosaik, und während in anderen Teilen des Mittleren Ostens und insbesondere Syriens die Menschen entlang identitärer Grenzen aufeinandergehetzt wurden, habe die Bevölkerung von Rojava durch ihr demokratisches Zusammenleben einen Bürger_innenkrieg verhindert. Vor diesem Hintergrund könne die Revolution von Rojava beispielhaft für ganz Syrien sein. Der Zentralstaat sei gescheitert, der Aufbau eines demokratischen Systems entlang der Bedürfnisse der Gesellschaft müsse im Mittelpunkt stehen.

## Wer sich selbst führen will, muss philosophieren; wer philosophieren will, muss sich mit der Wahrheit auseinandersetzen

Aus der Praxis kam der Block nun zur philosophischen Betrachtung der Demokratischen Autonomie. Der Philosoph Michael Panser referierte zur Entwicklung einer Philosophie der Befreiung. Dabei setzte er sich insbesondere mit einer Interpretation der Philosophie der kurdischen Freiheitsbewegung mit Mitteln Michel Foucaults auseinander. Dabei stellte er die Definition von Staatlichkeit als soziale Praxis als zentrale Überschneidung zwischen Öcalan und Foucault heraus: »Der Staat selbst existiert nur als Praxis, das heißt, durch Menschen, die gemäß seinen Prinzipien handeln. Was Öcalan aus dem zivilisatorischen Prozess und Foucault aus dem Verständnis von Subjektivierung, das heißt Selbstwerdung, ableitet, trifft sich an diesem Punkt, gewissermaßen jeweils von der Makro- und der Mikroebene her.« Daraus schließt er, dass zur Befreiung der Gesellschaft vom Staat an die Stelle einer »staatlichen Gouvernementalität eine wirkliche sozialistische Gouvernementalität« treten müsse. Die Transformation der Mentalität treffe sich mit den Selbstführungskonzepten der kurdischen Freiheitsbewegung und finde ihren Widerschein in der Praxis der Akademien in Rojava: »Was in Rojava sehr beeindruckend zu beobachten ist und was gut funktioniert, ist das Akademie-System. Jede gesellschaftliche Gruppe, organisiert sich entlang von Betroffenheit, Arbeitsbereich oder Identität, hat ihre eigene Akademie, in denen Erkenntnisphilosophie im Sinne der Philosophie Öcalans eine Rolle spielt. Dadurch erschafft sich eine Gesellschaft einen eigenen Bedeutungsrahmen jenseits staatlicher Beeinflussung.«

## Die Erfahrung der Kantone von Rojava bietet deutliches Beispiel für die Umsetzung des Demokratischen Konföderalismus

Es wurde schon mehrfach erwähnt, dass Öcalan sehr stark vom libertären Theoretiker Murray Bookchin beeinflusst wurde. Federico Venturini, Philosoph und Historiker, beschäftigte sich mit Bookchins Konzept einer Sozialökologie und der Demokratischen Autonomie im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis. Zunächst kritisierte er, dass Bookchin und andere Theoretiker_innen der Sozialökologie ihre Analyse vor allem auf den Bereich der USA und Europa konzentrierten, eine weltweite Betrachtung jedoch dringend notwendig sei. Die einzige direkt von Bookchin beeinflusste Bewegung sei die kurdische Freiheitsbewegung. Die Erfahrung der Kantone von Rojava biete ein deutliches Beispiel für die Umsetzung des Demokratischen Konföderalismus mit Autonomie der Community, Community-basierter Ökonomie und der Emanzipation der Frau. »Die Anpassung von Prinzipen der sozialen Ökologie

auf lokaler Ebene und an lokale Bedürfnisse ist der entscheidende Schlüssel zur Verbreitung dieser Idee. Dies können wir aus den Erfahrungen der Kurd_innen und der Zapatistas lernen, einem weiteren Beispiel autonomer Selbstverwaltung in der Praxis außerhalb des kapitalistischen Herrschaftsbereichs.«

### Das Commons-Konzept ist weltweit verbreitet und es geht dabei darum, eine Gesellschaft zu gestalten, die nicht der Marktlogik folgt

Nach diesem Tag der intensiven und auch vielfältigen Auseinandersetzung mit dem Hintergrund der kapitalistischen Moderne, dem Patriarchat und der Betrachtung der Alternative der Demokratischen Moderne folgte nun am Samstag der dritte Block »ÖKOLOGISCHE INDUSTRIE UND KOMMUNALE ÖKONOMIE«, eröffnet von Silke Helfrich, Mitbegründerin der Commons Strategies Group sowie des Commons-Instituts e.V., mit einem Beitrag zur Praxis der Commons. Aufgrund ihrer langen Arbeit in Mexiko berichtete sie, dass dort das Konzept der Gemeingüterökonomie keine Randerscheinung sei, sondern sich etwa 60 % des Landes, auch aufgrund der Schwäche des Staates, in Gemeinbesitz befänden. Das Commons-Konzept ist weltweit verbreitet und es geht dabei darum, eine Gesellschaft zu gestalten, die nicht der Marktlogik folgt. Sie kritisierte, dass am Vortag kaum eine Auseinandersetzung mit dem Begriff des Privateigentums stattgefunden habe, und in diesem Zusammenhang definierte sie Commons als das, »was niemand allein gehören kann«. Commons sind eine soziale Praxis, die jetzt und heute realisiert wird. Sie unterstrich, dass das Commons-Prinzip den Aufbau einer polyzentrischen Infrastruktur fördere, indem Energieversorgung, ökologische Industrie, aber auch Wissen dezentralisiert würden.

### Wir würden gern ohne Waffen und ökologisch leben, aber wir befinden uns im Krieg und müssen uns verteidigen, sonst werden wir vernichtet

In einer Liveschaltung zur Bağlar-Frauenkooperative (Bağlar Kadın Kooperatifi) in Amed (Diyarbakır) wurde direkt aus der Praxis des Aufbaus einer alternativen Ökonomie in Nordkurdistan berichtet. Insbesondere bauen die Frauen eine Reihe von Kommunen und Kooperativen auf, die mit ökologischen Mitteln landwirtschaftliche Produkte herstellen. Sie erklärten, dass sie ein ökonomisches Modell auf der Basis der Kommune, jenseits von Markt und Kapitalismus, errichten wollen. Gegen die kapitalistische Hegemonie seien alternative Theorien wie Öcalans Schriften notwendig. »Der Kapitalismus stellt sich so dar, als ob es nur nach kapitalistischen Methoden funktionieren könnte. Wir dagegen bauen Kurdistan auf. Wir haben erhebliche Erfolge, schlagen aber keinen Profit aus unserer Produktion.« Ab fünf Frauen könne eine Kooperative gebildet werden, achtzig Prozent des Einkommens gingen an die Frau-



Session 5 | Lehren aus alternativen Praktiken Foto: Mehmet Zahit Ekinci

en, zwanzig Prozent dienten dem Aufbau weiterer Kooperativen und eines alternativen Systems im Mittleren Osten. »Es geht dabei aber auch um die Stärkung der Position der Frauen. Es wurden Frauenräte gebildet und aus ihnen erwächst die Frauenökonomie.« Eine wichtige Quelle für Inspiration und Motivation stelle das Projekt von Rojava dar. »In Rojava wird ein neues Wirtschaftsmodell geschaffen und wir müssen uns selbst verteidigen. Wir würden gern ohne Waffen und ökologisch leben, aber wir befinden uns im Krieg und müssen uns verteidigen, sonst werden wir vernichtet. Der Krieg ist durch den Kapitalismus aufgezwungen.«

## Arbeit produziert nicht nur Dinge, sondern vor allem Menschen

Prof. David Graeber stellte zentral heraus, dass Arbeit nicht nur Dinge, sondern auch Menschen produziere. Er leitete diese Form der Produktion aus der Geschichte des Kapitalismus ab und ging von der frühneuzeitlichen Subsistenzwirtschaft aus. Zu dieser Zeit habe sich das Problem gestellt, wie die Menschen zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gebracht werden konnten. Dazu sei die Subsistenz durch Einhegung zerschlagen worden. Die Menschen seien als Industrieproletariat in die Städte geströmt, was dem Arbeitskräftemangel abgeholfen, jedoch zu einem legitimatorischen Problem geführt habe, da den Arbeitenden klar geworden sei, dass sie die eigentlich produktive Kraft sind und sich selbst organisieren können. Daraufhin habe sich der Diskurs um den genialen Industriellen entwickelt, der mit seinen Ideen große Werte schafft, die Arbeitenden seien dahinter verschwunden. Gleichzeitig sei eine Ideologie entwickelt worden, in der der Arbeit an sich ein Wert beigemessen wurde. So sei ein Mensch, der nicht arbeitete, als faul und als »Parasit« aus der Gesellschaft ausgeschlossen und eine Arbeitsdisziplin entwickelt worden. Der Kapitalismus werde durch uns jeden Tag erneut konstruiert. Bei jeder Revolution gehe es um eine moralische Transformation. Solche Transformationen fänden an Orten der Krise statt, wie im Arabischen Frühling, bei der Occupy-Bewegung, Griechenland, und nicht zuletzt werde in Rojava eine kollektive, kooperative Ökonomie aufgebaut.

## Wir arbeiten an der Kreation eines Netzwerks, wollen nicht nur Fehler des Systems ausgleichen, sondern ein neues politisches System

Penny Vounisiou von der Gruppe »Plattform für Autonomie, Autarkie und Gleichheit« und der Kreter Bewegung gegen industrielle erneuerbare Energiequellen berichtete als Aktivistin über den Aufbau von Commons, der vor allem nach der Krise in Griechenland großen Schwung bekommen habe. Insbesondere in besonders angegriffenen Sektoren hätten sich Gemeinschaften gebildet. Sie betonte, dass diese Commons allerdings keine Ergänzung zum Kapitalismus darstellen sollten, sondern Alternativen. Dazu seien keine Parteistrukturen, sondern neue Modelle der horizontalen Vernetzung nach den Prinzipien Gleichheit, Autarkie und Autonomie notwendig. Dies sei eine zentrale Aufgabe ihres Netzwerks. Es solle die Commons verwalten und auf eine vollständige Dezentralisierung der Macht auf der Basis direkter Demokratie hinwirken. Dezentralisierung sei wichtig, denn nur die jeweilige lokale Bevölkerung verstehe die lokalen Besonderheiten und Probleme. Um autonom zu sein, müsse eine Gesellschaft alle Institutionen ablehnen. Autonomie könne nur durch Autarkie bestehen, da das Prinzip des Kapitalismus sei, Menschen durch Abhängigkeiten zu versklaven. Daher könne es keine freien Inseln im Kapitalismus geben. Jede Region müsse sich auch als Selbstverteidigungsregion definieren.

## Demokratisierung der Gesellschaft schließt Demokratisierung der Ökonomie mit ein

Die Ökonomin und Aktivistin des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) im Bereich Wirtschaft Azize Aslan trat zur Frage des Aufbaus einer demokratischen Ökonomie in Kurdistan auf. Sie begann mit einer Kritik des historischen Materialismus als zu deterministisch und wies auf Öcalans Ansatz hin, in dem Sozialismus nicht die Vorbedingung für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft sei. Verstaatlichung stärke die Herrschaft und führe zum Bürokratismus, Sozialismus bedeute aber für Öcalan eine Demokratisierung der Gesellschaft und ein moralisches Leben. Die Demokratisierung der Gesellschaft schließe die Demokratisierung der Ökonomie mit ein. Eine demokratische Ökonomie sei eine kommunale Ökonomie, über welche die Gesellschaft entscheidet. Dies bedeute auch eine nichtentfremdete Produktion in Gemeinschaften. Dass die Frau aus der ökonomischen Sphäre verdrängt wurde, stelle nach Öcalan einen der tiefgreifendsten Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft dar und schaffe die Möglichkeit, die Frau als unbezahlte Arbeitskraft auszubeuten. Das Modell Rojava bilde einen wichtigen Riss im kapitalistischen System.

Nach einer angeregten Diskussion folgte Block vier »DIE STOLPERSTEINE REVOLUTIONÄRER THEORIE ÜBERWINDEN«, der sich mit Problemen revolutionärer Theorie auseinandersetzte. Zu Beginn kam eine Liveschaltung zu den Frauenverteidigungseinheiten YPJ in Kobanê zustande. Die Kämpferinnen wurden vom Publikum mit tosendem Applaus und Hochrufen willkommen geheißen. Auch sie berichteten vom Kampf um Kobanê und dem Kampf um die Befreiung der Frau.

Dann referierte der Journalist Ehmed Pelda über die Umsetzung einer ökologischen Ökonomie in Kurdistan.

## Selbstverteidigungsprinzip kann sich auf keinen Staat stützen und beinhaltet nicht nur militärische Selbstverteidigung, sondern ist ein viel umfassenderer Komplex

Die langjährige kurdische Aktivistin und ehemalige politische Gefangene Fidan Yıldırım begann mit einer Diskussion des Begriffs der Selbstverteidigung sowie der Gewalt. Sie definierte Selbstverteidigung als natürliches Prinzip, dem die durch die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse entstandenen zentralistischen Armeen gegenüberstehen, deren Zweck die Unterdrückung aufständischer Bevölkerungsgruppen ist. Sie kritisierte den Nationalstaat scharf und beschrieb Faschismus als drastischste Form des Nationalstaats. Gegen den Faschismus hätten die Menschen ihr Widerstandsrecht in Anspruch genommen. Das Prinzip der Selbstverteidigung könne sich auf keinen Staat stützen und beinhalte nicht nur militärische Selbstverteidigung, sondern sei ein viel umfassenderer Komplex. Im politischen Bereich könne sie Ausdruck des eigenen politischen Willens sein, Verteidigung der kommunalen Wirtschaftsform und der Kooperative gegen das kapitalistische System, Verteidigung der demokratischen Strukturen. Verteidigung könne also auch Bildung bedeuten, den Aufbau von Kommunen als Weg des unmittelbaren politischen Ausdrucks und auch den Aufbau autonomer Frauenstrukturen. Die Stärke des Prinzips der Selbstverteidigung zeige sich im Kampf gegen den IS.

## YPJ sind höchster Ausdruck des Kampfes der Frauen gegen das Patriarchat

Die ehemalige politische Gefangene, Philosophin und Aktivistin der kurdischen Freiheitsbewegung Sara Aktaş setzte sich mit dem Verhältnis des Klassen- und Geschlechterwiderspruchs auseinander. Sie beschrieb die historische Durchsetzung des Patriarchats. Durch die Entstehung des Staates sei das Patriarchat institutionalisiert und durch die Entwicklung der monotheistischen Religion die Frau vollkommen verdrängt worden. Die Entstehung des Patriarchats sei der Entstehung der Klassengesellschaft vorangegangen. Das Patriarchat erscheine in allen gesellschaftlichen Beziehungen und transformiere diese in Ausbeutungsverhältnisse. Aus diesem Grund sei eine autonome Organisierung der Frauen notwendig. Wie Öcalan sage, die Geschichte der Ausbeutung der Frauen und des Patriarchats sei bis heute noch nicht geschrieben worden und deshalb sei eine eigene Epistemologie notwendig, die Jineolojî.

## Krieg in Kurdistan hat für eine Region gesorgt, in der Staat und Kapitalismus daran gescheitert sind, sich zu reproduzieren

Die Soziologin Nazan Üstündağ schloss direkt an die Diskussion Sara Aktas‘ an und griff auf die Definition Öcalans der Frauen als der ältesten Kolonie zurück. Die Familie bilde die Keimzelle des Staates, in der Männer über Frauen herrschen und die Arbeit der Frauen ausgebeutet wird. Die Familie normalisiere den Begriff der Sklaverei durch ihren Umgang mit der Frau und der Benutzung der Frau als sexuell jederzeit ausbeutbares Objekt. Die sexuelle Ausbeutung werde durch den Diskurs der romantischen Liebe verschleiert und naturalisiere Unterdrückung. Nazan Üstündag erklärte, aus diesem Grund würden Mitglieder der Guerilla freiwillig auf Sexualität verzichten und am autonomen Aufbau anderer Werte arbeiten. Dies übe einen starken Einfluss auf die Gesellschaft aus, denn häufig lebten die Kämpfer_innen und ihre Werte in den Familien weiter, auch oder gerade weil sie sich nicht biologisch reproduzierten und sich damit auch der Kapitalismus nicht weiter durch die Familien reproduziere.

## Kurdische Frauenfreiheitsbewegung verbindet Feminismus mit radikaler Systemkritik

Die Politologin und Historikerin Dilar Dirik hob in ihrem Beitrag zum Verhältnis von Feminismus und kurdischer Freiheitsbewegung hervor, dass die kurdische Frauenfreiheitstheorie über den Feminismus hinausgehe, ohne ihn zurückzuweisen, da sie ihn mit einer radikalen Systemkritik und der gleichzeitigen Kommunalisierung des Kampfes verbinde. Dabei werde vor allem versucht, die gesellschaftliche Basis zu politisieren und das Männliche zu transformieren oder bildlich gesprochen zu »töten« und gleichzeitig die Weltordnung in Frage zu stellen. »In diesem Sinne, wenn wir die weltweite patriarchale, nationalstaatliche, militaristische, neokoloniale und kapitalistische Ordnung herausfordern wollen, dann sollten wir uns fragen, welche Art von Feminismus dieses System hinnehmen kann und welche nicht. (…) So ist deutlich geworden, dass die kurdische Freiheitsbewegung nicht eine Gefahr für die internationale Ordnung darstellt, weil irgendein möglicher neuer Staat entstehen könnte, sondern wegen ihrer radikalen Alternative zu diesem Modell, eines Lebens, das explizit auf dem Ende von 5 000 Jahren systematischer geistiger und körperlicher Sklaverei aufbaut.«

## Kobanê ist Symbol für die Verteidigung einer Idee

Während der Abend mit einem Konzert ausgeklungen war, begann der Sonntag mit einem Block zu »LEHREN AUS AL-

TERNATIVEN PRAKTIKEN«. Der Aktivist vom Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) Arno-Jermaine Laffin führte in seinem Vortrag zur Geschichte des Internationalismus aus, dass Kobanê das Symbol für die Verteidigung der Idee der Demokratischen Moderne geworden sei. Demokratische Moderne definierte er als Summe der Widerstände, in denen die kapitalistische Moderne zurückgedrängt wird, wo Risse im System entstehen. Internationalismus sei der Ausdruck des gemeinsamen Kampfes gegen dieses System. Er beschrieb Jugend als eine mentale Kategorie, die bedeute, sich nicht mit dem Ist zufriedenzugeben, das Neue zu suchen und das Alte zu zerstören.

### Vollständige nationale oder politische Befreiung und gesellschaftliche Emanzipation sind unmöglich ohne ökonomische Emanzipation, die wiederum unmöglich ist unter dem Joch des Imperialismus

Der Jurist Alex Mohubetswane Mashilo, Sprecher der an der dortigen Regierung beteiligten Kommunistischen Partei Südafrikas, erläuterte, dass der Sieg über das Apartheidsregime weder Ausbeutungsverhältnisse noch Klassenungleichheit in Südafrika beendet habe. Stattdessen sei ab 1990 viel internationales Kapital in Südafrika eingedrungen und eine korrupte Kompradorenbourgeoisie aufgestiegen. Er machte aufgrund dieser Erfahrung deutlich: »Vollständige nationale oder politische Befreiung und gesellschaftliche Emanzipation sind unmöglich ohne ökonomische Emanzipation, die wiederum unmöglich ist unter dem Joch des Imperialismus.«

### Wir haben versucht, Faktoren zu minimieren, welche die Menschen migrieren lassen

Mustefa Ebdi, Minister für Regionalregierungen und Stadtverwaltungen in Kobanê, berichtete zum Thema der Umsetzung des Demokratischen Konföderalismus in den verschiedenen Teilen Kurdistans zunächst über die Aufbauphase im Jahr 2011: »Kobanê hatte zu dem Zeitpunkt 450 000 Einwohner_innen. Es wurden 13 Kommissionen gewählt. Zentrales Moment war, die Bevölkerung am besten infrastrukturell zu versorgen. Wir haben Jugend- und Frauenkomitees gebildet und Akademien wurden gegründet. Dann haben wir eine 40%-Frauenquote in allen Gremien umgesetzt. Wir haben versucht, Faktoren zu minimieren, welche die Menschen migrieren lassen. Wir bauten Projekte für Landwirtschaft, Viehzucht auf, Nähkooperativen, Supermärkte, Verteidigungseinheiten und Sicherheitskräfte. Wir haben uns im Syrienkrieg weder an die Seite des Regimes noch an die Seite der Opposition gestellt, da diese ebenfalls vom panarabistischen Chauvinismus geprägt ist.«

### Auch Südkurdistan wirft die Probleme des Nationalstaats auf

Die Journalistin Necîbe Qeredaxi betonte insbesondere die durch den Nationalstaat verursachten Probleme im Mittleren Osten, den sie als eine Region voller Abhängigkeiten beschrieb, in der von den Mandatsmächten De-facto-Nationalstaaten gegründet worden waren, das Hegemonialsystem der Mandatsmächte aber bis heute fortbestehe. Auch Südkurdistan werfe die Probleme des Nationalstaats auf, es sei geprägt von Korruption, Klüngel und einem Alimentationssystem. Frauenrechte würden mit Füßen getreten (Suizid, Selbstverbrennung) und das Einkommen durch Erdölverkäufe bleibe im Alimentationssystem hängen.

### Demokratischer Konföderalismus kann insbesondere für Iran geeignetes Modell sein, denn dort leben sehr viele verschiedene Religionen und Kulturen gemeinsam

Einen Blick nach Ostkurdistan/Iran ermöglichte Şêrzad Kemanger (PJAK), dessen Bruder Farzad, ebenfalls Menschenrechtsaktivist, aufgrund seiner politischen Ansichten im Mai 2010 vom iranischen Staat erhängt wurde. Er stellte heraus, dass der Demokratische Konföderalismus insbesondere für den Iran ein Modell sein könne, denn dort lebten sehr viele verschiedene Religionen und Kulturen gemeinsam. Allerdings bestehe im Iran ein schiitisches Herrschaftsmodell – demgegenüber organisiere sich KODAR auf der Basis des Demokratischen Konföderalismus. Auch hier werde auf ein nichtstaatliches Rätesystem abgezielt.

### Wir leisten Widerstand gegen staatliches System

Die DTK-Kovorsitzende, HDP-Abgeordnete und ehemalige politische Gefangene Selma Irmak tauchte in ihrem Vortrag nochmals in die Geschichte der Unterdrückungsverhältnisse ein und beschrieb die 5 000-jährige Geschichte des Staates als Geschichte des Patriarchats und der Enteignung der Gesellschaft. Dieser werde die gesellschaftliche Produktion entzogen und gegen Profit verkauft. Dagegen müssten eigene Strukturen jenseits des Systems aufgebaut und der Staat so systematisch verdrängt werden. Der Kongress für eine Demokratische Gesellschaft stelle eine solche Struktur dar; 501 Delegierte, Frauenquoten, Minderheitenquoten und ein konsequentes Rätesystem. Die Räte würden von unten nach oben gewählt. Die Perspektive für die Region Kurdistan sei ein Kurdistan bestehend aus verschiedenen Regionen, das durch einen Rat der Demokratischen Autonomie verwaltet wird.

## Es ist keine zukünftige Revolution, kein Postkapitalismus, den wir aufbauen, es geht um eine Gegenposition und ein Überwinden des Kapitalismus im Hier und Jetzt

Prof. John Holloway, Kenner sozialer Bewegungen, insbesondere der Zapatistas, politischer Theoretiker und Aktivist, legte vor allem Wert auf die Gemeinsamkeit und die kollektive Teilnahme an den Kämpfen gegen den Kapitalismus weltweit. Den Umbruchprozess, den wir jetzt erlebten, bezeichnete er als den Vierten Weltkrieg. Das Kapital stoße durch die Zerstörungen, die es hinterlässt, immer mehr an seine Grenzen und produziere keine Krisen, sondern sei selbst die Krise. Gerade auch die Erfahrung in Mexiko mit dem Massaker von Ayotzinapa, bei dem 43 Studierende verschleppt und ermordet wurden, rechtfertige den Begriff des Krieges, denn dieses Massaker sei kein Einzelfall, sondern Teil einer Welle von Grausamkeiten, welche die Welt überzögen. »Ayotzinapa, Guantánamo, die Hunderte von Migrant_innen, die im Mittelmeer ertrinken, der Schaden, den die Austeritätspolitik für das Leben in Europa und insbesondere in Griechenland anrichtet, die Kriege im Mittleren Osten und so weiter … All dies sind die Symbole der gewalttätigen Obszönität einer Welt, die vom Geld beherrscht wird. Der Vierte Weltkrieg ist kein symmetrischer Krieg und auch kein bewusst gesteuerter Angriff, sondern er ist der logische und kohärente Angriff des Geldes auf die Menschheit.«

Während das Kapital seine Krisen durch Gewalt und Täuschung zu lösen versuche, seien wir die Krise des Kapitals. Doch was wäre zu tun möglich; der Weg, die Macht im Staat zu erobern und eine andere Politik umzusetzen, scheitere an der Macht des Geldes. Es sei nur sehr beschränkt, was eine linke Regierung mit guten Intentionen wie SYRIZA gegenüber dem IWF erreichen kann. Der andere Weg ziele nicht auf den Staat, sondern auf die existierende soziale Formierung. Dieser Weg impliziere die Umsetzung einer neuen sozialen Praxis im Hier und Jetzt. »Die Welt, die wir schaffen wollen, ist eine Welt der Selbstbestimmung, wir organisieren uns mit Hilfe von Versammlungen und versuchen, andere Wege zu finden, unseren kollektiven Willen auszudrücken; das ist möglich, weil es hier schon eine Tradition der Selbstbestimmung in den Communities gibt.« Das bedeute aber auch, dass die Lösung der eigenen Probleme nicht an andere delegiert werden kann, weder an die kurdische noch an die zapatistische Bewegung. Es müsse darum gehen, im Hier und Jetzt eine andere Welt zu schaffen. Holloway beschrieb, dass zahlreiche Prinzipien der Zapatistas und der PKK sich ähnelten: dieselbe Betonung kollektiver Selbstbestimmung, die Anerkennung der zentralen Rolle der Frau und das gleiche Bestehen auf dem Respekt gegenüber anderen Lebensformen und der Umwelt.

## Wir müssen anerkennen, dass selbst die Dörfer und städtischen Nachbarschaften konföderale Strukturen benötigen

Der Berater des bolivianischen Handelsministeriums Andrés Pierantoni Giua betonte den Aufbau und die Stärkung kommunaler Ökonomie in Bolivien und setzte sich intensiv mit den Ideen Öcalans auseinander. Auch er pflichtete dem Konzept des Aufbaus eines Konföderalismus bei: »Dieser Prozess wird den sozialen Zusammenhang beeinflussen und steht dem Kampf der Nationalstaaten um Homogenität gegenüber. Der Kampf um nationalstaatliche Homogenität kann nur durch Gewalt umgesetzt werden und führt zu einem Verlust an Freiheit. Ich habe schon erwähnt, dass die lokale Ebene der Ort ist, an dem Entscheidungen getroffen werden. Dennoch muss das Denken, das zu diesen Entscheidungen führt, in Beziehung zu den globalen Problemen stehen. Wir müssen anerkennen, dass selbst die Dörfer und städtischen Nachbarschaften konföderale Strukturen benötigen.«

Die libertäre Theoretikerin und Aktivistin Janet Biehl verglich in ihrem Vortrag das Modell Rojava mit dem Modell der Rätebewegung in Vermont.

## Fazit

Die Tagung spiegelte den Erfolg der kurdischen Freiheitsbewegung und damit auch der von dieser geschaffenen universalen Werte wider. Während die erste Konferenz 2012 eher von einem Fachpublikum besucht worden war, war das Interesse heuer bis weit in verschiedenste Teile emanzipatorischer Bewegungen spürbar. Die Redner_innen brachten ihre unterschiedlichen oft kontroversen Ansichten zur kapitalistischen Moderne und dem Aufbau einer demokratischen Moderne zum Ausdruck und das, was alle einte, waren ein solidarischer Umgang miteinander und der gegenseitige Bezug aufeinander. Das ist vielleicht auch etwas, was die konföderalen Werte der kurdischen Bewegung auf die eine oder andere Art und Weise beeinflusst haben – Dissens zuzulassen und gemeinsam neue Ziele und neue Ansätze zu diskutieren. Kritisch wäre zu hinterfragen, ob sich eine Veranstaltung in Form einer vor allem frontalen Vortragsweise dazu eignet, in gemeinsame Diskussionen zu treten. Andererseits wäre die Simultanübersetzung in sechs Sprachen anders nicht möglich gewesen und die vielen Eindrücke von der Konferenz regen zur Praxis an. ♦

Eirik Eigland auf der Konferenz »Die Kapitalistische Moderne herausfordern II«

# Rojava ist eine kommunalistische und soziale Revolution

Fehmi Katar und Luqman Guldivê

**Wir trafen den Autoren und Aktivisten der sozialen Ökologiebewegung Eirik Eigland auf der Konferenz »Die Kapitalistische Moderne herausfordern II« in Hamburg und sprachen mit ihm über seine Erlebnisse in Rojava und seine Gedanken zu den Perspektiven Abdullah Öcalans.**



Luqman Guldivê, Fehmi Katar und Eirik Eiglad Foto: YÖP

**Es gibt eine Frage, die sicherlich oft gestellt wird: Die Menschen in Europa haben einen relativ hohen Lebensstandard und sie leben in relativer Sicherheit. Welchen Grund gibt es da, Widerstand zu leisten?**

Es gibt ökologische und soziale Gründe. Es stimmt, materiell geht es uns in Europa besser als den meisten Menschen auf den anderen Kontinenten der Welt. Wir verfügen über ein Gesundheitssystem und ein Sicherheitssystem, durch die wir uns halbwegs sicher fühlen können. Vor allem in Norwegen, wo ich herkomme, sehen wir, dass dieses System wunderbar funktioniert. Aber ich glaube, dass innerhalb dieses Systems nicht die Möglichkeit besteht, als Gesellschaft zusammenzukommen. Die Gesellschaft hat es verlernt, als solche zusammenzukommen und gemeinsame Entscheidungen für sich selbst zu treffen.

Die Ökologie ist einer der Gründe, warum wir Widerstand leisten müssen. Egal wie »gut« unser Sicherheitssystem ist, irgendwann wird es gegen die Wand fahren. Wir können zwar unsere materiellen Reichtümer konsumieren, wie wir mögen, aber auch das wird unsere Zukunft nicht retten. Das ist keine nachhaltige Gesellschaftsform. Der Widerstand im Westen ist meiner Meinung nach kein ökonomischer Widerstand. Das darf er auch nicht sein. Er sollte ethisch sein, quasi eine moralische Verpflichtung.

**Und wie bewertest Du Rojava aus einer sozialökologischen und kommunalistischen Perspektive?**

Wenn ich ehrlich bin, hatte ich vor meiner Reise nach Rojava ein wenig Angst, die Realität mit meinen eigenen Augen zu sehen. Bevor ich nach Rojava gereist bin, hatte ich Angst davor, desillusioniert zurückzukehren. Ich kannte die Perspektiven Öcalans, seine freiheitlich-linken Ideen und die Schnittmengen zwischen der sozialen Ökologie und dem Demokratischen Konföderalismus. Aber was, wenn ich in Rojava nur eine klassische antiimperialistische, maoistische Revolution vorgefunden hätte, die sich lediglich rhetorisch des Demokratiebegriffs angenommen hatte? Eine andere Befürchtung war, dass ich infolge des BürgerInnenkriegs eine anarchistische Revolution in Rojava vorfinden würde, in der vielleicht einige Räte und Kooperativen hätten aufgebaut werden können, das Ganze jedoch über kein System verfügte.

Aber ich wurde vor Ort gleich dreifach überzeugt: Erstens wurde mir klar, dass die Rojava-Revolution eine soziale Revolution ist. Ihr Ziel ist es, alle Hierarchien außer Kraft zu setzen. Menschen aus allen Bereichen des Lebens, von Leuten mit Leitungsfunktionen, über Arbeiter und Arbeiterinnen in den Kooperativen bis hin zu den militärisch Verantwortlichen in der Stadt Serê Kaniyê (Ras al-Ayn), haben uns dieses Gefühl gegeben und diese Perspektive mit uns geteilt. Sie waren alle voller Selbstvertrauen und gewillt, tiefgreifende soziale Veränderungen zu realisieren. Das haben wir sehr deutlich zu spüren bekommen.

Zweitens wurde ich davon überzeugt, dass die Revolution in Rojava in jedem Fall eine kommunalistische Revolution ist. Die Menschen haben dort ihre kommunalen Strukturen aufgebaut, mit denen sie kommunale Politik betreiben. Natürlich würden meine Vorschläge für eine kommunalistische Politik in Norwegen oder Deutschland andere sein als jene, die in Rojava praktiziert werden. Aber in Rojava sind andere Gegebenheiten als Grundlage vorhanden. Das System in Rojava basiert stärker auf Rätestrukturen und gesellschaftlichen Gruppen. Sie haben ein demokratisches System entwickelt, das möglichst breite Kreise einzubinden versucht. Es ist vielleicht nicht das Paradebeispiel eines kommunalistischen Systems, es basiert aber ohne Zweifel auf den Grundprinzipien des Kommunalismus.

Drittens bin ich restlos davon überzeugt, dass die Revolution in Rojava eine Frauenrevolution ist. Besonders dieser Punkt machte mich neugierig. Ich wollte unbedingt mehr darüber erfahren. Im Westen herrscht das Bild des grausamen Umgangs mit Frauen im Mittleren Osten vor. Doch in Rojava gab es einen großen Respekt, eine Bewunderung für die Frauen. Die Gesellschaft dort ist von der Vorreiterrolle der Frauen überzeugt. Das merkte man in der sozialen Bewegung, in den Parteien, in der Politik und auch im militärischen Bereich.

Zusammengefasst hat mir meine Reise nach Rojava gezeigt, dass die dortige Revolution eine soziale Revolution ist, dass sie auf kommunalistischen Prinzipien beruht und dass die Frauen die Vorreiterinnen dieser Revolution sind.

**Hattet Ihr auch die Möglichkeit, in Rojava das System in Funktion zu erleben? Wart Ihr beispielsweise auf einer Ratssitzung?**

Ja, tatsächlich hatten wir diese Gelegenheit. Wir durften bei einer Sitzung des Stadtteilrats und einer Sitzung eines Frauenrats dabei sein. Die TeilnehmerInnenzahlen bei den Ratssitzungen waren allzu groß. Bei der Sitzung des Stadtteilrats habe ich zunächst 30 TeilnehmerInnen gezählt, später wuchs diese Zahl auf 50 an. Etwa ein Drittel der TeilnehmerInnen waren Frauen. So wie ich das gesehen habe, konnte jede/r aufstehen und ihre/seine Meinung frei zum Ausdruck bringen. Also, ich glaube, die Menschen aus Rojava sitzen auf dem richtigen Zug.

Ich konnte natürlich die Inhalte der Sitzung nicht komplett mitverfolgen. Aber was mich sehr gefreut hat, war, dass die Diskussionen sich wohl nicht auf einer abstrakt-theoretischen Ebene abspielten. Sie diskutierten darüber, wie sie ihr Leben besser regeln können. Diese Räte können sich durchaus noch weiterentwickeln und größer werden. Es ist zu merken, welches große Potential in diesem System schlummert. In meinem nächsten Buch will ich mich mit dem Kommunalismus der KurdInnen beschäftigen und mich mit der Beziehung der kurdischen Freiheitsbewegung zur sozialen Ökologie auseinandersetzen.

**Du warst der Verleger von Murray Bookchins Werken. Welche Parallelen siehst du zwischen den Ansichten von Bookchin und Öcalan?**

Ich finde Fragen wie diese ein wenig gefährlich. Denn nach Kobanê (Ain al-Arab) haben verschiedenste Kreise damit angefangen, sich über das Rojava-Modell eine Selbstbestätigung verschaffen zu wollen. Alle möglichen Gruppen fingen auf einmal an zu sagen: »Das ist genau das System, das wir auch die ganze Zeit verteidigt haben.« Das liegt natürlich auch daran, dass das Rojava-Modell die Kraft hat, viele linke Kreise zu inspirieren. Das habe ich auch bei meiner Reise gespürt.

Ich habe dort natürlich viele Leute über die Ideen Öcalans sprechen hören. Ich habe aber auch Menschen über die Ideen Bookchins reden gehört. Sicherlich hat Bookchin Öcalan beeinflusst, aber wir müssen auch sehen, dass Öcalan einigen von Bookchins Ansichten zustimmt, andere hingegen ablehnt. Das Projekt Öcalans ist ein eigenständiges Projekt und ich denke, dass Öcalan die Fähigkeit hat, sich unabhängig Gedanken zu machen und eigene Ideen zu entwickeln.

Eine Sache ist mir noch aufgefallen, das möchte ich auch zum Ausdruck bringen. Wenn wir mit Frauen aus den YPJ (Frauenverteidigungseinheiten) oder den Frauen in den Asayîş-Einheiten (Sicherheitskräfte) gesprochen haben, haben sie sehr selbstbewusst mit uns geredet. Sie gerieten nicht ins Stottern oder mussten sich von jemand anderem bestätigen lassen, wenn sie was zu sagen hatten. Dass diese Frauen so frei mit uns sprechen können, das sind Einflüsse der Ideen Öcalans. Das Aufbrechen der Hierarchien und des Patriarchats ist von herausragender Bedeutung für die Frauenbewegung dort. Es ist ohne Zweifel vor allem Öcalans Rolle, die das möglich macht.

Der Einfluss Bookchins auf Öcalan hängt meiner Meinung nach sowohl mit seiner Festnahme und Verurteilung als auch mit dem Guerillakampf zusammen. Bei diesem Kampf haben sehr viele Menschen ihr Leben verloren. Öcalan könnte im Gefängnis zu der Erkenntnis gelangt sein: Wir müssen für die Organisierung einer wirklichen Autonomie einen Weg finden.

Er hat versucht, einen neuen Weg zu finden. Und was er womöglich an Bookchin anziehend fand, ist, dass der die klassischen dogmatischen Ansätze aus der Linken wie den »Klassenkampf« oder die »Diktatur des Proletariats« überwunden hatte. Ich finde es nicht wirklich überraschend, dass Öcalan angefangen hat, sich mit Bookchin auseinanderzusetzen.

**Bei der aktuellen Konferenz in Hamburg hast Du gesagt, dass Dir die KurdInnen 2012 etwas vorsichtiger vorkamen, heute aber hoffnungsvoller erscheinen. Was hast Du damit gemeint?**

Ich war auch bei der ersten Konferenz dabei und habe damals über die kommunalistische Alternative und die kapitalistische Moderne gesprochen. In meinen Gesprächen auf und neben den beiden Konferenzen habe ich von der letzten zur aktuellen Konferenz einen wichtigen Unterschied gespürt. Beim letzten Mal erschienen mir die Menschen, so wie das oft üblich ist in der Linken, etwas vorsichtig und zurückhaltend. Fast so, als ob sie an keine wirkliche Alternative glauben, aber trotzdem ihren Kampf weiterführen wollen oder müssen. Aber dieses Mal habe ich gemerkt, dass diese Zurückhaltung einem neuem Selbstbewusstsein gewichen ist, das daran glaubt, dass diese Bewegung die Fähigkeit hat, die Gesellschaft zu verändern. ♦



Zu Beginn der Session 4 »Die Stolpersteine revolutionärer Theorie überwinden« kam eine Liveschaltung zu den Frauenverteidigungseinheiten YPJ in Kobanê zustande. Die Kämpferinnen wurden vom Publikum mit tosendem Applaus und Hochrufen willkommen geheißen. Die zugeschalteten Frauen der YPJ berichteten vom Kampf um Kobanê und dem Kampf um die Befreiung der Frau. Foto: Mehmet Zahit Ekinci

Über den Aufbau einer kommunalen Ökonomie in Kurdistan

# Gemeinschaftseigentum und Gemeinschaftlichkeit

Interview mit Azize Aslan

**Azize Aslan promoviert in Istanbul zum Thema »Wirtschaftspolitik der Demokratischen Autonomie« und ist Aktivistin beim Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) im Bereich Wirtschaft. Auf der zweiten Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern« im April 2015 in Hamburg referierte sie über den Aufbau einer kommunalen Ökonomie in Kurdistan. In diesem Zusammenhang sprach Ellen Jaedicke mit ihr für den Kurdistan Report.**

**Du hast heute auf der Konferenz über den Aufbau einer kommunalen Ökonomie in Kurdistan gesprochen. Die Frage eines demokratischen Wirtschaftssystems bildete in vielen Revolutionen einen nicht unwesentlichen Knackpunkt. Welche Ideen hat Abdullah Öcalan diesbezüglich entwickelt und welche Gemeinsamkeiten und Widersprüche siehst Du zwischen seinen Thesen und denen von Marx, Wallerstein und Braudel?**

Mein heutiger Vortrag hieß im Titel »Existiert eine Wechselwirkung zwischen Braudel, Wallerstein, Marx und Öcalan?«. Hierbei habe ich Öcalans Thesen betrachtet und versucht herauszufinden, an welchen Punkten Öcalan widerspricht oder aber sich von ihnen auch hat inspirieren lassen. Eigentlich begegnen wir dem Gedanken der kommunalen Ökonomie weder bei Marx noch bei Braudel oder Wallerstein. Wir können sagen, dass es in Ansätzen bei Marx Ideen dazu gibt in Bezug auf den Kommunismus. Aber bei Braudel und Wallerstein begegnen wir der Frage nach dem Aufbau einer kommunalen Ökonomie im Prinzip nicht, weil Braudel ein Historiker ist und Wallerstein ein den Kapitalismus analysierender Soziologe und Ökonom. Öcalans Ausgangspunkt ist da ein anderer, der wird durch seine Rolle als Vorsitzender einer Befreiungsbewegung bestimmt. Er hat ein Ziel und ein Problem, welches er lösen will. Dieses Ziel ist, Kurdistan und die Völker Kurdistans zu befreien und ein freies Leben zu ermöglichen. Um das zu erreichen, ist er bestrebt, eine Theorie und ein Paradigma zu entwickeln, und hat sich dafür mit sehr vielen Theorien auseinandergesetzt, insbesondere mit den Schriften von Marx, Braudel und Wallerstein zum Thema Ökonomie.

Inspiriert durch deren Schriften hat er versucht, eine eigene Theorie zu formulieren. Öcalan lehnt die kapitalistische Moderne ab und setzt ihr die demokratische Moderne entgegen. Um in seiner Kritik und seiner Vision einer befreiten Gesellschaft weiterzukommen, beschäftigt er sich sehr intensiv mit unterschiedlichsten ÖkonomInnen, ProfessorInnen und AktivistInnen.

In meinem Vortrag habe ich versucht, Parallelen und Widersprüche zwischen Öcalan und den drei genannten Theoretikern herauszufinden. Zum Beispiel lehnt Öcalan die Arbeitswerttheorie von Marx ab, diese Theorie beginnt im Grunde nicht mit Marx, vor ihm haben sie bereits andere PolitökonomInnen formuliert, aber mit dem Marxismus setzt sich diese Theorie in der Weltliteratur durch. Um diese Theorie herum wurden viele weitere kritische Kapitalismusanalysen entwickelt.

Dagegen stimmt Öcalan Braudels Annahme zu, der Kapitalismus habe den natürlichen Markt, den es in Urgesellschaften gab, zerstört. Diese Gesellschaften betrieben Tauschwirtschaft. David Graeber und andere sagen hingegen, dass es zu keiner Zeit eine ernsthafte Tauschwirtschaft gegeben habe. Sie sprechen von einer Schenkökonomie, als zentrale Wirtschaftsform in der Vergangenheit. Braudel beschreibt den Kapitalismus als einen Feind von Tauschwirtschaft. Öcalans Thesen sind da sehr viel weitreichender. Seiner Meinung nach richte sich Kapitalismus nicht nur gegen die Tauschwirtschaft, sondern gegen die Wirtschaft im Ganzen, denn er begreift Wirtschaft nicht nur bezogen auf den Markt, sondern auf die Gesellschaft. Die Gesellschaft erschaffe sich durch das Wirtschaften und stelle sich immer wieder von Neuem her.

Öcalan inspirierten Wallersteins Analysen über den globalen Kapitalismus. Nach Wallerstein existiert nicht nur die

Geschichte von Klassenkämpfen im Gegensatz zu Marx und Engels, die im Kommunistischen Manifest schreiben »Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen«. Sondern es existiert zugleich auch eine Geschichte von sozialen Kämpfen. Diese sozialen Kämpfe sind wichtig, um eine Umwälzung im Gesamten herbeizuführen. Auch Öcalan beschreibt die Parallelität von Kämpfen wie z. B. den Widerstand der Jugend, der Frauen, der Natur. Die tatsächlichen Ziele dieser Kämpfe seien die demokratische Moderne und deren ökonomisches Modell, das Kommunale.

**Wie verhält es sich zwischen all diesen Theorien hinsichtlich Haupt- und Nebenwidersprüchen?**

Öcalan sagt, die Geschichte der Gesellschaften ist die von sozialen Kämpfen. Er negiert Klassenkämpfe nicht. Es gibt Klassen in der Gesellschaft und diese kämpfen auch gegeneinander. Das heißt, sie sind ein Teil aller Kämpfe. Wenn wir uns die Geschichte der Gesellschaften Kurdistans ansehen, sehen wir, dass es dort einen Kampf von Frauen gibt für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit. Ein weiterer wichtiger Kampf, welcher in den letzten Jahren sehr intensiv diskutiert wird, ist der Kampf um die Natur. In der Vergangenheit ging es um Umweltschutz. Heute reicht dies nicht mehr aus. Uns muss bewusst werden, dass der Planet, auf dem wir leben, genauso wertvoll ist wie wir Menschen, er selber lebt und ein Lebewesen ist. Wenn wir mit der endlosen Produktion von *[materiellen]* Gütern weitermachen, die der Kapitalismus mit sich bringt, erkennen wir der Natur in Wirklichkeit das Existenzrecht ab. Wir nehmen der Natur so die Kraft, sich selbst zu erneuern. Auf der Erde gibt es z. B. einen immensen Verbrauch von Kunststoffen. Die verbrauchten Kunststoffe schmeißen wir wahllos in die Umwelt. Es ist so, dass wir die Natur verschmutzen können. Dies wurde hunderttausende Jahre so praktiziert, auch um lebensfähig zu bleiben. Heute aber ist die Verschmutzung so schlimm geworden, dass sich die Natur nicht mehr erneuern kann, und das ist das eigentliche Problem.

Aus diesem Dilemma heraus betont Öcalan, dass die Natur einen eigenen Kampf führt und ein eigenständiger Organismus ist. Der Kampf der Natur ist nicht auf den Umweltschutz reduzierbar, sondern bedeutet auch den Kampf mit der Natur, um im Einklang mit ihr leben zu können.

**Welche Rolle spielen die Frauen im Aufbau der demokratischen Ökonomie?**

Ihre Rolle im Aufbau der demokratischen Ökonomie ist zentral. Die demokratische Ökonomie, oder wie wir auch sagen, die kommunale Ökonomie, ist zum einen wie gesagt eine Art und Weise, mit der Natur im Einklang zu leben. Wenn wir wissen wollen, wer ein Leben im Einklang mit der Natur aufbaut, führt uns Öcalan in die Geschichte und sagt, die Frauen haben tausende von Jahren die Natur beschützt und ein Leben im Einklang mit ihr erschaffen. Und aus dem folgt, wenn wir wieder ein Leben im Einklang mit der Natur leben wollen und die Ökonomie dieses Lebens die kommunale Ökonomie sein soll, dann wird die Frau ein solches Leben schaffen.

**Und wie errichtet sie eine kommunale Ökonomie?**

Wenn wir uns das heutige Wirtschaftssystem ansehen, dann sieht es so aus, als ob die Frauen nicht vorhanden wären. Es ist wesentliches Merkmal des Kapitalismus, Frauen unsichtbar zu machen. Frauen erbringen einen wesentlichen Teil der Wirtschaftsleistung. Meiner Meinung nach basiert sie zu 90 Prozent auf den Leistungen der Frauen.

Alle Arbeiten der Frauen im Haushalt und in der Familie macht sie mit einem kommunalen Verständnis. Sie produziert nur so viel, wie gerade benötigt wird. Wenn wir dies auf alle gesellschaftlichen Ebenen übertragen, kommen wir zu dem Ergebnis, dass das Verständnis der kommunalen Ökonomie das der Frau ist und sie uns an diese Art und Weise des Wirtschaftens heranführen kann. Also wird die Frau das eigentliche Gründungssubjekt unserer Wirtschaftsform sein. In Rojava gibt es in diesem Bereich große Fortschritte. Im Norden Kurdistans sind wir kleine Schritte in diese Richtung gegangen, und alle Schritte, die gegangen wurden, wurden von Frauen gemacht.

**Du hast in Deinem Vortrag zwei wesentliche Fragen aufgeworfen. Die eine Frage war, wie können die Autonomen Regionen in Rojava vor dem Kapitalismus geschützt werden?**

Das ist ein sehr wichtiges Thema, es ist auch ein Thema, über das ich mir sehr viele Gedanken gemacht habe. Die ganze Welt schaut mit Bewunderung nach Rojava und verfolgt den Prozess der Selbstbestimmung, also die Errichtung der Demokratischen Autonomie. Diese baut sich in Kommunen und Kooperativen auf, auf Grundlage eines kommunalen Verständnisses. Selbst ich aus dem Norden Kurdistans verfolge es mit Bewunderung.

Aber Rojava ist sehr ernsthaften militärischen Angriffen ausgesetzt von Jihadisten und anderweitig staatlich organisierten Gruppen, die sich in den angrenzenden Gebieten befinden. Sollten diese Angriffe einmal aufhören, werden andere Angriffe von anderen Systemen aus auf Rojava laufen. Über die Angriffe

auf Kobanê haben wir gesagt, dass zwei Systeme gegeneinander kämpfen. Also, es ist ein Krieg gegen den Kapitalismus und die kapitalistische Moderne. Ein enormer Druck lastet auf Rojava.

**Wie werden wir in diesem Falle Rojava stärken?**

Rojava stellt einen riesigen Riss dar, der dem bestehenden System zugefügt wurde. Wir müssen jetzt diesen Riss weiter vergrößern. Je größer wir ihn machen, desto stärker wird die Region auch werden.

Rojava ist umgeben von den anderen Teilen Kurdistans und der größte Teil Kurdistans ist der Norden. Der Norden Kurdistans und Rojava entwickeln sich auf der Basis desselben Paradigmas, des Paradigmas Abdullah Öcalans. Aus diesem Grund muss eine »Luftröhre« vom Norden nach Rojava errichtet werden.

**Wie soll das gehen?**

Im Norden stellen wir in vielen Kommunen den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin. Wir leiten die Verwaltung, im Grunde stellen wir dort eine Kraft dar. Und mit dieser Kraft müssen wir Rojava stärken. Dies werden wir nicht schaffen, indem wir Geld oder Waren nach Rojava bringen oder helfen, sondern nur, indem wir das soziale und gesellschaftliche Leben von Rojava und im Norden miteinander verbinden.

**Und wie könnten wir das schaffen?**

Das ist eine der Fragen, die ich mir schon sehr oft gestellt habe. Zum Beispiel, indem wir einen gemeinsamen Wirtschaftsraum bilden. Produkte, die im Norden gebraucht werden, könnten in Rojava gefertigt werden und umgekehrt. Dies könnten wir alles schaffen ohne ein Finanzsystem. Wir müssen es kommunal regeln. Aber es kommt mir so vor, als müssen wir dies erst einmal auf seinen Ursprung zurückführen und in unseren Gedanken bewerkstelligen.

**Die Entstehung von Privateigentum hat in der Herausbildung von Herrschaftsverhältnissen eine wesentliche Rolle gespielt. Wie geht die kurdische Bewegung mit der Frage des Privateigentums um, gerade auch in Rojava?**

Im Marxismus heißt es, dass Privateigentum und Produktionsmittel verstaatlicht werden sollen. Somit gäbe es kein Privateigentum und auch keine Ungleichheit mehr. Aber die Ungleichheit wird hierdurch nicht aufgehoben, sondern lediglich verschoben. Das heißt, so können wir die Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung aufheben, aber wie schaffen wir es, die Ungleichheit zwischen dem Staat und der Bevölkerung zu überwinden?

Im Paradigma der Demokratischen Autonomie gibt es so etwas wie öffentliches Eigentum nicht. Ich kann nicht sagen, dass Öcalan sich sehr tiefgründig mit Eigentumsverhältnissen auseinandergesetzt hat. Aber er sagt, unser Modell der Eigentumsverhältnisse ist das des flexiblen Eigentums. Das setzt sich größtenteils aus Gemeinschaftseigentum zusammen, aber auch Privateigentum und Eigentum, welches die Gemeinschaften zur Selbstverwaltung benötigen. Aber Grundlage ist das Gemeinschaftseigentum. Darunter verstehen wir, was Silke Helfrich in ihrem Vortrag zu commons beschrieben hat: Es braucht Eigentum, das uns allen gehört und gleichzeitig niemandem. Von solcher Art Eigentumsverhältnisse sprechen wir.

In Kurdistan gibt es solcherlei Eigentumsverhältnisse. In Rojava z. B. gibt es Formen des Gemeinschaftseigentums. Nach der Ausrufung der Kantonsverwaltungen wurde zusammen mit den Kommunen in bestimmten Bereichen Gemeinschaftseigentum geschaffen. Alle Maschinen, die in der Landwirtschaft zum Einsatz kommen, die Produktionsmittel zur Erzeugung von Strom und Trinkwasser, das sind Bereiche, in denen es Gemeinschaftseigentum gibt. Aber Gemeinschaftseigentum besteht nicht nur aus materiellen Dingen. Wir haben die letzten drei Tage Gemeinschaftlichkeit erlebt. Wir haben versucht, es zu verstehen, zu erweitern, zu lesen und zu verbreiten. Wir dürfen Eigentum nicht, wie es der Marxismus tut, nur als Produktionsmittel oder Grundbesitz begreifen. Viel eher sollten wir unter Eigentum all das verstehen, was wir produzieren, verbrauchen und auch für unser Überleben brauchen. Aus diesem Grund ist ein grundlegendes Element der demokratischen Moderne das Gemeinschaftseigentum.

**Gibt es etwas, was Du noch hinzufügen möchtest?**

Ich denke, dass das Thema der kommunalen Ökonomie noch viel intensiver behandelt werden muss und wir viel weiter in die Tiefe gehen müssen. Denn wenn wir eine kommunale Ökonomie errichten wollen, dann müssen wir das in all seinen Facetten fassen können. Wir stehen noch am Anfang und haben ein sehr eingeschränktes Wissen darüber. Dies muss mehr werden – viel mehr. Aus diesem Grund wünsche ich mir in ganz Kurdistan einen Geist der Hingabe. ♦

»Commons«

# Die Lösung liegt in uns selbst

Interview mit Silke Helfrich

**Silke Helfrich ist freiberufliche Publizistin, die in der internationalen Vernetzung zum Thema Commons arbeitet. Sie gehört der Commons Strategies Group an, welche im Jahr 2014 das Commons-Institut e.V. gegründet hat, um einen Raum der Diskussion, der Reflexion und der Weiterentwicklung von Commons-Ideen zu schaffen. Sie war Referentin auf der zweiten Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern« in Hamburg und wurde in diesem Zusammenhang von Hanna Kohlmann befragt.**

**Du zitierst in Deinem Vortrag den US-amerikanischen Historiker Peter Linebaugh mit den Worten »there is no common without commoning«. Was ist mit diesem Satz gemeint? Was sind Commons?**

Die traditionelle Definition von Commons meint das Hegen und Pflegen von gemeinsam zu nutzenden Ressourcen. Es ist eine Organisationsform, die schon so lange wie die menschliche Gesellschaft existiert und in allen Kulturen anzutreffen ist.

Dabei geht es um die Verwaltung von Gemeingütern und den Prozess, welcher Dinge zu einem Gemeingut macht. Gemeingüter fallen nicht vom Himmel, sondern sie werden immer wieder als solche in die Welt gebracht, gepflegt, verteidigt und weiterentwickelt. In der Commons-Diskussion ist es wichtig, Gemeingüter weder als etwas nur Materielles noch etwas Statisches oder Dingliches zu begreifen, sondern als etwas, das wir in einem gemeinsamen sozialen Prozess nutzen (wie beispielsweise Sprache), weiterentwickeln können und möglichst so erhalten, dass es weiterhin allen zur Verfügung steht. Das erklärt auch den Satz »there is no common without commoning«. Wir können nur von Commons sprechen, wenn wir die Haltung vertreten, dass es vieles auf der Welt gibt, was niemandem allein gehören kann oder sollte.

**In Deinem Vortrag bist Du auch auf Deine Biographie eingegangen. Welche Erfahrungen hast Du in Deinem Leben mit Macht und Staat gemacht und inwiefern hat dies dazu geführt, dass Du angefangen hast, Dich mit der Commons-Theorie auseinanderzusetzen?**

Ich habe in meiner Biographie unterschiedlichste Staatsformen kennengelernt. Die ersten zwanzig Jahre meines Lebens habe ich in der DDR gelebt, wo die Dinge immer vom Staat aus gedacht wurden. Ende der 90er Jahre bin ich dann nach El Salvador gegangen, das in einer politischen Bipolarität regiert wurde und stark durch eine Nachkriegsmentalität geprägt war. Danach war ich in Mexiko, einem Land, welches tendenziell als failed state bezeichnet werden kann. Ein großer Teil des Territoriums wird entweder von der Mafia oder aber von Communities besetzt und regiert. Wir haben also gute Beispiele in Mexiko, wie auch eine gesellschaftliche Organisation von unten geschehen kann. Und dann bin ich wieder zurück nach Deutschland gegangen und lebe jetzt in einer bürgerlichen Demokratie, die total dem Marktprinzip verpflichtet ist. In all diesen unterschiedlichen Staatsformen und -konzeptionen finde ich keine Antworten auf die Fragen der Nachhaltigkeit, Fairness und Selbstentfaltung.

Elinor Ostrom, Wirtschaftsnobelpreisträgerin 2009, veröffentlichte 1990 ihr Hauptwerk »Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action« (deutsch: »Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt«, 1999). Dieses »Jenseits von Staat und Markt« wird in der aktuellen Commons-Diskussion sehr unterschiedlich interpretiert. Für mich bedeutet es: über Markt und Staat hinausgehend. Wir müssen anders denken, indem wir von den Gemeinschaften aus, von den realen Lebensverhältnissen und den realen Biographien aus denken.

**Nachhaltigkeit, Fairness und Freiheit sind ganz zentrale Begriffe innerhalb der Commons-Theorie. Könntest Du die Begriffe noch einmal näher erläutern?**

Mit Freiheit meine ich nicht die Freiheit eines vom anderen getrennten und isolierten Individuums, sondern die Freiheit in Verbundenheit. Der Grundgedanke hierbei ist, dass meine Freiheit ihre Grenze in der Freiheit des anderen findet und sich deswegen in der Beziehung mit der Freiheit des anderen entfaltet. Diese Beziehung muss so gestaltet werden, dass Menschen sich nicht über den Tisch gezogen fühlen. Mit Fairness meine ich also keine abstrakte Gerechtigkeit, sondern Aushandlungsprozesse, bei denen wir lernen, Dinge selbst zu gestalten, sodass wir uns fair behandelt fühlen. Deswegen sind Versammlungen, Räte und Freiräume zum Diskutieren und zur Selbstorganisation so wichtig. Wenn ich von Nachhaltigkeit spreche, dann meine ich den Umgang mit Ressourcen. Die Frage, wie wir unser Leben so gestalten können, dass unsere Bedürfnisse befriedigt werden, beinhaltet auch immer die Frage um produktive Prozesse und Kämpfe um Ressourcen. Damit diese Ressourcen auch den zukünftigen Generationen zur Verfügung stehen, müssen wir die ökonomischen Grenzen respektieren.

### Wo siehst Du in Rojava Ansätze der Commons?

Ich sehe in Rojava zwei Commons-Gedanken. Wie ich bereits erwähnt habe, sind Commons auch eine Haltung. Dies sehe ich auch in Rojava, wo sich Frauen und Männer zusammensetzen und diskutieren, um so Problemlösungen zu entwickeln. Dieses prozessuale Denken, das davon ausgeht, dass die Lösung in uns selbst liegt, ist ein sehr wichtiger Commons-Gedanke.

Der zweite Commons-Gedanke, den ich in Rojava sehe, ist der Wunsch, von lokalen Bedürfnissen auszugehen und eine geeignete Form zu finden, diese überregional miteinander in Beziehung zu setzen und zu vermitteln.

### Was ist notwendig, damit eine gemeinschaftliche Organisierung nach dem Commons-Prinzip auch nachhaltig bestehen kann?

Die erste Voraussetzung ist die Anerkennung vom Staat. Ich meine hierbei nicht einen Staat, der dem Marktprinzip folgt und auf dem Konzept der Nation beruht, sondern auf dem Commons-Prinzip basierende Koordinationsmechanismen, die überregional funktionieren. Vermutlich müsste der für mich inhaltsleere Begriff »Staat« ersetzt werden, damit er historisch nicht verwechselt wird.

Außerdem müssen die Grundgedanken des Commons auf allen Ebenen gefördert werden, sodass Commons zum Mem[1] wird, zu etwas, das sich verankert, Fragen aufwirft und Menschen dazu anhält, darüber nachzudenken und zu diskutieren. Hinzu kommt die Bereitschaft, das Ganze von außen zu betrachten und zu überlegen, auf welchen gedanklichen Grundlagen wir aufbauen. Anstatt ein strukturelles Exklusionsprinzip hinzunehmen, welches auf Konkurrenz und dem Streben nach Effizienz basiert, könnten wir eine strukturelle Gemeinschaftlichkeit organisieren, auf der wir Bildungswesen, Gesundheitssysteme, Infrastruktur und Energieversorgung aufbauen. ♦

1 Ein Mem bezeichnet einen einzelnen Bewusstseinsinhalt, der durch Kommunikation weitergegeben und damit vervielfältigt werden kann. (Quelle: Wikipedia)

Ivana Hoffmann – eine Frau, die alle Grenzen überwand, eine Revolutionärin und Internationalistin

# »Sie war verliebt in Kurdistan und sie war verliebt in den Kampf«

Anja Flach

**Ich kann die schönsten Farben nicht mehr auseinander halten, den Wind der Stadt spüre ich nicht mehr auf meiner Haut, das Singen der Vögel hört sich stärker nach dem Ruf der Freiheit an. (Ivana)**

Am 8. März 2015, dem internationalen Frauenkampftag, erreichte uns die Nachricht, dass Ivana Hoffmann, ihr Kampfname war Avaşîn (Blaues Wasser), in der Nacht zuvor in Rojava im Kanton Cizîrê bei der Kleinstadt Til Temir gefallen ist.

Im Oktober 2011, nach einem Besuch in den Qandil-Bergen in Südkurdistan, lud mich Young Struggle nach Duisburg ein. Der kleine AGIF-Verein in Meiderich war proppenvoll mit Jugendlichen unterschiedlichster Herkunft. Zwei sehr junge Frauen fielen mir besonders auf, ihre Augen leuchteten, als sie die Bilder der kämpfenden YJA-Star-Frauen sahen. Nach der Veranstaltung fragten sie mir Löcher in den Bauch. Eine von ihnen war Ivana, die ich in der Folge immer mal wieder auf Demonstrationen und Festivals sah. Damals war Ivana gerade 16 Jahre alt geworden. Schon damals war klar, Ivana brennt für die Freiheit …

Ivana Hoffmann ist am 1. September 1995 in Emmerich geboren. Ihre Mutter ist Deutsche, ihr Vater stammt aus Togo. Ivana hatte insgesamt 12 Geschwister und Halbgeschwister. Schon mit 14 Jahren war sie politisch aktiv und kam 2011 das erste Mal in den AGIF-Verein in Duisburg-Meiderich. Dort lernte sie die Gruppe »Young Struggle« kennen. Sie beteiligte sich u. a. an Aktionen für die Freiheit von politischen Gefangenen und nahm 2012 an einem Hungerstreik für die Gefangenen der PKK teil. Sie organisierte sich in der Jugend der Marxistischen Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP) der Türkei/Kurdistan, der KGÖ (Kommunistische Jugendorganisation). Ivana bereitete Aktionen, Demonstrationen, Jugendcamps und politische Vorträge mit vor. Im Frühjahr 2014 ging Ivana nach Rojava. In einer Erklärung der MLKP heißt es: »Sie war eine Sucherin der Freiheit. Unsere Genossin Avaşin glaubte daran, dass die Revolution in Rojava ein Beispiel für die Region werden könnte und deshalb unbedingt leben müsse. Die Verteidigung der Revolution war eine Verteidigung für die Zukunft.«

Ivana schrieb in ihrem letzten Brief, bevor sie ging: »Nichts hält mich mehr hier. Ich kann nicht tatenlos zusehen während meine Schwestern, Brüder, Freunde, Mütter, Väter, Genossen um die Freiheit, um die Unabhängigkeit vom Kapitalismus kämpfen. Ich werde den Internationalismus der Partei vertreten und ein Teil der organisierten bewaffneten Bewegung sein. Wenn ich zurückkomme, werde ich meine Genossen, mein Umfeld mit dem Kampfgeist und der Willenskraft anstecken, ich werde wie die schönsten Lieder sein und jeden in meinen Bann ziehen. Ich werde eine Guerilla voller Nächstenliebe und Hoffnung.«

Ivana hat ihren Platz in Rojava bei der Verteidigung der Menschlichkeit eingenommen, wollte aber auch zurückkommen, um die Menschen hier für die Revolution zu begeistern. Darin erinnert sie an Andrea Wolf, Ronahî, die 1998 in den Bergen von Nordkurdistan vom türkischen Militär ermordet wurde. Auch ihr Ziel war vor allem zurückzukommen und hier eine neue revolutionäre Bewegung mitzuinitiieren. Damals waren in den Bergen Kurdistans nur wenige KämpferInnen ohne kurdische Wurzeln. Nun sind es viele geworden, die einen Beitrag an verschiedenen Orten des Kampfes u. a. gegen den IS leisten. Sie kommen aus den USA, aus Großbritannien, aus der BRD, Kanada, aus Israel, der Türkei und sogar aus Australien, sie bilden eigene internationale Bataillone in Rojava. Diese Anziehungskraft hat vor allem der Kampf um Kobanê bewirkt.

Einige der InternationalistInnen, die zurzeit in Rojava kämpfen, haben uns ihre Gedanken zum Tod von Ivana mitgeteilt. So ein US-Amerikaner mit dem Kampfnamen Berxwedan Za-

Zitat im Titel: http://www.vice.com/de/read/warum-eine-deutsche-aus-duisburg-in-den-krieg-gegen-den-islamischen-staat-zog-987



Ivana Hoffmann, ihr Kampfname war Avaşîn (Blaues Wasser)

gros. Er berichtet, er habe oft mit Avaşîn diskutiert. Sie hätten sehr verschiedene Ausgangspunkte gehabt, aber: »Wir konnten unsere gegenseitigen Haltungen akzeptieren und haben nicht versucht, den jeweils anderen zu überzeugen. Es ging uns wirklich darum zu diskutieren, um den Hintergrund des jeweils anderen besser zu verstehen.«

Ein weiterer Freund von Ivana, Thälmann Demircioğlu, kennt sie seit vielen Jahren aus Duisburg. Ivana war ein halbes Jahr vor ihm nach Rojava gekommen. Sie war vor ihm politisch aktiv und habe ihn immer unterstützt und geholfen, ihm politische Zusammenhänge erklärt, daraus entwickelte sich im Laufe der Jahre eine sehr starke genossenschaftliche Beziehung: »Man hat ihr, wie auch allen FreundInnen hier, viel Lebensfreude angesehen, was man halt in Deutschland nicht so kennt. In Europa ist das kapitalistische System, Schule, Arbeit, die Stadt, bei vielen Jugendlichen ist da eine Bedrücktheit zu spüren, aber hier in Rojava sind wir freie Menschen, hier gibt es wirkliche Freiheit. Man merkt das den Leuten wirklich an.«

Thälmann erklärt, dass man in Rojava viel Zeit zum Diskutieren gefunden habe, über den Demokratischen Konföderalismus, die PKK, die YPG, die Befreiung und die Revolution. Die MLKP habe eine eigene Einheit unter dem Kommando der YPJ/YPG, aber man wolle auch nach Europa zurückkehren und das Gelernte zurücktragen. Ivana beschreibt er folgendermaßen: »Avaşîn hatte eine große Ausstrahlung, viel Charisma, z. B. in der Türkei beim Jugendcamp, sie sprach die Sprache nicht, aber sofort war sie umringt von dutzenden Jugendlichen, die mit ihr diskutieren wollten. Überall, wo sie hinkam, hat sie sofort viele Freundschaften geschlossen, richtige Freundschaften, keine oberflächlichen Bekanntschaften, sie hat richtige Kontakte geknüpft, die Menschen gefragt, wer sie sind, wo sie herkommen. Sie kannte alle und hatte von allen die Namen im Kopf, auch hier in Rojava. Auch wenn wir durch Duisburg gelaufen sind, hat sie viele begrüßt. Sie hat es geliebt zu singen, immer hat sie gesungen, sie hat selber Lieder geschrieben, hat gerappt. Sie hat immer gelacht, andere unterhalten, auch mal Quatsch gemacht. Wenn es jemandem schlecht ging, hat sie ihn aufgemuntert, das konnte sie auch. Sie konnte auch richtig wütend werden, vor allem über Ungerechtigkeit, darüber konnte sie sich sehr aufregen. Sie war immer vorne mit dabei, z. B. bei Kämpfen gegen Nazis, da musste man sie regelrecht zurückhalten. Sie hat mich immer beschützt. Sie hat immer dafür gesorgt, dass mir nichts passiert, sie hätte sich sogar in eine Schusslinie geworfen. Sie hätte ihr Leben gegeben, um andere zu beschützen.«

Dîlan von der MLKP berichtet, dass Ivana zunächst viele Schwierigkeiten mit der Sprache hatte, da sie weder Türkisch noch Kurdisch konnte. Sie habe aber sehr schnell Kurdisch gelernt, womit sie schon in Deutschland begonnen hatte: »Für sie war die Sprache kein Problem, mal versuchte sie es mit

der einen, dann mit der anderen oder alles durcheinander. Sie konnte schnell Kontakt knüpfen, war immer gern gesehen. Sie hat viel gefragt, schnell gelernt. Was man ihr ein Mal zeigte, konnte sie beim zweiten Mal bereits selber. Sie wollte nach Şengal, wollte nach Kobanê, sie wollte kämpfen, an die Front. Zeitweilig waren wir dort auch gemeinsam. Sie war tief beeindruckt vom Bewusstsein und Kampf der kurdischen Frauen. Sie zeigte sich interessiert am Konzept der Demokratischen Autonomie, der Frauenorganisierung, aber für uns ist das noch sehr neu.«

Haydar, ebenfalls von der MLKP, verbrachte die letzten zehn Tage vor ihrem Tod mit ihr. Er berichtet, dass sie als Biksici[1] nicht ständig an der vordersten Front war, bei Gefechten war sie jedoch ganz vorne, teilweise mit nur wenigen hundert Metern Abstand zum IS. Sie habe viel Zeit mit den Freundinnen der YPJ verbracht, interessierte sich sehr für den Kampf der Frauen, sowohl für den militärischen Aspekt (dort gab es viele kampferfahrene Frauen) als auch für den frauenpolitisch-ideologischen Kampf. Sie diskutierte viel, wollte lernen. Er berichtet von dem Gefecht, in dem Ivana gefallen ist: »Die Stellung, die Stellung der Biksi war an vorderster Front ... Als der Angriff begann, habe ich einige, die geschlafen haben, geweckt. Ivana kam aus Richtung der Frauen-Manga. Da habe ich sie dann zuletzt gesehen. Sie lief zur Stellung hinüber, in der die Biksi war. Ivanas Biksi nahm dann die Straße unter Beschuss. Das gab uns die Gelegenheit, den Abschnitt, an dem der IS eingesickert war, zu halten. Ich habe sie dort dann zuletzt gesehen. Ihre Stellung war ganz vorn, wir waren etwa 15–20 Meter weiter hinten. Sie hat gekämpft, bis der Lauf der Biksi heiß wurde. Normalerweise gibt es einen Ersatz. Aber die Bedingungen des Krieges ... Es gab sie (eben) nicht. Neben ihr ist der Genosse Tekoşer gefallen. Sie kämpfte mit seiner Waffe weiter, bis sie auch getroffen wurde.«

Die MLKP hat nicht gezögert, die Revolution in Rojava zu verteidigen. In einem Interview heißt es: »Wir rufen die revolutionären Linken in Europa dazu auf, hierher zu kommen und gemeinsam ein neues Rojava aufzubauen. Wir hatten bereits dazu aufgerufen, gemeinsam internationale Brigaden zu gründen. Im Kanton Cizîrê haben wir damit sogar schon begonnen. Es sind kommunistische, sozialistische, revolutionäre Genossen aus Italien, Spanien und sogar aus Deutschland gekommen. Das sollte etwas Beständiges werden. So wie im revolutionären Spanien internationale Brigaden gegen den Franco-Faschismus gegründet wurden, können wir heute in Rojava internationale Brigaden für die Zukunft einer Gesellschaft gründen. Wir können uns direkt am Aufbau und an der Verteidigung dieser Perspektive beteiligen.«[2]

Die Bewegung in Rojava und Bakûr (kurd. Westen u. Norden, für West- u. Nordkurdistan) misst den InternationalistInnen großen Wert bei. Zu Ivanas Beerdigung in Duisburg kamen sogar zwei ihrer bekanntesten VertreterInnen. Die Kovorsitzende der HDP, Figen Yüksekdağ, und der Kovorsitzende der PYD, Salih Muslim. Beide betonten die Bedeutung des internationalistischen Kampfes in Rojava. Etwa 6 000 Menschen waren zu Ivanas Beisetzung und Gedenkfeier gekommen, darunter aber sehr wenige, nennen wir sie mal, Biodeutsche. Warum?

»Die Deutschen haben noch kein Verhältnis dazu entwickelt, was es heißt, das eigene Leben im Kampf einzusetzen«, meint Jiyan, eine Internationalistin, die sich gerade in Rojava aufhält, »das Konzept Märtyrer schreckt sie eher ab.«

Vielleicht fehlt uns die Hoffnung, dass das kapitalistische System überwunden werden kann, vielleicht haben wir nicht so viel Mut wie Ivana? Hat das Leben im Kapitalismus uns eingelullt?

Ivana Hoffmann ist auch für uns gefallen. Die Schande, untätig zu bleiben, während unsere Länder und ihre Verbündeten ein Land nach dem anderen mit Verwüstung und Vernichtung überziehen, wird durch sie und andere, die dort hingegangen sind, ein wenig kleiner. Menschen wie sie geben Hoffnung auf ein anderes Leben, jenseits von Ausbeutung und Zerstörung.

Ivana kämpfte als Deutsche mit togoischen Wurzeln, politisiert in der türkischen Linken im westkurdischen Rojava in einer Suryoye-Gegend. Für Ivana spielten Herkunft und nationale Identität keine Rolle. »Wir werden Ivanas Wünsche, Hoffnungen und Träume erfüllen«, schreiben ihre Genossinnen aus Duisburg. Wir können nur hoffen und uns dafür einsetzen, dass viele und immer mehr so denken.

Unsere Gedanken sind vor allem auch bei Ivanas Mutter, die sofort nach Kurdistan gefahren ist, als sie vom Tod ihrer geliebten Tochter erfahren hatte. Sie zeigte sich beeindruckt von der Welle der Solidarität, die sie bei der Überführung ihrer Tochter erfahren hatte. »Ich bin stolz auf meine Tochter und das, was sie getan hat. Sie ist als Freiheitskämpferin gestorben«, erklärte sie.

Sie hat allen Grund, stolz zu sein, und wir senden ihr Liebe und Kraft.

In Duisburg hat sich der »Freundeskreis Ivana Hoffmann« gegründet. Im September, um ihren Geburtstag herum, soll ein Festival stattfinden. Auch ein Buchprojekt ist geplant. ♦

1 So werden diejenigen bezeichnet, die eine BKS, ein schweres Maschinengewehr russischer Bauart tragen.

2 http://lowerclassmag.com/2015/02/rojava-ist-ein-kosmopolitischer-ort/

Das 12. Weltsozialforum (WSF) fand in diesem Jahr in Tunesien statt

# ... diesmal war vieles anders

Meral Çiçek

Das 12. Weltsozialforum (WSF) fand vom 24. bis 28. März 2015 in Tunis/Tunesien statt. Unter dem Motto »Eine andere Welt ist möglich« sind über 40 000 SystemkritikerInnen aus aller Welt angereist. Unter dem Hauptschwerpunkt »Würde und Rechte« fanden Hunderte Veranstaltungen zu aktuellen politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Problemen und Lösungsansätzen statt. Diesmal, wie auch schon beim letzten Mal, war die Zahl der GlobalisierungsgegnerInnen aus Lateinamerika – wo 2001 das erste Weltsozialforum in Porto Alegre/Brasilien stattfand – eher niedrig. Dafür war die Mehrzahl der TeilnehmerInnen aus den benachbarten Maghreb-Ländern angereist. Kurdistan wurde vertreten von einer 12-köpfigen Delegation aus drei Teilen Kurdistans (Rojava, Nord- und Südkurdistan) sowie Europa. Neben mitorganisierten Veranstaltungen nahmen die TeilnehmerInnen der Kurdistan-Delegation auch als GastreferentInnen an einer Reihe von Veranstaltungen zu verschiedenen Themenbereichen teil.

Wir hatten natürlich erwartet, dass vor allem nach dem erfolgreichen Widerstand in Kobanê das Interesse an Kurdistan, vor allem Rojava und der kurdischen Frauenbewegung, groß sein würde. Aber dass wir auf so immenses Interesse stoßen würden, hatten wir ehrlich gesagt in der Form nicht erwartet. Allein schon die Tatsache, dass wir während der Assemblee der sozialen Bewegungen ohne irgendwelche komischen Blicke, geschweige denn Gegenreaktionen das Poster des kurdischen Volksführers Abdullah Öcalan auf die Bühne hängen konnten, sagt viel aus. Denn auch innerhalb der transnationalen Antikapitalismusbewegung ist der Einfluss der Kriminalisierungspolitik gegen die kurdische Freiheitsbewegung in der Person ihres Führers oft zu spüren. Doch diesmal war vieles anders.

Als kurdische Frauenbewegung haben wir auf dem WSF zur Rolle der Frau in der Revolution in Rojava, dem Frauenselbstverteidigungskonzept der Bewegung, Frauenbefreiungsideologie und Geschlechterkampf in Kurdistan, Errungenschaften der Frauenbewegung in Nordkurdistan, der Situation weiblicher politischer Gefangener in türkischen und iranischen Gefängnissen referiert. Überall bestand sehr großes Interesse, es wurde stark applaudiert, viele Fragen wurden gestellt und anschließend noch lange mit TeilnehmerInnen der jeweiligen Veranstaltung im Flur weiterdiskutiert.

Dieses bisher nicht dagewesene große Interesse von Menschen aus aller Welt ist natürlich ein Ergebnis des Widerstands von Kobanê, der dort und anderswo in Rojava und Südkurdistan an vorderster Front kämpfenden Frauen der YPJ sowie der Guerillakämpferinnnen der YJA-STAR. Erst der Widerstand gegen Angriffe des IS im August letzten Jahres in Şengal und Maxmur sowie ab September dann der historische Kampf in Kobanê haben dazu geführt, dass überall auf der Welt Menschen den Kampf der KurdInnen kennengelernt haben. Das Bild der jungen kurdischen Frauen in Uniform, mit geflochtenem Zopf und Kalaschnikow in der Hand, hat sich in vielen Köpfen eingenistet.

Der Widerstand gegen den IS in Kobanê sowie der Selbstverteidigungskampf der Kämpferinnen von YPJ und YJA-STAR hat natürlich die ideologische Hegemonie des kapitalistischen Systems an vielen Stellen nicht nur angegriffen, sondern zum Bröckeln gebracht. Beispielsweise die mit der Waffe in der Hand gegen sowohl Angriffe als auch den systematischen Feminizid des IS kämpfenden kurdischen Frauen haben das schwarz-weiße Bild der Frau in Kriegssituation, das sich auf Opfer- und Täterinnenbilder beruft, aufgelöst. Ebenso ist von sehr großer Bedeutung, dass ein sehr großes gesellschaftliches und politisches Spektrum weltweit das Recht der Völker auf Selbstverteidigung anerkannt und somit dem »Gewaltmonopol« des Staates die Legitimität entzogen hat. Dies sind nur einige der Gewinne des Widerstands in Kobanê für die Menschheit.

Das große Interesse, das dieser Kampf in Kobanê sowie die weibliche Revolution in Rojava geschaffen haben, gilt aber eben nicht dem Widerstand in Kobanê oder den Frauen der YPJ selbst. Dies ist die wichtige Erkenntnis aus dem WSF; dass das eigentliche Interesse der Wirklichkeit gilt, welche

Kobanê und die Frauenrevolution hervorgebracht haben. Dies wurde umso deutlicher, als kaum eine der Dutzenden Fragen, die nach unseren Vorträgen in den einzelnen Veranstaltungen gestellt worden sind, sich konkret auf Kobanê und den bewaffneten Widerstand der Frauen bezog. Vielmehr ging es in den Fragen um das Staatsverständnis der kurdischen Freiheitsbewegung, Annäherung an Marxismus-Leninismus, Sozialismus und Kapitalismus, Frauenbefreiung, gesellschaftliche Transformation, Kommunalismus und Demokratischen Konföderalismus, Macht und Demokratie etc. Kurz: Im Zentrum des Interesses lagen Ideologie und Paradigma der Bewegung.



Auf dem Weltsozialforum in Tunesien Foto: Meral Çiçek

Auf Zusammenkünften wie dem Weltsozialforum finden wir gesellschaftliche Gruppen, die wir grob in zwei Kategorien einteilen können. Auf der einen Seite haben wir nationale Befreiungsbewegungen, wie beispielsweise die palästinensische Bewegung oder auch die baskische, sowie revolutionäre linke Bewegungen, die in ihrem eigenen Land für Umbrüche kämpfen. Auf der anderen Seite stehen systemkritische Bewegungen, die auf der Suche nach einer Alternative sind, wie beispielsweise antikapitalistische, feministische oder ökologische Bewegungen.

Beide zeigen gleichermaßen großes Interesse an der kurdischen Freiheitsbewegung. Erstere aufgrund eines Nichtweiterkommens, welches am Festnagen an einem Paradigma des 20. Jahrhunderts liegt und zur Überwindung ideologischer Neuerung bedarf. Letztere suchen nach Realisierung der von ihnen theoretisch ausgearbeiteten alternativen »anderen Welt«.

Die kurdische Freiheitsbewegung und von ihr umgesetzte Projekte im Rahmen des Demokratischen Konföderalismus sind natürlich nicht perfekt und fehlerfrei. Sie bietet auch kein Modell, was einfach überall, in gleicher Weise, umgesetzt werden kann. Aber sie stellt ein Beispiel dar und sie inspiriert. Weil sie in Kobanê das, was niemand für möglich gehalten hatte, erreicht hat. Und weil sie mitten im Krieg nicht nur gegenkämpft, sondern zugleich auch aufbaut, inmitten all der Zerstörung etwas Neues erschafft.

Solche Erfolgsmomente brauchen die Menschheit und die universelle Front für ein anderes, würdevolles Leben. Würde Stefan Zweig leben, er würde wahrscheinlich die »Sternstunden der Menschheit« um ein Kapitel verlängern.

Eben deshalb haben wir auf dem WSF vorgeschlagen, dass das nächste Forum in Kurdistan stattfindet. Denn die Lokalität Kurdistans stellt heute eines der wichtigsten Zentren im Kampf gegen das System der kapitalistischen Moderne und für den Aufbau des Systems der demokratischen Moderne dar. Aus diesem Grund würde ein WSF in Kurdistan sowohl den GastgeberInnen (konkret dem Mesopotamischen Sozialforum) als auch den TeilnehmerInnen aus aller Welt den Grund für einen starken Austausch, der Theorie und Praxis in effektiver Weise miteinander verknüpft, bieten. Außerdem wäre dies ebenso ein starkes Zeichen für die Menschen, die gegen den IS Widerstand leisten, als auch an Kräfte, welche diese maskierte Bande der Dunkelheit unterstützen.

Unser Vorschlag ist für das nächste WSF, welches im August nächsten Jahres stattfinden wird, leider nicht angenommen worden. Das 13. WSF wird in Montreal/Kanada stattfinden. Aber trotzdem besteht die Möglichkeit für regionale oder thematische Foren, die in der Vergangenheit auch schon in Kurdistan durchgeführt worden sind. Und wer weiß, vielleicht findet dann das 14. WSF in Amed, der kurdischen Hauptstadt, statt. Die Zeit für solch eine Achsenverschiebung des WSF ist gekommen. ♦

In den Bildern geht es um die Verbundenheit von Natur und Frauen

# Eylem – eine Suche

Susanne Roden

Ich kenne Berenice schon viele Jahre und bin ihr in all den Jahren an so ziemlich alle Standorte als Ratsuchende gefolgt. Diesmal hat ein Freund einen Äußerungsbogen zu einem Strafverfahren »Verstoß gegen das Aufenthaltsgesetz« erhalten und während ich um einen Termin bemüht bin, stellt sich heraus, dass es da noch eine Einladung vom LABO (Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten) gab, die er nicht wahrnehmen konnte. Bingo.

Den vereinbarten Gesprächstermin in der Kanzlei müssen wir dann wegen eines Akutfalles noch mal um eine Woche verschieben, aber dann klappt es und ich mache mich auf den Weg nach Pankow. Frühtermine sind meine Sache nicht, aber ich liege gut in der Zeit. Die Hausnummer weist in einen großen Innenhof, eine Anlage ähnlich den Hackeschen Höfen, von der Bauzeit her um 1906 nach Plänen von Kurt Bendt, entstanden als eine Wohn-und Gewerbehofanlage. Über die Geschichte der Hofanlage, die zumindest von Immobilienhändlern als Immanuelhöfe bezeichnet wird, konnte ich nicht viel erfahren. Nur so viel, dass die Gegend bis zur Danziger Straße um 1890 vollständig bebaut wurde und einer der größten geschlossenen Wohnblocks Berlins entstand. Zwischen Prenzlauer Allee und Winsstraße, Marienburger Straße und Immanuelkirchstraße gibt es 30 Höfe.

Ich eile von Eingang zu Eingang, finde ein Schild, das auf Anwälte im zweiten Stock verweist. Ok, das sollte dann wohl stimmen. Beim Blick auf den Fahrstuhl erkenne ich einen geparkten Kinderwagen, also keine technische Hilfestellung. Ich mache mich auf den Weg. Zweiter Stock ist machbar, ich laufe normalerweise zu meiner Wohnung in den vierten Stock, wobei die Stufen da etwas flacher sind.

An der Tür steht alles, wie gewohnt, und so klingele ich. Alsbald werde ich von der Sekretärin hineingebeten, mit der Bitte, noch einen Moment zu warten. Im Eingangsbereich befinden sich bunte Stühle und so lasse ich mich nieder, auch um meine Tasche zu ordnen und die Unterlagen griffbereit zu halten. Ich lasse den Blick schweifen.

Bilder sind aufgehängt und ich stehe auf, um das eine näher zu betrachten.

Eylem, »Klänge des Schweigens«, 2013, 70 x 100 cm, Öl auf Leinwand. Ein handgeschriebenes Schild. Eine Frau ist mit Wurzeln oder Ästen fest an einem Baum stehend eingewoben, die Haare wehen nach hinten. Ihre Lippen sind rot und heben sich deutlich von dem den ebenfalls graubraunen Frauenkörper umschlingenden Baum ab.

Ich bin ganz versunken in das Bild, da holt mich Berenice auch schon ab. Ich hole meine Taschen und eile ihr hinterher, vorbei am Zimmer der Sekretärin. Sie bittet mich, in der linken Sitzgruppe Platz zu nehmen, und eilt noch mal aus dem Raum. Die vielen grünen Akten heben sich deutlich von den weißen Regalteilen ab. Mein Blick fällt auf die Beschriftung der Ordner im linken Regal: Kurdistan, Türkei. Ja, genau.

Als wir nach kurzer Besprechung das Zimmer wieder verlassen und zur Sekretärin am Eingang gehen, sehe ich, dass der ganze lange Gang mit Bildern vollgehängt ist. Ich frage, ob ich mir die noch in Ruhe ansehen darf, aber das können sie nicht so einfach ermöglichen, da sämtliche Anwaltszimmer offen sind und auch keiner die Zeit hat, mich zu begleiten. Dann habe ich kurz Glück, dass eine Sekretärin doch einen Botengang ans Ende unternehmen muss, und so laufe ich mit, versuche einen Eindruck zu bekommen und kann doch noch einen kurzen Blick auf weitere Bilder erhaschen.

Die türkischsprachigen Titel kann ich nicht notieren, aber in jedem Fall sind fast alle Bilder aus den Jahren 2012 und 2013. Ein Bild hat den Titel »Morgendämmerung« und ist in sehr dunklen Grüntönen gehalten. Es sind Lagerzelte im Grünen in der Morgendämmerung, vielleicht Flüchtlingszelte. Es liegen Nebelschwaden in der Luft, eine feuchte und bedrückende Atmosphäre. Das Bild hat es mir angetan.

Eine etwas farbenfrohere Bildkomposition finde ich mit dem Titel »Calypso«. Ich denke sofort an die weibliche Gestalt aus

der griechischen Mythologie, eine Nymphe, denn die weibliche Figur ist in ein Meer von Kreisen oder Blasen eingebettet, so als sprudelten sie unaufhörlich.

Ich habe dann nochmal die anwesenden Frauen in den vorderen Büros gefragt, ob es noch eine Information über die Künstlerin gäbe. Man konnte sich erinnern, dass es mal ein Blatt gab, aber es sei schon so lange her. Die Ausstellung war für ein Jahr und im November 2014 sollte die Künstlerin kommen und die Bilder abholen. Sie lebt in jedem Fall in Berlin.

## Und somit begann dann die Suche

Es gibt viele Künstlerinnen mit dem Vornamen Eylem. Niederlande, Österreich, USA. Es gibt Psychologinnen, Wissenschaftlerinnen, nur die Malerin in Berlin ist nicht zu finden.

Das passt zu meinen Erlebnissen aus dem Kurdischen Institut für Wissenschaft und Forschung e.V., wo wir eine Ausstellung mit kurdischen Künstlern und Künstlerinnen aus der Stadt organisiert hatten.

Sie waren kaum zu finden oder zu greifen. Die Männer hatten teilweise Ausstellungen und die Frauen passten zu Hause auf die Kinder auf und malten selbst nach akademischer Ausbildung nur noch privat als Hobby weiter. Sie wollten auch teilweise nicht einmal erwähnt werden oder sprangen kurz vor den Gesprächsterminen ab.

Zunächst hatte ich ja noch die Hoffnung, dass ich die Vernissage von 2013 in der Kanzlei im Archiv der Nachrichten finden würde. Dem war aber nicht so. Ich erfuhr dadurch aber, dass es eine Zusammenlegung von zwei Kanzleien im Januar 2014 gab, und hoffte, die Eröffnungsveranstaltung war im anderen Kanzleiteil. Auch dem war nicht so. Außerdem konnten sich ja einige Sekretärinnen noch erinnern, dass vor Ort Informationen als Handzettel gewesen waren. Da auch der Gründer und Generalsekretär des »European Center for Constitutional and Human Rights« dort sein Büro hat, passte die Thematik der ausgestellten Bilder auch sehr gut.

Die Unterdrückung und Ungleichstellung von Frauen sowie die vielen Menschenrechtsverletzungen an kurdischen Frauen.

## Eylem – gefunden und Interview

Wie es im Leben so spielt, und ganz besonders in Berlin, hat es am Ende eine glückliche Fügung gegeben. Einer der Anwälte aus der Kanzlei hatte den Kontakt zur Künstlerin und schrieb mir, dass sie mich anrufen würde. Dies geschah dann auch und wir verabredeten uns im Simitdchi auf eine Tasse heißen Tee.

Eylem hatte ihre kleine Mappe mit Fotografien aller Werke der Ausstellung mit dabei und sie nahm sich sehr viel Zeit, mir die Bilder zu zeigen und auch zu kommentieren. Nicht alle,



Sprache des Denkens (düşüncenin dili), 80 x 70, Öl auf Leinwand  Foto: Eylem



Klänge des Schweigens (sesizligin sesi),
70 x 100, Öl auf Leinwand Foto: Eylem

denn sie legt Wert darauf, dass sich der Betrachter allein Gedanken macht, seine Phantasie spielen lässt, selbst nachdenkt, nach dem Sinn, über den Sinn des Lebens.

Wir sprechen über den Kreislauf der Natur, Freude und Leid, ja, der endlose Schmerz, der dem Volk der Kurden zugefügt wird. Wir sprechen über die aktuellen Geschehnisse um die Vertreibung der Êzîdi im Gebiet um Şengal, über Kobanê.

Ich frage Eylem Karadoğan, wie sie zum Malen gekommen ist, woher das Interesse kam. Sie lacht. »Ja, schon seit meiner Kindheit wollte ich später einmal eine große Künstlerin sein. Schon als Kind habe ich gemalt und gezeichnet.«

Ich frage, ob es denn andere Künstler in der Familie gab oder gibt. »Nein«, sagt sie, »es gab niemanden in dem Dorf in Akçadağ/Malatya *[kurd.: Arxa/Meletî]*, wo ich aufgewachsen bin, nur meine Mutter hat ein wenig gezeichnet. Das gab mir vielleicht den Impuls.«

Sie hatte als Kind einen rechten Dickkopf und es war oft nicht leicht für sie. Egal, ob weinen, reden, betteln, ruhig bleiben, es brachte alles nichts, es veränderte sich für sie als Mädchen und später als junge Frau nichts an der Lage und so entdeckte sie die Malerei als ein Mittel, einen Weg für sich, um sich zu erklären und ihrem Protest Ausdruck zu verleihen.

Dann gab es Veränderungen in ihrem Leben. Heirat, eine neue Welt, ein neues Land, eine neue Sprache. Anfang 1993 kam sie nach Deutschland. Das Malen hatte sie zu dem Zeitpunkt verdrängt.

Aber ihre Mutter hatte die Mappe mit ihren Zeichnungen immer für sie aufgehoben und eines Tages war es dann soweit. Die Mutter übergab ihr die gehütete Mappe und ermunterte sie, doch weiterzumachen. Und das tat sie dann auch.

Ihre Bilder rufen sehr unterschiedliche Reaktionen bei den Menschen hervor. Manche zeigen Unverständnis oder wie eine junge Anwältin meinte, die Bilder sind zu traurig, sie solle doch etwas Schönes malen, einfach schöne Blumen oder so.

Nun, in den Bildern von Eylem geht es um die Verbundenheit von Natur und Frauen. Sie hat schon in jungen Jahren erfahren, dass sowohl die Natur als auch die Frauen durch Männer getötet oder verbrannt werden. Immer wieder sterben Frauen durch die Gewalt von Männern, immer wieder wird Natur durch Männer zerstört, wie beim Niederbrennen ganzer Wälder aus angeblichen Sicherheitsgründen.

»Ich möchte auf einer Brücke stehen«, sagt Eylem, »einer Brücke, die die Menschen verbindet. Wenn einer arm ist und Hunger leidet und ein anderer im Überfluss lebt, dann sollen sie voneinander erfahren, Verständnis füreinander haben und sich helfen. Ich muss nicht selbst geschlagen werden, aber wenn ich sehe, dass andere Menschen geschlagen werden, dann tut mir das weh.«

Neben der Malerei und Vorbereitung für eine Ausstellung im Herbst arbeitet Eylem, die selbst eine Tochter hat und Kinder sehr liebt, auch als Sozialassistentin und Malerin in verschiedenen Projekten mit Pädagogen und Pädagoginnen zusammen. Gerade bereitet sie einen neuen Kurs bei Yekmal e.V. vor: Basteln und Malen von kleinen Kunstwerken und Zeichnungen für Kinder. Dieser kostenlose Kurs wird ab Mai jeden Dienstag von 15:30 bis 17:30 Uhr für Kinder zwischen 3 und 6 Jahren angeboten werden.

Auf meine Frage, was sie sich für sich als Künstlerin in der Zukunft wünscht, lacht Eylem wieder ihr herrliches Lachen und antwortet: »Eine Ausstellung meiner Werke in Amed!« ♦

Periodika

**Impressum**
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

**Redaktion:**
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

**Kontaktadresse:**
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

**Bankverbindung:**
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

**Preise:**
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

**Titelbild:**
Newroz in Adana
Foto: DIHA

**Rückseite:**
Plakat des 11. Zilan-Frauenfestivals

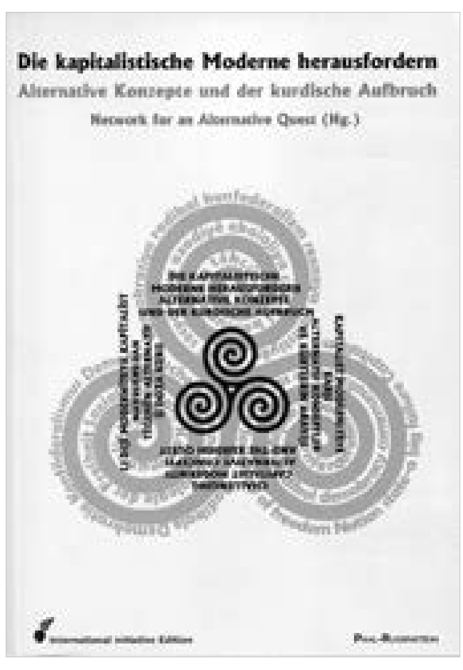
Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



---

## Dokumentation der Konferenz 2012
## Die kapitalistische Moderne herausfordern – Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch

**Anmerkungen der Herausgeber**
Die Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern – Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch« fand vom 3. bis 5. Februar 2012 in Hamburg statt. Wir freuen uns, nun den Reader zur Konferenz vorlegen zu können.
Die Konferenz, die erste ihrer Art, hatte drei große Ziele: Die internationale Öffentlichkeit über das neue Paradigma und die Vision der kurdischen Freiheitsbewegung zu informieren, die Diskussion innerhalb der kurdischen Community zu intensivieren und zu vertiefen und vor allem eine Plattform für alternative Bewegungen zu schaffen, um zusammenzukommen und theoretische und praktische Ergebnisse zu teilen.
Zu diesem Zweck fanden sich verschiedene Gruppen aus Deutschland zusammen und bildeten das »Network for an Alternative Quest«. Gemeinsam bereiteten wir die Konferenz vor, die sich von vornherein an ein breites Publikum richtete.
Die Konferenz war ein großer Erfolg und verpasste allen Teilnehmenden einen Motivationsschub. Um ein wenig von der Atmosphäre spürbar zu machen, haben wir entschieden, die Konferenz so gut es geht zu dokumentieren. Mit diesem Reader, der auf Deutsch, Englisch und Türkisch erscheint, können wir nur den Inhalt der Reden wiedergeben; zu den Besonderheiten der Konferenz gehörte das Temperament der RednerInnen. Von Felix Padels Geige bis zu Solly Mapailas Aufruf zu einer Schweigeminute, von Janet Biehl´s emotionaler Rede zu Gültan Kışanaks Humor gegenüber brutaler Repression – all dies könnt ihr noch immer in den Videoaufnahmen auf der Website http://networkaq.net miterleben.
Viele Freiwillige haben zur Verwirklichung der Konferenz und der Herstellung dieses Buches beigetragen. Wir können sie nicht alle einzeln aufzählen, doch ohne ihre Mitarbeit, Solidarität und Unterstützung hätte es weder die Konferenz noch dieses Buch gegeben. Wir danken euch allen!




Wir hoffen, euch bereitet das Lesen der Texte der Konferenz soviel Freude wie uns das Zuhören.

International Initiative Edition
Pahl-Rugenstein Verlag Nf. GmbH
ISBN 978-3-89144-470-2



Jin bi Rêbertiya Azad netewa demokratîk ava dikin!

# 11. ZILAN

## FESTIVALA JINAN
## FRAUENFESTIVAL



**Bername/Programm**

Dengê xwezayê û denbêjî
Yelda Abasi
Koma Botan
Meral Tekçi û Zelal Gökçe
Pinar Aydinlar
Yekşa
Govend

**Axaftvan/Rednerinnen**

Vertreterin Kongress der freien Frauen KJA
Vertreterin Yekitiya Star (Rojava)
Virginie Dusen Anwältin der ermordeten kurdischen Revolutionärinnen Sakine Cansiz Fidan Dogan und Leyla Saylemez
Vertreterin des Weltfrauenmarsches

**Panel zur Selbstverteidigung**

Vertreterin der kurdischen Frauenbewegung TJKE
Vertreterin der Kongress der freien Frauen KJA und Yekitiya Star (Rojava)

**Kinder- und Denbêjzelt**

Biha/Preis 10 Euro



ISSN 0935-5375

**Von Kobanê bis Şengal – Es lebe der Frauenwiderstand!**

**13. Juni 2015**

Revierpark Wischlingen
44149 Dortmund



CENÎ
Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Postfach 10 18 05, 40009 Düsseldorf